



Stadtratssitzung
Donnerstag, 26. Mai 2016, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr
Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäftsnummer
1. Protokollgenehmigungen Stadtrat 2016 (Protokoll Nr. 8 vom 31.03.2016)	2016.SR.000001
2. Kleine Anfrage Fraktion GLP (Peter Ammann, GLP): Volle Besitzstandes-garantie beim Primatwechsel? (FPI)	2016.SR.000097
3. Antrag Fraktion SVP (Roland Jakob, SVP): Einsetzung einer PUK Reitschule (PRD: Tschäppät)	2016.SR.000057
4. Leistungsvertrag mit dem Verein Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR) für die Periode 2016 - 2019; Verpflichtungskredit (SBK: Gaudy/PRD: Tschäppät)	2014.PRD.000130
5. Dringliche Motion Fraktion FDP (Christoph Zimmerli, FDP): Nachbessern des Leistungsvertrages mit der Reitschule (PRD: Tschäppät)	2016.SR.000075
6. Tour de France 2016 in Bern; Kredit für Pflicht- und Rahmenprogramm (SBK: Köçer/PRD: Tschäppät)	2015.PRD.000070
7. Dringliche Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rüe-gsegger, SVP): Renovation Primarschulhaus Kirchenfeld I: Besteht das Risiko eines dritten Baudebakels wie dies beim Bärenpark und beim Marzilibähnli der Fall war? (PRD: Tschäppät)	2016.SR.000078
8. Dringliche Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rüe-gsegger, SVP): Renovation Primarschulhaus Kirchenfeld II: Verschleuderung von Steuergeldern? Wurden Alternativen geprüft? (PRD: Tschäppät)	2016.SR.000077
9. Dringliche Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rüe-gsegger, SVP): Renovation Primarschulhaus Kirchenfeld III: Wie wurden die Aspekte des Denkmal- und Aaretalschutzes bei diesem Projekt berücksichtigt? Haben die neuen Bäume auf der Terrasse überhaupt eine Überlebenschance? (PRD: Tschäppät)	2016.SR.000076
10. Interpellation Fraktion SP (Peter Marbet, SP): Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) – Wirkungsbilanz (FPI: Schmidt) <i>verschoben vom 18.02.2016 und 17.03.2016</i>	2014.SR.000143
11. Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2017 - 2020 (FD: Stüssi/FPI: Schmidt) (vgl. beiliegender Ablaufplan)	2014.FPI.000098
12. Postulat Fraktion GB/JA! (Regula Tschanz, GB): Beratung von IAFP, Jahresbericht und Produktgruppen-Budget; <i>Annahme</i> (FPI: Schmidt)	2014.SR.000257
13. Motion Beat Gubser (EDU): Moderate Steuersenkung nach Eigenkapitalbildung; Fristverlängerung (FPI: Schmidt)	2011.SR.000336

14. Potenzialanalyse Open Source Software: Nachkredit zum Global-
budget 2016 der Informatikdienste (FSU: Stürmer/FPI: Schmidt)

2016.FPI.000008

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 12	583
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr	585
Traktandenliste.....	586
1 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2016 (Protokoll Nr. 8 vom 31.03.2016)	586
2 Kleine Anfrage Fraktion GLP (Peter Ammann, GLP): Volle Besitzstandesgarantie beim Primatwechsel?	586
3 Antrag Fraktion SVP (Roland Jakob, SVP): Einsetzung einer PUK Reitschule.....	587
4 Leistungsvertrag mit dem Verein Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR) für die Periode 2016-2019; Verpflichtungskredit.....	593
Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.25 Uhr	610
4 Fortsetzung: Leistungsvertrag mit dem Verein Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR) für die Periode 2016-2019; Verpflichtungskredit.....	611
5 Dringliche Motion Fraktion FDP (Christoph Zimmerli, FDP): Nachbessern des Leistungsvertrages mit der Reitschule.....	620
6 Tour de France 2016 in Bern; Kredit für Pflicht- und Rahmenprogramm	620
Traktandenliste.....	631
Eingänge.....	632

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr

Vorsitzend

Präsident Thomas Göttin

Anwesend

Katharina Altas	Katharina Gallizzi	Patrizia Mordini
Christa Ammann	Claude Grosjean	Seraina Patzen
Peter Ammann	Lukas Gutzwiller	Stéphanie Penher
Ursina Anderegg	Isabelle Heer	Marco Pfister
Cristina Anliker-Mansour	Erich Hess	Halua Pinto de Magalhães
Mess Barry	Kurt Hirsbrunner	Marco Robertini
Henri-Charles Beuchat	Mario Imhof	Kurt Rüeegsegger
Manfred Blaser	Daniel Imthurn	Sandra Ryser
Regula Bühlmann	Roland Iseli	Leena Schmitter
Michel Burkard	Roland Jakob	Lena Sorg
Danielle Cesarov-Zaugg	Bettina Jans-Troxler	Andrin Soppelsa
Yasemin Cevik	Dannie Jost	David Stampfli
Rithy Chheng	Nadja Kehrl-Feldmann	Matthias Stürmer
Michael Daphinoff	Philip Kohli	Bettina Stüssi
Daniel Egloff	Fuat Köçer	Michael Sutter
Bernhard Eicher	Marieke Kruit	Luzius Theiler
Alexander Feuz	Nora Krummen	Regula Tschanz
Claudio Fischer	Hans Kupferschmid	Gisela Vollmer
Benno Frauchiger	Annette Lehmann	Johannes Wartenweiler
Barbara Freiburghaus	Martin Mäder	Janine Wicki
Rudolf Friedli	Lukas Meier	Manuel C. Widmer
Jacqueline Gafner Wasem	Melanie Mettler	Patrik Wyss
Lionel Gaudy	Roger Mischler	Christoph Zimmerli

Entschuldigt

Hans Ulrich Gränicher	Ingrid Kissling-Näf	Alexandra Thalhammer
Franziska Grossenbacher	Martin Krebs	Marcel Wüthrich
Ueli Jaisli	Peter Marbet	Patrick Zillig
Stefan Jordi		

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD	Reto Nause SUE
-------------------------	----------------

Entschuldigt

Alexandre Schmidt FPI	Franziska Teuscher BSS	Ursula Wyss TVS
-----------------------	------------------------	-----------------

Ratssekretariat

Daniel Weber, Ratssekretär	Nik Schnyder, Ratsweibel
Barbara Waelti, Protokoll	Susy Wachter, Sekretariat

Stadtkanzlei

Jürg Wichteremann, Stadtschreiber

Die Namenslisten der Abstimmungen finden Sie im [Anhang](#). Beachten Sie dazu die Abst.Nr.

Traktandenliste

Ordnungsantrag Fraktion GFL/EVP

Die drei dringlichen Interpellationen zur Sanierung Primarschulhaus Kirchenfeld von Alexander Feuz (SVP) sind gekoppelt mit dem eigentlichen PVS-Geschäft zum Sanierungskredit zu traktandieren.

Vorsitzender *Thomas Göttin*: Zum Ordnungsantrag GFL/EVP betreffend die Traktanden 7 bis 9 ist anzumerken, dass das Sachgeschäft zur Sanierung Primarschulhaus Kirchenfeld für die Sitzung vom 9. Juni 2016 traktandiert ist. Die Behandlung der dringlichen Interpellationen würde also um zwei Wochen verschoben.

Da der Interpellant Peter Marbet für die heutige Sitzung entschuldigt ist, wird beantragt, Traktandum 10 auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Beschluss

1. Die Traktanden 4 und 5 werden gemeinsam behandelt.
2. Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag GFL/EVP zu (32 Ja, 17 Nein). *Abst.Nr. 008*
3. Der Stadtrat stimmt der Verschiebung von Traktandum 10 stillschweigend zu.

2016.SR.000001

1 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2016 (Protokoll Nr. 8 vom 31.03.2016)

Der Stadtrat genehmigt Protokoll Nr. 8 vom 31.03.2016.

2016.SR.000097

2 Kleine Anfrage Fraktion GLP (Peter Ammann, GLP): Volle Besitzstandesgarantie beim Primatwechsel?

Peter Ammann (GLP): Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung unserer Frage. Es wäre dienlich gewesen, wenn die Begründung zugunsten der vollen Besitzstandswahrung, entgegen der Forderung der interfraktionellen Motion, bereits in der gemeinderätlichen Vorlage aufgeführt worden wäre. Wir werden den Eindruck nicht los, dass uns hier ein Hauch von Arroganz der Macht des rot-grünen Gemeinderats entgegenweht, der die Unterstützung der Gewerkschaften hinter sich weiss. Wir sind mit der Antwort nicht zufrieden.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2016.SR.000057

3 Antrag Fraktion SVP (Roland Jakob, SVP): Einsetzung einer PUK Reitschule

Antrag SVP

Einberufung einer PUK Reitschule gemäss GO Artikel 81 Absatz 1, GRSR Artikel 27 Absätze 1-5 und Artikel 20 Absätze 1-6.

Einsetzen einer PUK-Reitschule mit dem Zweck:

1. Prüfung von Zweckmässigkeit und Einhaltung der Rechtsordnung hinsichtlich Leistungsverträgen mit IKuR Reitschule und Grosser Halle?
2. Ob der Gemeinderat und die involvierten Verwaltungsteile der Stadt ihre Aufsichtsfunktion betreffend IKuR Reitschule und Grosser Halle in der Vertragsperiode 2013 bis heute ob und wie wahrgenommen haben?
3. Welchen Einfluss der Gemeinderat und die involvierten Verwaltungsteile der Stadt auf die Arbeit von Police Bern im Vorfeld zu den Gesprächen zum Leistungsvertrag und bei den Einsätzen in und rund um die Reitschule der letzten Vertragsperiode 2013 bis heute genommen haben?
4. Welche Verbesserungsmassnahmen in Zukunft getroffen werden müssen, insbesondere um die Sicherheit in und rund um die Reitschule wiederherzustellen?

Roland Jakob (SVP): Die SVP verlangt die Einsetzung einer PUK Reitschule, mit folgender Begründung: Im Zusammenhang mit den Leistungsverträgen mit dem Verein Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR) und der Grossen Halle ist uns vermehrt aufgefallen, dass der Gemeinderat Informationen zurückhält, die er dem Stadtrat aber nicht vorenthalten darf, damit dieser objektiv und sachlich über die Verpflichtungskredite beschliessen kann. Das gilt insbesondere für den Leistungsvertrag (LV) mit der Reitschule. Wir stellen fest, dass der Gemeinderat mit einer lapidaren zweizeiligen Mitteilung Änderungen am LV vorgenommen hat, ohne die Kommission in Kenntnis zu setzen.

Der Zweck der PUK Reitschule wird im Antrag in vier handlungsleitenden Fragen definiert. Die Ausschreitungen vom Wochenende des 4. bis 6. März 2016 stellen einen mehrfachen Vertragsbruch dar. Trotzdem hält der Gemeinderat am Standpunkt fest, alles sei korrekt abgelaufen und es sei nichts zu beanstanden. In der Antwort auf unseren Antrag versucht der Gemeinderat uns weiszumachen, dass er allen politischen Vorstössen in dieser Sache gerecht geworden sei und dass alle über alles Bescheid wüssten. Das ist nicht wahr. Im LV von 2009 steht einleitend, dass die Reitschule ein linkspolitisches Zentrum sei. Dies bezieht sich direkt auf das Manifest der Reithalle, aber unter dem Deckmantel der Kultur. Leider erleben wir immer wieder, dass es unter diesem Deckmantel zu Gewaltakten kommt. Zuletzt am vergangenen Samstag. Gewalt verursacht hohe Schäden, für die die Verursachenden jedoch nicht aufkommen müssen. Der Gemeinderat hat sich erst gestern dazu durchgerungen, zum neusten Vorfall Stellung zu nehmen. Dies zeigt einmal mehr, wie der Gemeinderat mithilft, die Gewalt zu unterstützen. Nicht nur der Stadtpräsident spielt hier eine dubiose Rolle, sondern der Gesamtgemeinderat, der in seinen Pressemitteilungen lediglich die immergleichen Argumente wiederholt, wie Jacqueline Gafner in ihrem Statement gegenüber der Presse treffend festgestellt hat.

Wir hoffen, dass das Stadtparlament sich gegen Gewalt bekennt und einer Überprüfung durch eine PUK zustimmt, damit wir endlich Einblick ins Geschehen bekommen. Wir wollen wissen, welche Player noch im Spiel sind, beziehungsweise, wer, aus welchen Gründen, nicht mehr beteiligt ist. Bitte legen Sie die Ideologie beiseite und betrachten Sie den Antrag für eine PUK ganz sachlich. Wenn Sie gleicher Meinung sind wie wir, sollten Sie dies mit einem Ja bekräf-

tigen, damit eine PUK die fraglichen Punkte untersuchen kann. Sollte das Parlament diesen Antrag ablehnen, werden wir die Aufsichtskommission (AK) mit einer Untersuchung beauftragen. Es kann nicht sein, dass man die von einer kleinen Szene verübte Gewalt, mit ihren gewalttätigen Akten und Äusserungen, immer wieder billigend hinnimmt. Ich sage Ja zur Kultur in jeder Form, auch wenn sie in der Reitschule stattfindet, denn damit habe ich kein Problem. Ich bitte Sie, ein klares Zeichen für die Sicherheit und das Wohl der Berner Bevölkerung zu setzen, indem Sie einer Untersuchung zustimmen.

Fraktionserklärungen

Christa Ammann (AL) für die Fraktion AL/GPB-DA/PdA+: Keine andere Einrichtung in Bern wird vom Stadtrat mit so vielen Vorstössen, so grossem Zeitaufwand und solcher Leidenschaft, die ans Wahnhafte grenzt, diskutiert und breitgetreten wie die Reitschule. Man stelle sich vor, es würde über alle LV und Institutionen im gleichen Ausmass diskutiert und die Verwaltung hätte bei allen Leistungsvereinbarungen die gleiche Menge an Vorstössen zu bewältigen. Das würde dazu führen, dass die Verwaltung, der Gemeinderat und das Stadtparlament handlungsunfähig wären, weil ihnen keine Zeit mehr bliebe, um sich mit anderen Themen zu beschäftigen. Die freie Fraktion sieht nicht ein, welche Erkenntnisse zu den genannten Fragestellungen eine PUK erbringen könnte, welche für den Entscheid zum LV mit der IKuR relevant wären. Der Antrag ist ein weiterer Versuch der SVP, der Reitschule zu schaden, indem man sie im Ungewissen belässt, dadurch, dass man Entscheide zu verzögern und die Funktionsfähigkeit des Stadtrats weiter auszuhöhlen versucht. Wir lehnen diesen Antrag ab.

Bernhard Eicher (FDP) für die FDP-Fraktion: Wir unterstützen die Idee der Einberufung einer PUK, mit folgender Begründung: Die Geschehnisse der letzten Wochen und Monate sollen detailliert aufgearbeitet werden, das entspricht der klassischen Aufgabe einer PUK. Es ist an der Zeit, den Fächer zu öffnen: Ich bin seit acht Jahren Mitglied des Stadtrats. Wir diskutieren heute immer noch über die gleichen Fragen wie damals. Eine aus Mitgliedern aus allen Fraktionen zusammengesetzte PUK, die interessiert sind, Fortschritte zu erzielen, bedeutet eine Möglichkeit, um einen Schritt weiter zu kommen und neue Lösungsansätze zu erarbeiten. Es hat schon einige Empfehlungen gegeben, die aber in diesem Plenum keine Chance hatten oder bei denen der Gemeinderat nicht weitergekommen ist. Den Antrag auf eine PUK darf man nicht nur als Misstrauensvotum gegenüber der Reitschule auffassen. Man muss weiterdenken, denn in allen Fraktionen gibt es Leute, die ein Interesse an einer konstruktiven Lösung haben, welche aus der Spirale hinausführt. Die PUK ist eine Möglichkeit, gemeinsam darüber nachzudenken, was wir parteiübergreifend zustande bringen können. Bitte unterstützen Sie diesen Antrag.

Leena Schmitter (GB) für die Fraktion GB/JA!: Manchmal scheint es, als sei der Stadtrat eine über die gesamte Legislatur andauernde PUK zur Reitschule. – Wie konstruktiv dies ist, sehen wir in regelmässigen Abständen und sicherlich auch heute Abend wieder. Man stelle sich vor, das Parlament würde über die sogenannte Rechtsordnung, die Aufsichtsfunktion der Verwaltung oder die Zusammenarbeit mit der Polizei nicht nur diskutieren, sondern müsste diesbezüglich eine abschliessende Untersuchung vornehmen. Ein solches Unterfangen würde nicht viel mehr hergeben, als man in den Protokollen der Stadtratssitzungen der letzten Jahre nachlesen kann, beispielsweise im Rahmen der regelmässig wiederkehrenden Diskussionen aus aktuellem Anlass. Wir sind gegen eine repetitive Bekräftigung des Immergleichen und gegen x-fach wiederholtes Polemisieren! Jedenfalls ist unsere Fraktion imstande, das zu tun, was die SVP anscheinend nicht kann, nämlich sich anhand der Unterlagen, die wir vom Gemeinderat erhalten haben, ein „abschliessendes Bild“ zu machen – ich zitiere aus dem An-

trag. Wer sich wie die Antragsteller auch „im Dunkeln gehalten“ fühlt, dem sei eine seriöse Lektüre des Dossiers mit frischem Blick empfohlen. So kann den Versuchen der Instrumentalisierung der Reitschule für eine bürgerliche Sicherheits- und Kulturpolitik endlich ein Riegel geschoben werden, und wir können uns anderen wichtigen Geschäften zuwenden. Selbstverständlich lehnt die Fraktion GB/JA! die Einsetzung einer PUK ab.

Janine Wicki (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Wir lehnen die PUK ab, da wir die Ansicht des Gemeinderats teilen, dass der Stadtrat anhand der vorliegenden Fakten und der diversen Vorstösse der Ratsrechten über alle nötigen Informationen verfügt. Um zu einer fundierten Meinung zu gelangen, ob wir dem LV und dem Kreditantrag zustimmen wollen, brauchen wir keine PUK.

Kurt Hirsbrunner (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Die Fakten liegen auf dem Tisch: Die Reit-halle ist ein Ort, an dem coole Kultur angeboten wird. Aber die Reithalle ist auch ein Unort, der wegen von einzelnen Chaoten verursachten Gewalttaten an Mensch und Material von sich reden macht. Die Verantwortlichen, nämlich die IKuR, der Gemeinderat, der Stadtrat und wir alle können darüber nicht miteinander sprechen, das hat sich in letzter Zeit noch verdeutlicht. Es ist ein Faktum, dass die Reithalle jährlich 380'000 Franken an Steuergeldern erhält. Die Mehrheit der Stimmbevölkerung hat es so gewollt. Eine PUK bringt keinen Nutzen, wenn man nicht in der Lage ist, miteinander zu reden, nützt auch eine PUK nichts.

Roland Jakob (SVP) für die SVP-Fraktion: Denen, die eine rosa Sonnenbrille tragen, gebe ich Folgendes zu bedenken: Wer Gewalt unterstützt, leistet den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Bern und besonders denen, die sie am eigenen Leib erleben müssen, keinen Dienst. Es fängt mit dem Gewaltakt in der Rathausgasse an und hört mit Gewaltakten vor der Reitschule auf, die diese Stadt immer wieder miterleben muss. Der erste Satz im Manifest der Reitschule lautet: „Mit der Besetzung der Reitschule versuchten wir, uns Freiräume zur Verwirklichung von selbstbestimmtem und solidarischem Leben zu nehmen.“ Das heisst, wenn ich morgen in den Erlacherhof gehe und Alexander Tschäppät sage, dass ich sein Büro übernehme, weil ich eine selbstbestimmte Kultur verwirklichen will, nehme ich an – und der Stadtpräsident wird mir recht geben müssen – dass ich ab sofort Mitglied der im Erlacherhof ansässigen Bevölkerung werde. Eventuell kann ich dann mit den Leuten der Reitschule in Kontakt treten und mit ihnen darüber reden, wo es zwischen uns Berührungspunkte gibt und wo wir uns finden könnten. Auf diese Weise könnten wir über die Stadt den Austausch praktizieren, während sich der Stadtpräsident ein neues Heim suchen müsste. Ich gehe davon aus, dass mir Alexander Tschäppät heute Abend eine Zusage macht, dass ich ab morgen im Erlacherhof einziehen kann. Denn dies entspricht genau der Message des ersten Satzes im Reitschulmanifest. Seit mehr als vier Jahren spricht sich die SVP in aller Klarheit gegen jegliche Gewalt in der Stadt Bern aus. Aber die politische Gegenseite will nicht hören, weil sie denkt, Gewalt gehöre dazu. Aber Menschen sind imstande, miteinander zu sprechen und gemeinsam Lösungen zu finden. Wenn das Gespräch nicht funktioniert und stattdessen die Gewalt spricht – zuletzt am vergangenen Samstag – ist es eigentlich egal, ob man die städtischen Gelder der Reitschule oder anderen Organisationen übergibt, denn offenbar kann jede beliebige Organisation – und sei sie auch noch so gewaltbereit – in Bern ein Haus besetzen und sich dann als Verein mittels städtischem LV verwirklichen. Ich gehe davon aus, dass der Stadtrat in aktueller und wo-möglich auch in künftiger Zusammensetzung solches Gebaren weiterhin akzeptiert. Wenn das in Ihrem Sinn liegt, gehen wir wirklich guten Zeiten entgegen, in denen die Gewalt noch eskalieren wird, anstatt zu verschwinden.

Lena Sorg (SP) für die SP-Fraktion: Die Fakten liegen auf dem Tisch, trotzdem fordert die SVP eine PUK. Vielleicht hat sie nicht richtig verstanden, was eine PUK eigentlich macht. Wir halten den Antrag der SVP für unbegründet. Gemäss GRSR Artikel 21 Absatz 1 geht es darum, dass „Vorkommnisse, welche die Stadtverwaltung betreffen und von grosser Tragweite sind, einer besonderen Abklärung durch den Stadtrat“ bedürfen. Dieser Fall trifft nicht zu. Die Fakten sind bekannt, die Unterlagen liegen vor, auch das Sicherheitskonzept liegt vor – an sich könnte die SVP diesen Antrag zurückziehen. Ihr Antrag ist eine Mischung aus Interpellation, Akteneinsichtsgesuch und SVP-Mitteilung. Man könnte ihn auch als Folge allgemeinen Dampfablassens abtun. Wie der Gemeinderat in seiner Stellungnahme schreibt, ist zur Reitschule über die Jahre eine rekordverdächtige Anzahl an Vorstössen eingereicht worden. Rekordverdächtig ist auch, wie oft und wie viel über die Reitschule diskutiert worden ist und wird. Also, und weil anschliessend die wichtige Diskussion über den LV ansteht, mache ich es kurz: Die SP-Fraktion lehnt den Antrag auf Einsetzung einer PUK ab.

Einzelvoten

Alexander Feuz (SVP): Uns wird vorgeworfen, wir würden repetitive Vorstösse einreichen. Aber wie viele Ereignisse hat es denn in unserer Stadt schon gegeben? Wie viele Vorfälle haben sich zugetragen? Jedes Mal wird gesagt, es handle sich bloss um einen Einzelfall, die Dinge würden sich wieder zum Besseren wenden. Man hat Professor Ueli Mäder geholt, jetzt soll ein Alt-Bundesrichter die Sache richten. Der für das Dossier zuständige Sicherheitsdirektor wurde vom Gemeinderat abgeschossen, der Stadtpräsident nahm die Verhandlungen selbst an die Hand. Die Polizei darf nicht mehr am runden Tisch teilnehmen. Meine Damen und Herren, Sie stehen in der Verantwortung!

Mit dem Antrag auf Einsetzung einer PUK verfolgen wir nicht den Zweck, Akteneinsicht zu verlangen. In Punkt 1 fordern wir die Prüfung von Zweckmässigkeit und Einhaltung der Rechtsordnung hinsichtlich der LV mit IKuR Reitschule und Grosser Halle. Wir mussten Vorfälle erleben, bei denen Leute von der IKuR Veranstaltungen in der Grossen Halle störten. Der eine Vertragspartner störte den anderen in der Ausübung seiner Verpflichtung – sowas kommt in Bern vor! Derartige Vorfälle verlangen danach, untersucht zu werden. In Punkt 2 fordern wir, zu prüfen, ob der Gemeinderat und die involvierten Verwaltungsstellen der Stadt ihre Aufsichtsfunktion betreffend IKuR und Grosser Halle in der Vertragsperiode 2013 bis heute ob und wie wahrgenommen haben. Weiter wollen wir wissen, welchen Einfluss der Gemeinderat und die involvierten Verwaltungsstellen der Stadt auf die Arbeit von Police Bern im Vorfeld zu den Gesprächen zum LV und bei den Einsätzen in und rund um die Reitschule genommen haben. Es heisst immer, es gelte das Prinzip der Verhältnismässigkeit: Wenn die Polizei Drogendealer kontrollieren will, kann sie dies bei einer privaten Party oder in einer Bar machen, aber die Reitschule verweigert ihr den Zutritt. Die Polizei tut besser daran, sich keinen Zutritt zu verschaffen, weil man sonst Angst haben muss, dass die halbe Stadt niedergebrannt wird. Unter Punkt 4 verlangen wir, dass man herausfindet, „welche Verbesserungsmassnahmen in Zukunft getroffen werden müssen, insbesondere um die Sicherheit in und rund um die Reithalle wiederherzustellen“. Im Stadtrat haben wir schon vermehrt die Forderung gehört, im Raum Schützenmatte brauche es Verbesserungen. Wir verlangen, dass nun eine PUK der Frage nachgeht. Nach all den vielen gescheiterten Versuchen der letzten Jahrzehnte ist es höchste Zeit, dass ein PUK eingesetzt wird. Der Stadtrat kann unseren Antrag ablehnen, die Mehrheitsverhältnisse lassen es zu. Aber Sie sollten sich Ihrer Verantwortung bewusst sein. Denken Sie an die Beteuerungen und Lippenbekenntnisse, die nach jedem Vorfall geäussert werden. Hier ist die Nagelprobe, um zu beweisen, dass Sie Ihre Verantwortung gegenüber den Bürgern, den Besuchern der Reithalle, der Polizei und allen Beteiligten wahrnehmen.

Bernhard Eicher (FDP): Eine PUK prüft und diskutiert die Fakten, zudem besteht die Aufgabe einer PUK darin, Vorschläge auszuarbeiten. Es bedeutet eine grosse Chance, wenn ein motiviertes Mitglied jeder Fraktion teilnimmt, denn die Betroffenen sind zu aktiver Mitarbeit angehalten und müssen Vorschläge einbringen. So ist in jeder Fraktion eine Person vorhanden, die die erarbeiteten Lösungsvorschläge ins Parlament zurückträgt, damit sie schliesslich umgesetzt werden. Wie die Dinge momentan laufen, beten alle Fraktionen nur ihre eigene Position herunter, ohne irgendwelche Risiken einzugehen. Während man auf der einen Seite die Kultur in den Mittelpunkt rückt und den Fokus nur darauf richtet, während man die Gewalt in den Hintergrund drängt, fokussiert die andere Seite vor allem auf die Gewalt und drängt dabei die Kultur in den Hintergrund. Eine PUK bringt die Chance mit sich, dass einige Parlamentsmitglieder zusammenkommen, um gemeinsam eine Lösung zu finden. Im Rahmen einer PUK kann man nicht nur die übliche Kritik herunterleiern oder gewisse Ereignisse herunterspielen, sondern man muss sich für eine Lösung engagieren und diese auch im Parlament umsetzen. Der bisherigen Diskussion zufolge wird es vorläufig keine PUK geben. Aber die nächste Diskussion zur Reithalle folgt so sicher wie das Amen in der Kirche. Vielleicht kommt einmal der Zeitpunkt, an dem wir uns dazu durchringen, nicht nur Dinge zu kritisieren oder zu beschönigen, sondern lösungsorientiert zu arbeiten.

Manuel C. Widmer (GFL): Neben Diskussionen, die mit den Wörtern „Ideologie oder Ideologie-Verfahren“ funktionieren, spricht vor allem folgendes themenunabhängige Argument gegen eine PUK: Die PUK ist das schärfste Mittel, über das ein Parlament verfügt. Es gibt andere, vorgelagerte Mittel. Was Bernhard Eicher beschreibt, tönt nach einem Gespräch am runden Tisch oder nach einer Fraktionspräsidienkonferenz. Es könnte ein probates Mittel sein, Diskussionen vermehrt im Rahmen der Fraktionspräsidienkonferenzen zu führen. Vor Einsetzung einer PUK gibt es die Möglichkeit, der AK einen Auftrag zu erteilen. Die AK kann die im Antrag genannten Punkte überprüfen. Es ist vermessen, in diesem Fall, in dem die Fakten auf dem Tisch liegen, zu einem Thema, zu dem so viele Diskussionen geführt worden sind, zum schärfsten parlamentarischen Mittel greifen zu wollen. Dies käme einer Verwässerung der Institution PUK gleich. Den Antrag der SVP kann man getrost ablehnen. Eine PUK soll dann eingesetzt werden, wenn es sie braucht. Es existieren genügend andere parlamentarische Mittel. – Eine persönliche Bemerkung zum Schluss: Ich bin erfreut, dass die SVP gegen Gewalt ist. Ich werde die Herren von der SVP anlässlich ihrer nächsten verbalen Gewaltakte gegen Ausländer oder Randständige daran erinnern.

Applaus auf der Tribüne. Der Vorsitzende ermahnt das Publikum, auf Kundgebungen aller Art zu verzichten.

Henri-Charles Beuchat (SVP): Das schärfste Mittel, das dieses Parlament hat, ist nicht die PUK. Eine PUK würde die Dinge zu Tage befördern. Die schärfsten Mittel, die das Berner Stadtparlament in der Causa Reithalle seit Jahrzehnten anwendet, sind Ignoranz, Untätigkeit, Tatenlosigkeit und Nichtstun. Eine Untersuchung würde uns hingegen einen Schritt weiterbringen. Eine Untersuchung könnte ein Mittel sein, um den Konflikt zu entflechten. Es wurde schon mehrmals gesagt, dass alle Fakten auf dem Tisch lägen und es keine PUK brauche. Das stimmt nicht, denn was der Stadtpräsident hinter verschlossenen Türen verhandelt, welche Aufträge der Gemeinderat erteilt, beispielsweise an die Polizei, was der politische Auftrag bei der Reithalle ist, weiss das Parlament nicht, obwohl diese Informationen von Interesse sind, wenn wir mit diesem Dossier weiterkommen wollen. Stattdessen engagieren Parlament und Gemeinderat einen umstrittenen Soziologen wie Professor Ueli Mäder, damit er ein Gefälligkeitsgutachten für sie erstellt. Wenn wir endlich einen Schritt nach vorne tun wollen, müs-

sen wir eine PUK einsetzen, die im Detail untersucht, was Sache ist. Das sind wir der Bevölkerung, der Institution Parlament und vor allem auch den Polizisten schuldig, die ihren Kopf hinhalten müssen, für die Sicherheit, welche niemals eintritt. Es muss einmal genau hingeschaut werden. Das ist der nächste Schritt in die richtige Richtung, denn Toleranz und Tatenlosigkeit führen nirgendwohin.

Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Ich komme zurück auf eine Aussage der Fraktionssprecherin von GB/JA!: Dass sie sich über die sogenannte Rechtsordnung lustig macht, passt gut zur allgemeinen Haltung ihrer Fraktion in Bezug auf Gewalt: Man distanziert sich zwar immer aufs Schärfste von Gewalt, aber man bietet in keiner Weise Hand, wenn es darum geht, dass die wiederkehrenden Gewaltakte entsprechende Konsequenzen für die Reitschule zeitigen. Man hat mehrfach geäussert, es brauche keine PUK, weil sämtliche Fakten auf dem Tisch lägen. Mit meiner Wahrnehmung deckt sich dies in keiner Weise: Die Reitschule ist eine Black Box. Wir können ja eine Umfrage im Parlament darüber durchführen, wer etwas Näheres über die IKuR weiss. Mutmasslich handelt es sich bei der IKuR um einen Verein gemäss Artikel 60 ZGB. Dieser Verein steht nicht im Handelsregister, obschon er Jahr für Jahr 380'000 Franken an Subventionen aus allgemeinen Steuermitteln erhält. Es ist zwar keine Pflicht, aber für einen Verein, an den so viele Mittel ausgeschüttet werden, wäre ein Eintrag angebracht. Es ist nicht bekannt, wer als Präsidentin oder Präsident des Vereins fungiert. Es ist nicht bekannt, wer die Mitglieder des Vereinsvorstands sind. Es ist nicht bekannt, mit welchen Personen, die diesen Verein vertreten, in den Verhandlungen konkret verhandelt wird. Weder deren Namen noch Funktionen sind bekannt. Das Dossier Reitschule ist auch im Gemeinderat eine Black Box: Ich habe einmal gelesen, die Federführung bei diesem Dossier ändere regelmässig, es werde zwischen den fünf Mitgliedern des Gemeinderats hin- und hergeschoben. Ich bin bald 13 Jahre lang Mitglied des Stadtrats. In dieser ganzen Zeit habe ich niemals sonst von einem Dossier gehört, bei dem die Federführung regelmässig ändert, welches unter den Mitgliedern des Gemeinderats zirkuliert. In dieser Stadt gibt es den Polizeidirektor, der an sich für die Gewaltausschreitungen im Umfeld der Reithalle zuständig wäre. Aber man hat ihm das Dossier weggenommen, es wurde ihm entzogen. Damals stand in der Zeitung, die Reitschule sei jetzt Chefsache, weil der Stadtpräsident persönlich sich der Sache angenommen habe. Offenbar hat er als einziges Gemeinderatsmitglied an den Verhandlungen teilgenommen. Ich weiss nicht, inwieweit der gesamte Gemeinderat über den Verlauf der Verhandlungen informiert worden ist, oder ob der Stadtpräsident jeweils nach eigenem Gutdünken entscheidet. Die Behauptung, die Fakten lägen auf dem Tisch, ist eine glatte Lüge. Ich möchte vom Gemeinderat ein anderes Beispiel hören, in dem alljährlich so viel Geld an eine Institution ausgeschüttet wird, ohne dass das Parlament eine Ahnung hat, wer die Mittel empfängt. Es gibt, unabhängig von den Ausschreitungen in letzter Zeit, sehr wohl gute Gründe, um die ganze Geschichte einmal genau unter die Lupe zu nehmen, sowohl auf Seiten der IKuR als auch des Gemeinderats.

Roland Iseli (SVP): Natürlich braucht es eine PUK, denn es kann so nicht weitergehen, mit Ausschreitungen und Randalierern, die sich Kämpfe mit der Polizei liefern, und mit gewaltbereiten Demonstranten. Wenn das Parlament darauf verzichtet, jetzt eine PUK einzusetzen, werden Sie die Verantwortung dafür übernehmen müssen, wenn es im Rahmen eines Vorfalls eines Tages einen Toten gibt, denn es wird weiterhin Ausschreitungen, Demonstrationen und enorme Sachbeschädigungen geben. Wer dem ein Ende setzen will, sollte der Einsetzung einer PUK zustimmen.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Was die Einsetzung einer PUK anbelangt, hat der Gemeinderat seine Haltung schriftlich dargelegt. Alexander Feuz hat behauptet, der Polizeidirek-

tor sei „abgeschossen“ worden, Jacqueline Gafner hat in Bezug auf die Zuständigkeit für dieses Dossier gesagt, dieses sei ihm weggenommen worden. Ich nehme dazu wie folgt Stellung: Dass sich das Dossier nicht mehr in Händen des Direktors SUE befindet, ist auf Antrag des Direktors SUE an den Gemeinderat geschehen. Es kann keine Rede davon sein, dass man ihm das Dossier weggenommen hat. Ich muss zugeben, dass dieses Dossier nicht mein Lieblingsdossier war, als ich es übernehmen musste. Aber einer muss in dieser Stadt die Verantwortung übernehmen, wenn sie alle anderen abgeben.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag Einberufung einer PUK der SVP ab (13 Ja, 51 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 009*

- Traktandum 4 und 5 werden gemeinsam behandelt. -

2014.PRD.000130

4 **Leistungsvertrag mit dem Verein Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR) für die Periode 2016-2019; Verpflichtungskredit**

Gemeinderatsantrag

Der Stadtrat bewilligt für die Leistungen, die der Verein Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule IKuR gestützt auf den Leistungsvertrag 2016-2019 erbringt, einen Verpflichtungskredit von Fr. 1 520 000.00 (Fr. 380 000.00 pro Jahr zulasten der Laufenden Rechnung, Konto 3650104).

Bern, 16. Dezember 2015

Rückweisungsanträge SVP

Antrag Nr. 1

Der Leistungsvertrag mit der Reithalle sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, dass die Kantonspolizei in die Verhandlungen betr. Sicherheitskonzepts mit einbezogen werden muss und deren Zustimmung zum Sicherheitskonzept zwingend für den Leistungsvertrag ist.

Antrag Nr. 2

Der Leistungsvertrag mit der Reithalle sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, dass ein von der IKuR unabhängiger Sicherheitsdienst für Ruhe und Ordnung im Inneren der Reitschule sorgt;

Antrag Nr. 3

Der Leistungsvertrag mit der Reithalle sei an den Gemeinderat zurückzuweisen, bis die ausstehenden Mieten und Nebenkosten bezahlt sind.

Rückweisungsantrag Matthias Stürmer (EVP)

Das Geschäft wird an den Gemeinderat zurückgewiesen mit der Auflage, die am 19. Februar 2009 mit 51 Ja, 20 Nein und 4 Enthaltungen überwiesene Motion der Fraktion GFL/EVP (Erik Mozsa, GFL) „Reitschule schützen: Gewaltprobleme lösen“ im Leistungsvertrag mit der IKuR umzusetzen. Insbesondere sollen folgende Auflagen im Leistungsvertrag bzw. dem Sicherheitskonzept umgesetzt werden:

- Der Leistungsvertrag mit der IKuR verlangt von der Reitschule, dass sie verbindliche Strukturen schafft. Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten eines entscheidungsfähigen und rechenschaftspflichtigen Leitungsgremiums müssen klar geregelt sein.
- Bei Demonstrationen ist das Tor der Reitschule so zu schliessen, dass nur noch von innen nach aussen (Notausgang), aber nicht von aussen nach innen gelangt werden kann. Die Reitschule darf nicht als sicherer Rückzugsraum für Gewalttäterinnen und Gewalttäter dienen.

Rückweisungsantrag FDP

Die FDP beantragt die Rückweisung des Geschäfts, damit die Nachbesserungen der dringlichen Motion Zimmerli (Traktandum 5) im vorliegenden Leistungsvertrag mit aufgenommen werden können.

Antrag FDP

Der Verpflichtungskredit von CHF 1'520'000.00 für den Leistungsvertrag 2016-2019 ist um einen Achtel (CHF 190'000.00) auf CHF 1'330'000.00 zu kürzen. Der Vertrag tritt auf den 1. Juli 2016 in Kraft.

Antrag SVP Hess

Die Vorlage sei in Anwendung von Artikel 46 GO dem Stimmbürger zum Entscheid vorzulegen.

SBK-Referent *Lionel Gaudy* (BDP): Die SBK befasste sich am 15. Februar 2015 mit dem LV mit der IKuR. Seitdem ist es leider zu weiteren Zwischenfällen gekommen. Auch hat es eine Änderung am Vertragsinhalt gegeben, die Zusatzvereinbarung als Teil des Sicherheitskonzepts ist nun Bestandteil des LV. Da sich die Kommission mit diesen Entwicklungen nicht befasst hat, gehe ich hier nicht darauf ein.

Zur Vorgeschichte: Am 26. September 2010 hat die städtische Stimmbevölkerung letztmals zur Reitschule als festem Bestandteil der Berner Kultur mit mehr als 68 Prozent deutlich Ja gesagt. In dem Sinne hat die Stadt den vorliegenden LV mit der IKuR ausgehandelt. Die anderen Verpflichtungskredite zu den LV mit den Kulturinstitutionen hat der Stadtrat am 12. März 2015 verabschiedet. Da der LV mit der IKuR zum damaligen Zeitpunkt noch nicht ausformuliert war, kann er erst jetzt behandelt werden. Der neue LV tritt, vorbehaltlich der Kreditgenehmigung durch den Stadtrat, rückwirkend auf den 1. Januar 2016 in Kraft. Im März 2015 hat Alexander Tschäppät die politische Führung des Dossiers übernommen und damit auch die Verhandlungsführung in Vertretung der Stadt. In den Vorjahren war es zu diversen Konflikten im Umfeld der Reitschule gekommen, die Kommunikation zwischen Reitschule und Stadt verlief sehr schwierig, deswegen gab der Gemeinderat bei Professor Ueli Mäder eine soziologische Studie in Auftrag, in der im Zusammenhang mit den Konflikten im Umfeld der Reitschule, dem Vorplatz und der Schützenmatte Empfehlungen zum Umgang mit der IKuR erarbeitet werden sollten. Kurz zusammengefasst kommt diese Studie zum Schluss, dass der Dialog das wichtigste Instrument sei und die Stadt mit dem LV das geeignetste Mittel in der Hand halte, um den Dialog fortzuführen. Die Studie hatte grundsätzlich keinen konkreten Einfluss auf die Verhandlungen. Im Gegensatz zur bereits im Rahmen der Behandlung des LV für die Periode 2012–2015 gestellte Forderung, griffige Sanktionsmöglichkeiten im LV festzuhalten. Um den Forderungen der Motion Mozsa nachzukommen, mussten ein schriftliches Sicherheitskonzept, eine Kommunikationsvereinbarung und weitere Anhänge ausgearbeitet werden. Der vorliegende LV regelt, welche kulturellen Leistungen die IKuR als Betreiberin nach Artikel 4 zu erbringen hat und wie gross die finanzielle Unterstützung ist, die sie nach Artikel 22 zu diesem Zweck erhält. Zudem finden sich detaillierte Ausführungen betreffend

Organisation, Sicherheit, Kommunikation und Leistungsstörungen im Vertrag. Das formelle Ziel beim LV für die Periode 2016–2019 hat vor allem darin bestanden, den LV im engen Sinn und die Vereinbarung über Organisation, Kommunikation und Sicherheit in ein einziges Vertragswerk zu überführen, wobei sämtliche wesentlichen Vertragsbestandteile übernommen worden sind. Die politische Forderung, der Gemeinderat müsse über griffige juristische Instrumente verfügen, um auf Konflikte in der und um die Reitschule zu reagieren, ist teilweise umgesetzt worden. Dem LV wurde der inhaltlich neue Artikel 32 hinzugefügt, der vorsieht, dass die Stadt, im Falle einiger klar definierten Verstösse seitens der IKuR, die Auszahlung der Nebenkostenbeiträge ganz oder teilweise verweigern kann. Neu stellt das Sicherheitskonzept einen integrierten Vertragsbestandteil dar. Es stimmt neu mit den Sicherheitskonzepten anderer Betriebe, wie beispielsweise den Clubs in der Aarberggasse, überein. Das Sicherheitskonzept regelt die maximalen Belegungszahlen für die verschiedenen Räume in der Reitschule gemäss Betriebsbewilligungen oder die Anzahl nötiger Security-Mitarbeitenden pro Anzahl Gäste. Daneben beinhaltet es die Charta der IKuR und Angaben zur notwendigen Ausbildung der Mitarbeiter des Sicherheitsteams sowie genaue Ausführungen bezüglich des Kontakttelefons, der Eintrittskontrollen und der Vorgehensweise in Notsituationen. Im Anhang sind ein Evakuationskonzept und das Pflichtenheft des Sicherheitsbeauftragten enthalten. Der Regierungsstatthalter hat, vor allem aufgrund des Sicherheitskonzepts, aber auch der Erfüllung anderer Forderungen, eine Betriebsbewilligung erteilt. Das Sicherheitskonzept wurde leider erst spät veröffentlicht, es lag zum Zeitpunkt der Beratung in der SBK nicht vor. Die SBK diskutierte über diesen Umstand ausgiebig, war aber mehrheitlich bereit, trotzdem einen Beschluss zum LV zu fassen. Im Rahmen der Behandlung des letzten LV gab das grosse Tor des Öfters zu reden, beziehungsweise die Frage, wann es geöffnet oder geschlossen wird. Dieser Punkt ist im neuen LV unter Artikel 21 geregelt. Demnach ist das Tor ausserhalb der Öffnungszeiten der Reitschule grundsätzlich geschlossen, die Stadt erwartet, dass das Tor vorübergehend geschlossen wird, falls die Sicherheit der Gäste gefährdet ist und/oder dadurch Eskalationen verhindert werden können. Das ist ein guter Kompromiss, weil die Sicherheitsvorschriften der Gebäudeversicherung (GVB) keine deutlichere Regelung zulassen, denn das besagte Tor lässt sich nur nach aussen öffnen.

Der Verpflichtungskredit beträgt 1,52 Mio. Franken über vier Jahre, die Höhe der Subvention bleibt mit 380'000 Franken pro Jahr unverändert, davon entfallen 61'220 Franken auf die Nebenkosten, die in drei Tranchen ausbezahlt werden. Die restlichen 318'700 Franken, zur Begleichung der Jahresmiete, werden aus den Budgetmitteln der Abteilung Kulturelles direkt an Immobilien Stadt Bern (ISB) überwiesen.

Den neuen LV auszuhandeln, war bestimmt kein Zuckerschlecken. Die SBK anerkennt die Fortschritte im Dialog zwischen Stadt und IKuR und bezüglich des Erscheinungsbildes des neuen LV. Es handelt sich um ein Vertragswerk, das zwischen den Erwartungen der Stadt an eine Kulturinstitution und den Ansprüchen, die ein alternatives autonomes Jugendzentrum an sich stellt, eine Brücke schlägt. Aus Sicht der SBK ist eine seriöse Vertragsvorlage ausgearbeitet worden, welche das Fortbestehen der für die Stadt Bern wichtigen Kulturinstitution Reithalle gewährleistet. Die SBK beantragt dem Stadtrat mit 9 Ja zu 2 Nein-Stimmen, dem Verpflichtungskredit zuzustimmen.

Motionär *Christoph Zimmerli* (FDP): Im Nachgang der traurig bekannten Ausschreitungen vom 5. und 6. März 2016 hat der Gemeinderat bedeutungsvoll verlauten lassen, er werde den LV mit der Reitschule sistieren, mit dem Ziel, Nachbesserungen daran vorzunehmen, um künftig Gewaltexzesse in, vor und im Umfeld der Reithalle zu vermeiden. Das tönt schön und gut, das stösst bei den meisten von uns auf Zustimmung. Weil uns die Erfahrung aber lehrt, dass auf derartige Verlautbarungen des Gemeinderats keine Taten folgen, besteht unser Approach darin, sicherzustellen, dass sich das diesmal ändert. So sind wir auf die verwegene Idee ge-

kommen, die vorliegende Motion einzureichen, beinhaltend vier lapidare Forderungen: 1. Es braucht eine räumliche Zuweisung der Verantwortlichkeiten. 2. Es soll eine klare Aufgabenzuweisung, also eine materielle Separierung der Aufgaben, vorgenommen werden, damit man weiss, wer was macht. 3. Der Zutritt zum Gebäude muss geregelt werden, insbesondere der Zutritt zum Dach, denn es gilt auch, Unfälle zu vermeiden. 4. Um Konflikte vorzeitig zu lösen, braucht es neue Kommunikationswege. Das sind unsere Forderungen, in einem anderen Kontext könnte man davon ausgehen, dass denselben entsprochen wird. Würde eine andere Partei diese Forderungen stellen, würde man ihnen entsprechen. Aber unsere Forderungen stossen wie immer nicht auf Zustimmung. Der Antwort des Gemeinderats liegt eine sogenannte Zusatzvereinbarung zum Sicherheitskonzept bei. Das tönt gewichtig und sie hat unvermeidlich den Weg in die Medien gefunden. Sie regelt inhaltliche Punkte, die mit unseren Forderungen nicht ganz identisch sind: 1. Ablauf der Kontrollen der Orts- und Gewerbe Polizei im Gastgewerbebereich. – Das muss selbstverständlich geregelt werden, steht aber nicht im Vordergrund. 2. Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden der Security in der Reitschule. – Auch diese Regelungen sind eine Selbstverständlichkeit, aber nicht von höchster Priorität. 3. Erarbeitung eines Evakuationskonzepts. – Das ist sehr vernünftig! Stellt sich höchstens noch die Frage, wieso nicht schon seit 20 Jahren ein Evakuationskonzept existiert. 4. Die Zusatzvereinbarung berücksichtigt auch den Aspekt Dachsicherung. – Dabei geht es aber nicht um den Zugang zum Dach, sondern um bauliche Massnahmen.

Wie immer nach Gewaltvorfällen bei der Reitschule erfolgen in Phase 1 öffentliche Empörung und ein von verschiedenen Gemeinderatsmitgliedern orchestrierter Aufschrei. In Phase 2 folgen Aktivismus und Vorschläge, was alles getan werden müsse. In Phase 3 gibt es eine Kommunikationsinitiative mit Zusatzvereinbarungen und Medienverlautbarungen und dergleichen mehr, um die Leute zu beruhigen und um zu zeigen, dass man die Sache im Griff hat und dass etwas getan wird. In Phase 4 geht man dann wieder zum Courant normal über und es wird gar nichts unternommen. Immerhin hat der Gemeinderat es zeitlich geschafft, in die Phase der Kommunikation einzutreten, und zwar drei Tage bevor es, nach den letzten grossen Ausschreitungen, wiederum einen Gewaltvorfall bei der Reitschule gegeben hat. All das zeigt, dass alles gar nichts bringt. Solange man unseren einfachen Forderungen, zumindest was den Sicherheitsbetrieb angeht, nicht nachkommen will, lehnen wir den LV ab. In diesem Sinne stellen wir einen Rückweisungsantrag. – Oder anders gesagt: Sobald unsere minimalen Sicherheitsanforderungen erfüllt werden, sind wir bereit, einer Leistungsvereinbarung zuzustimmen. Wenn Sie unserer Motion zustimmen, kann die Sicherheit verbessert werden, was im Interesse aller Beteiligten ist, zumal man nicht davon ausgehen kann, dass die Reitschüler/innen wollen, dass die Reithalle ein unsicherer Ort ist.

Alexander Feuz (SVP): Ich begründe unsere Rückweisungsanträge und unseren Antrag, zu dieser Vorlage eine Volksabstimmung durchzuführen: Zu Rückweisungsantrag 1, der LV mit der Reithalle sei an den Gemeinderat zurückzuweisen, mit der Auflage, dass die Kantonspolizei in die Verhandlungen betreffend Sicherheitskonzept einbezogen werden muss. Die Zustimmung der Polizei zum Sicherheitskonzept ist eine zwingende Voraussetzung für den LV. Es ist unverantwortlich, dass die Kantonspolizei nicht in die Verhandlungen einbezogen worden ist, insbesondere, nachdem sie vom runden Tisch ausgeschlossen worden war. Bei jeder Viehschau, jedem Concours und überhaupt bei allen Veranstaltungen macht die Polizei Auflagen, beispielsweise darüber, wie viele Verkehrskadetten vor Ort sein müssen, aber bei der Reitschule soll die Polizei nichts zu sagen haben. Es gibt lediglich einen internen Sicherheitsdienst, der es anscheinend zugelassen hat, dass Randalierer mehrere Kilo Steine aufs Dach schaffen konnten. Bei der Reitschule sind viele Fragen sicherheitstechnischer Art offen, wir finden es zwingend, die Polizei einzubeziehen. Sie soll nicht nur mitreden, sondern auch vorgeben, was geht und was nicht. Bei anderen Ausgehmeilen bestehen klare Konzepte und

Vorschriften. Wer sich nicht daran hält, muss mit Sanktionen rechnen. Man wird gebüsst oder riskiert eine befristete oder sogar definitive Schliessung des Betriebs. Aber bei der Reitschule passiert nichts. Mit Antrag 2 verlangen wir die Rückweisung mit der Auflage, dass ein von der IKuR unabhängiger Sicherheitsdienst für Ruhe und Ordnung im Innern der Reitschule sorgt. Die IKuR soll keine polizeilichen Aufgaben übernehmen. Wir wollen einen unabhängigen, nicht an Auflagen und Weisungen der Vollversammlung der IKuR gebundenen Sicherheitsdienst, der damit beauftragt ist, die im Sicherheitskonzept der Leistungsvereinbarung festgeschriebenen Massnahmen umzusetzen. Ein identischer Antrag wurde im Grossen Rat von Lars Guggisberg und Patrik Freudiger, beide SVP, und Hubert Klopfenstein, FDP, eingereicht. Auch im Grossrat hat man erkannt, dass man die Schraube anziehen muss. Es kann nicht sein, dass ein interner Sicherheitsdienst die polizeiliche Arbeit mehr behindert als unterstützt, deswegen braucht es einen unabhängigen Sicherheitsdienst. Für den Fall, dass dieser Antrag vom Stadtrat abgelehnt wird, sei daran erinnert, dass im Grossrat andere Mehrheitsverhältnisse herrschen. Die Stadt Bern täte gut daran, das Heft selbst in die Hand zu nehmen, bevor es eine Exekution durch den Kanton gibt. Wir werden selbstverständlich auch nationale Parlamentarier informieren, denn es geht nicht an, dass man in der Stadt Bern einen rechtsfreien Raum Reithalle erblühen lässt, in dem eine hauseigene „Polizei“ zum Rechten schaut. Wir haben bereits mehrere Vorstösse eingereicht und aus den Antworten geht hervor, dass das Sicherheitsteam der Reitschule die Arbeit der Polizei mehr behindert als fördert. Es kann nicht sein, dass die Vollversammlung IKuR der Polizei vorschreibt, was sie machen darf und was nicht. Wird der Antrag angenommen, ist die Ausbildung der Sicherheitsleute nicht mehr Sache der Reithalle, sondern folgt den Weisungen der Polizei, die festlegt, was ein unabhängiger Sicherheitsdienst tun muss. Antrag 3 verlangt die Rückweisung des Geschäfts, bis die ausstehenden Mieten und Nebenkosten bezahlt sind. Man darf die IKuR für begangene Fehler nicht belohnen. Man legt eine Haltung an den Tag, der zufolge die Reitschule nicht mit finanziellen Sanktionen rechnen muss. Der Stadtpräsident hat geäussert, die Strafe könne erlassen werden. Dies ist nicht das erste Mal, dass eine Vertragspartnerin, die sich nicht an die Vertragsvorschriften hält, dafür auch noch belohnt wird. Das ist doch ein Hohn! Deswegen soll es keinen Vertrag geben, solange nicht bezahlt worden ist.

Wir stellen weiter den Antrag, dass die Vorlage dem Stimmbürger zum Entscheid vorgelegt wird. Wenn der Stadtrat gedenkt, diesen LV mit der Reitschule abzuschliessen, soll er auch den Mut aufbringen, den Entscheid der Stimmbevölkerung einzuholen. Es sollte eine Volksabstimmung geben, denn es wurde allzu oft versprochen, die Zustände würden sich bessern, aber nichts hat sich gebessert und immer wieder kommt es zu Vorfällen. Nichts ist besser, im Gegenteil, es wird immer schlimmer! – Wir können mit offenen Karten spielen: Die Vorfälle von letztem Wochenende nahmen ihren Ausgang bei der Reithalle, sie hat diese Aktionen unterstützt. Wir sind nicht blauäugig, wir erkennen die Tatsachen. Die Demonstranten konnten sich auch am Samstag in die Reithalle zurückziehen. Es wurden Pamphlete und Flugblätter abgegeben, dieselben Parolen kann man auf der Webseite der Reitschule nachlesen. Lassen Sie den Stimmbürger Stellung dazu nehmen, bringen Sie den nötigen Mut auf. Später wird es auf Kantonsebene eine Abstimmung über die Initiative der SVP geben. Je nachdem, was die Leute der Reitschule künftig aufführen, wird diese angenommen. Die Konsequenzen sind dann wesentlich grösser, als wenn einer das Heft selbst in die Hand nimmt.

Matthias Stürmer (EVP): Die EVP stellt den Antrag, den LV mit der Reitschule zurückzuweisen. Es ist mehr als sieben Jahre her, seit die Motion „Reitschule schützen: Gewaltprobleme lösen“ von Erik Mozsa (GFL) überwiesen worden ist. Wir verlangen, dass sie im LV mit der Reitschule umgesetzt wird. Insbesondere sollen folgende Auflagen im LV beziehungsweise im Sicherheitskonzept umgesetzt werden: Der LV wird überarbeitet, unter dem Aspekt, dass die Reitschule verbindliche Strukturen schafft. Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten

eines entscheidungsfähigen und rechenschaftspflichtigen Leitungsgremiums müssen klar geregelt sein. Des Weiteren soll bei Demonstrationen das Tor der Reitschule so geschlossen werden, dass man nur noch von innen nach aussen gelangen kann, durch den Notausgang, aber nicht mehr von aussen nach innen. Diese Massnahme hat zum Ziel, zu verhindern, dass die Reitschule weiterhin als sicherer Rückzugsort für Gewalttäter/innen dienen kann.

Fraktionserklärungen zu Traktanden 4 und 5

Claude Grosjean (GLP) für die GLP-Fraktion: Wir sprechen über einen LV mit einer gewerbepolizeilichen Komponente. Was kann Gegenstand eines solchen Vertrags sein? Beispielsweise der Kulturbetrieb Reithalle, der Kulturveranstaltungen von nationaler Ausstrahlung in allen Sparten anbietet. Oder die Reithalle als Ort, an dem es keinen Konsumzwang gibt. Das ist vor allem für jüngere Jugendliche von Vorteil, weil sie es sich nicht leisten können, die Ausgehlokale an der Aarberggasse oder anderswo zu besuchen. Als Jugendtreffpunkt übernimmt die Reithalle eine sehr wichtige Funktion, die nicht unterschätzt werden darf, vor allem nicht von den Agglomerationsgemeinden. Ohne die Reithalle würde es an den Bahnhöfen im Einzugsgebiet der Stadt Bern an den Wochenenden ganz anders zu- und hergehen. Die IKuR ist zuständig für die Einhaltung der gewerbepolizeilichen Regelungen. Es ist sinnvoll, die Nichteinhaltung von Regeln zu sanktionieren. Im Anhang zum LV mit der IKuR sind Sanktionen via Nebenkosten vorgesehen, denn nur über die Nebenkosten kann man die Vertragspartnerin wirklich erreichen. Es macht keinen Sinn, über die Mietkosten zu sanktionieren, weil diese Mittel nur von einer in eine andere Tasche der Stadt Bern wandern. Sanktionen bei der Miete würden am Ende zu einer Exmission führen, also zu einer Räumung des Gebäudes. Dann wären wir wieder gleich weit, die Probleme wären nur verlagert. Nach wie vor unterschätzen die Leute, die eine Ultima Ratio unterstützen, welche nützliche Funktion die Reitschule für die Stadt Bern erfüllt.

Damit wäre umrissen, was Gegenstand eines LV mit der IKuR sein kann. Was nicht Gegenstand des LV sein kann, ist die Frage der Jugendgewalt. Wo sich regelmässig tausende Jugendliche treffen, ist das Risiko, dass es zu Vorfällen und zu Missbräuchen der vorhandenen Freiräume kommt, besonders hoch. Der Staat schafft es nicht, dem Einhalt zu gebieten, fordert aber von der IKuR, dass sie in die Bresche springt. Das kann man im Rahmen des LV nicht von einem Kulturbetrieb wie die Reitschule verlangen. Unsere Fraktion fordert, dass endlich eine Trennung zwischen der Diskussion um die Jugendgewalt, die wir in aller Schärfe verurteilen, und der Diskussion um die Reitschule und der diesbezüglich Problembewirtschaftung vollzogen wird. Es ist illusorisch, zu meinen, man könne die Jugendgewalt in den Griff bekommen, indem man die IKuR über den LV sanktioniert. Es liegt doch auf der Hand, dass Personen, die Straftaten begehen, vor allem bei schweren Delikten gegen Leib und Leben von der polizeilichen Strafverfolgung erfasst werden. Polizei und Staatsanwaltschaft sollen diese Aufgabe wahrnehmen, denn es kann nicht sein, dass versucht wird, private Organisationen und Privatpersonen über einen LV für derartige Probleme verantwortlich zu machen. Die GLP-Fraktion unterstützt den LV mehrheitlich.

Die Motion der FDP lehnen wir ab. Die in Punkt 1 geforderten klaren Zuständigkeiten und verbindlichen Kompetenzregelungen ergeben sich aus der allgemeinen Rechtsordnung, dieser Punkt muss nicht in den LV aufgenommen werden. Dasselbe gilt für Punkt 3: Es ist Gegenstand des LV, dass man innerhalb des Gebäudes beispielsweise Unbefugten den Zugang zum Dach verwehrt. Mit Punkt 2 will man der IKuR quasi Strafverfolgungskompetenzen übertragen. Eine Bestimmung dieser Art gehört nicht in den LV, weil die gewerbepolizeiliche Bestimmung nicht Gegenstand eines LV sein kann. Wir sind überzeugt, dass nur mittels Dialog eine Lösung gefunden werden kann. Wenn der Dialog verweigert wird, bleibt am Ende nur das Mittel Gewalt, dann haben wir alle verloren. Wir begrüssen, dass der Gemeinderat Mass-

nahmen ergriffen hat, um die Kultur des Dialogs weiter zu verfolgen und zu fördern. Wir lehnen die FDP-Motion ab.

Erich Hess (SVP) für die SVP-Fraktion: Wenn wir den vorliegenden Vertrag absegnen, machen wir uns der Beihilfe zum Terrorismus schuldig. Der Gemeinderat will uns dazu nötigen, aber es kann nicht sein, dass ein Vertrag mit Terroristen abgeschlossen wird! Es kann nicht sein, dass die Stadt einen Vertrag mit einer Organisation abschliesst, die grosse und gewalttätige Demonstrationen organisiert, deren Ausgangspunkt in den meisten Fällen die Reithalle ist. Und am Ende, nachdem die halbe Stadt kaputt gehauen ist, können sich die Terroristen in die Reithalle zurückziehen. Allein die Gewaltakte des letzten Wochenendes haben zu Schäden von mehreren hunderttausend Franken geführt. Der Gemeinderat hat natürlich nur der Stadt erwachsene Schäden beziffert, an privaten Liegenschaften entstandene Schäden werden in seinem Pressecommuniqué mit keiner Silbe erwähnt. Es kann nicht sein, dass Polizei, Feuerwehr und Sanitätspolizei von der Reithalle her immer wieder angegriffen werden. Ich kann die Leute, die dort verkehren, nur als Lumpenpack bezeichnen.

Rufe im Publikum. Der Vorsitzende mahnt, auf Kundgebungen auf der Tribüne zu verzichten.

Und mit Lumpenpack schliesst man keine Verträge ab! Dass Polizisten vom Dach der Reithalle aus mit Steinen beworfen werden, kann nicht angehen! Bei dieser Gewaltaktion vor eineinhalb Monaten wurden elf Polizisten verletzt. Das geht auf keine Kuhhaut! Rund um die Reithalle wird mit Drogen gehandelt. Innerhalb des Gebäudes werden illegale Drogen konsumiert. Wir machen uns indirekt zu Drogendealern, wenn wir ein solches Gebaren unterstützen. Jedes Mal, wenn die Polizei im Umfeld der Reithalle Kontrollen durchführt, flüchten die Leute ins Gebäude, um sich dort in Sicherheit zu bringen. Es darf nicht sein, dass mitten in der Stadt Bern ein rechtsfreier Raum existiert. Auch was die Gastronomie anbelangt, werden keine Regeln eingeladen. Bei den Partys im Dachstock wird geraucht und gekiffert. In allen anderen Lokalen herrscht Rauchverbot. Die Reitschule hält sich an keine Regeln und Gesetze. – Und mit diesen Lausebengeln will die Stadt einen Vertrag abschliessen? Das ist noch zu milde gesagt, denn es sind Terroristen! Zum Inhalt des LV: Der vorliegende Vertrag soll bis Ende 2019 gelten. Es ist bekannt, dass eine kantonale Volksinitiative eingereicht worden ist, die die Forderung erhebt, dass die Stadt Bern die Reithalle schliesst, da ihr andernfalls 55 Mio. Franken aus dem Finanz- und Lastenausgleich des Kantons entzogen würden. Die Abstimmung findet voraussichtlich spätestens Anfang 2018 statt. Wenn die Initiative angenommen wird, kostet der bis Ende 2019 gültige Vertrag, zusätzlich 55 Mio. Franken. Ich **beantrage**, den LV mit der Reithalle bis maximal 2017 zu befristen.

Wir müssen bei der Reithalle endlich durchgreifen. Wie lange müssen wir uns noch von Idioten terrorisieren lassen? Lehnen Sie den LV mit der Reithalle ab, damit unsere Bevölkerung in einer sicheren Stadt leben kann, in der Polizei, Feuerwehr und Sanität nicht mehr angegriffen werden. Bern hat in der ganzen Schweiz einen schlechten Ruf wegen der Reithalle. Es ist eine Schande, dass wir dieses Treiben tolerieren. In den Augen anderer Gemeinden in- und ausserhalb des Kantons sehen wir sehr schlecht aus. Wenn das Stadtparlament nicht durchgreift, wird die kantonale Abstimmung zeigen, dass das kantonale Stimmvolk endlich durchgreifen will. Das werden die Randalierer schmerzhaft zu spüren bekommen. Diesen unsäglichen Vertrag kann man nur ablehnen!

Leena Schmitter (GB) für die Fraktion GB/JA!: Wer davon ausgeht, dass das Tojo-Theater in der Reitschule als „Umkleideraum für Krawallmacher“ dient, beweist wahrlich eine wackelige Dossierfestigkeit und eine lebendige Vorstellungskraft. Dass die bürgerlichen Parteien die Reitschule abschiessen, beziehungsweise schliessen wollen, wissen wir, wir bekommen es in

regelmässigen Abständen zu hören. Aber da hört die lebendige Vorstellungskraft auch schon wieder auf. Es gibt Exponent/innen aus der Mitte, die in den gleichen Singsang einstimmen: Law and Order, auch für die Kulturpolitik – Law and Order, auch für Freiräume und Schutzräume. Keine Diskussionen mehr, sondern nur noch paternalistische Erklärungsansätze und Mutmassungen. Heute geht es nicht um eine weitere Grundsatzdebatte zur Reitschule, sondern um eine Leistungsvereinbarung. LV setzen den Austausch von Leistungen fest. Es ist ein Geben und Nehmen. In unserem Fall heisst das, dass die Stadt die IKuR subventioniert, im Gegenzug leistet die IKuR für die Stadt Bern, ein kulturpolitisches, wenn nicht gar sozialarbeiterisches Engagement.

Die Fraktion GB/JA! findet, dass die IKuR mit ihren Veranstaltungen, Aktionen und Engagements für die Stadt Bern so wichtig ist, dass wir diesen Vertrag wollen. – Wobei mir bei der Vorbereitung zu diesem Geschäft aufgefallen ist, dass die Stadt ein viel grösseres Interesse an einem LV mit der IKuR hat, als die Reitschule selbst. Der LV ist nämlich nicht ein nur politisches Mittel, mit dem der Dialog mit der IKuR und deren Einbettung gewährleistet ist, sondern auch ein Mittel, um die Reitschule zu sanktionieren, wenn sie irgendwelcher Verfehlungen bezichtigt werden kann, denn mit dem vorliegenden LV existieren „griffige Instrumente“ – sprich: Sanktionsmöglichkeiten – um in Konflikten im Umfeld der Reitschule – und nicht *in* der Reitschule – reagieren zu können. Der Gemeinderat hat nun ein Mittel, um sein „Rössli“ in Schach zu halten. Es stellt sich die Frage, wer das grössere Problem hätte, wenn es keinen LV gäbe – die Stadt oder die IKuR? Sagen wir es so: Um die IKuR machen wir uns keine Sorgen. Wir wollen keinen LV, weil wir dadurch die IKuR kontrollieren möchten, wir wollen einen LV, weil wir der Reithalle damit zeigen, dass uns ihre Arbeit wichtig ist.

Unsere Fraktion sieht in der Reitschule eine kreative, sozial- und kulturpolitisch wichtige Institution. Sie ist Drehscheibe einer lebendigen Diskussionskultur und gesellschaftspolitischen Engagements. Die Fraktion GB/JA! möchte sich bei der IKuR bedanken für die kreativen und kulturpolitisch wichtigen Veranstaltungen und für die Sozialarbeit – aber auch für den nötigen Humor, den sie in regelmässigen Abständen beweisen muss, wenn ihr wieder mal ein rauer Wind entgegenweht. Bern wäre grauer, apolitischer und starrer ohne den Farbfleck im Herzen der Stadt. Und dieses Herz, das manchmal zwar störrisch, aber trotzdem sehr gut ist, gilt es pulsieren zu lassen. Die GB/JA!-Fraktion freut sich deshalb – auch gemeinsam mit der IKuR – für eine Stadt Bern zu kämpfen, die mutiger als ihr Ruf ist; eine Stadt, in der Utopien gelebt werden können, wo Menschen zusammenarbeiten, die immer wieder aufstehen, auch wenn sie unter Beschuss stehen.

Wir stimmen dem LV zu. Wir lehnen sämtliche Anträge ab. Die Motion der FDP lehnen wir ebenfalls ab. Es existiert eine Zusatzvereinbarung, die Stadt und IKuR miteinander ausgearbeitet haben, das muss reichen.

Bernhard Eicher (FDP) für die FDP-Fraktion: Ich stelle fest, dass wir uns mitten in der klassischen Debatte befinden, die wir bereits zur Genüge geführt haben: Auf der einen Seite wird der Fokus bewusst auf die Kultur gelegt, teilweise zu Recht, leider verzichtet man aber darauf, auf die Gewaltproblematik einzugehen. Auf der anderen Seite legt man den Fokus nur auf die Gewalt und blendet den kulturellen Teil aus. Unsere Differenzen bestehen nicht in Bezug auf die Kulturleistungen, sondern in Bezug auf die Gewalt. Die grosse Frage lautet: Wie lässt sich dieses Problem in den Griff kriegen? Das ist der Streitpunkt. Der LV stellt für das Parlament die einzige Möglichkeit dar, Einfluss zu nehmen – es sei denn, man würde sich einen anderen Rahmen überlegen, beispielsweise PUK, AK oder Fraktionspräsidienkonferenz. – Wir wären bereit, im Rahmen eines solchen Gremiums zur Erarbeitung einer Lösung Hand zu bieten.

Der vorliegende LV ist einmal mehr ein hilfloser Versuch, um die Gewaltproblematik mithilfe mehr oder weniger tauglicher Zusatzvereinbarungen in den Griff zu bekommen. Dazu ist zu

sagen, dass es formal nicht korrekt ist, dass diese am Stadtrat quasi „vorbeigeschmuggelt“ wurden, indem wir sie nur zur Kenntnis nehmen und nicht formal darüber befinden können. Man hat argumentiert, dass der LV nicht in erster Linie den Bereich der Sicherheit abdecke. In der Realität haben wir diesbezüglich ein Problem, somit sind wir verpflichtet, uns zu fragen, wie wir die Sicherheitsproblematik in unserer Stadt in den Griff bekommen. Für Leute von ausserhalb, stellt die Gewaltproblematik rund um die Reitschule, nebst YB und SCB, das Hauptthema dar. Sie prägt das Bild, das die Leute von unserer Stadt haben. Es ist ärgerlich, dass diese Stadt, die sehr viele Vorteile hat, immer wieder schlechte Werbebotschaften aussendet.

Wir bitten, unserem Rückweisungsantrag zuzustimmen, so kann man die Gelegenheit wahrnehmen, die Forderungen unserer Motion umzusetzen. Sie können auch den Rückweisungsantrag der Fraktion GFL/EVP unterstützen, falls Sie den bevorzugen. Wir wollen einen Beitrag leisten, um die Gewaltproblematik, die uns immer wieder einholt, zu lösen. Ich bitte die nachfolgenden Rednerinnen und Redner, sich nicht zu längst bekannten Grundsatzdifferenzen zu äussern, sondern Stellung zu nehmen und ihre Lösungsansätze zu präsentieren, wie Ausschreitungen, wie wir sie in den vergangenen Monaten wiederholt miterleben mussten, in den Griff zu bekommen sind. Eine Bemerkung am Rande: Der Freisinn benutze die Sicherheitsthematik, um damit die Reitschule zu attackieren, stimmt nicht, denn bei den Hooligans tun wir dasselbe. Mir geht jeder auf den Keks, der das Gefühl hat, er müsse Sach- und Personenschäden anrichten. Mich interessiert nicht, aus welcher Szene solche Personen stammen. Es geht schlicht und einfach nicht an, Sachschäden zu verursachen und Leute anzugreifen! Der Teil des Rats, der hauptsächlich den kulturellen Teil in den Fokus stellt, ist aufgefordert, etwas zur Lösung des Gewaltproblems beizutragen. Es geht hier nicht um die altbekannte Diskussion, die ich seit circa neun Jahren kenne. Helfen Sie mit bei der Problemlösung und verzichten Sie darauf, die gleichen alten Parolen herunterzubeten, die wir zur Genüge kennen und in zahlreichen Protokollen nachlesen können.

Christa Ammann (AL) für die Fraktion AL/GPB-DA/PdA+: Das langwierige Hinauszögern der Diskussion über den LV mit der IKuR hat nicht erst mit der Sistierung, sondern schon lange vorher begonnen. Das spricht weder für die Arbeitsweise des Gemeinderats noch die des Stadtrats. Wenn LV diskutiert und vereinbart werden, sollte man solche Dinge vor Beginn der Vertragsperiode und nicht erst ein halbes Jahr später klären. Die Reitschüler/innen sind nicht dafür verantwortlich, dass einige Politikerinnen und Politiker aus der Exekutive und Legislative im Geografieunterricht einen Fensterplatz hatten und jetzt meinen, die Gemeindegrenzen der Stadt Bern verlaufen um die Schützenmatte und für sämtliche politischen Themen gebe es nur eine einzige Projektionsfläche. Wir lehnen sämtliche Rückweisungsanträge und Anträge ab. Zum Antrag 1 der SVP, mit der Forderung, die Polizei müsse dem Sicherheitskonzept zwingend zustimmen: Die Polizei ist in ihrer Funktion ein ausführendes Organ und kein politisches Gremium, beziehungsweise ein Gremium, welches Verträge abschliesst oder Gesetze macht, auch wenn Manuel Willi das systematisch ignoriert, indem er sich in politische Diskussionen einmischt. Dieses Spielchen machen wir bestimmt nicht mit!

Die Motion der FDP lehnen wir ab, weil wir ihre Forderungen entweder nicht teilen oder nicht nachvollziehen können, denn vieles ist bereits eingelöst. Die FDP sollte sich generell überlegen, welche Haltung sie zum Thema Drogenpolitik einnimmt, wenn sie sich in Zukunft auch „liberal“ schimpfen will. Der Zugang zum Dach ist geregelt, die Zuständigkeiten sind klar. Die zweite Forderung, der interne Sicherheitsdienst solle verhindern, dass das Tojo Theater als Umkleidekabine diene, ist dermassen blödsinnig, dass sich jeder Kommentar erübrigt.

Lionel Gaudy (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Vor den Ereignissen am 5. und 6. März 2016 war unsere Fraktion in Sachen LV mit der Reitschule grundsätzlich positiv eingestellt. Der

vorliegende LV mit der IKuR ist von allen Leistungsvereinbarungen, die die Stadt mit den Kulturinstitutionen abschliesst, wohl das umfassendste Vertragswerk. Man sieht, dass die IKuR sich auf die Stadt zubewegt hat, und dass inzwischen viele politische Forderungen zumindest teilweise umgesetzt worden sind: Es gibt ein Sicherheitskonzept, das inhaltlich den in anderen Ausgehlokalen geltenden Regelungen entspricht. Mittlerweile läuft die Kommunikation zwischen IKuR und Stadt wieder gut. Wir rechnen der IKuR das Engagement und die geleistete Arbeit hoch an! In unserer Fraktion gibt es einige Mitglieder, die ab und zu gern die Reitschule besuchen. Laut dem Manifest der Reitschule und den Statuten der IKuR ist die Reithalle ein Ort der Freiheit für alle. Sie ist ein alternatives politisch-kulturelles Jugendzentrum. Sie ist grundsätzlich ein sozialer Ort der Begegnung und der Kommunikation. Die Reithalle ist vieles und für jeden etwas anderes: Für die einen ist sie ein Ort, wo sie unter der Woche im Sous le Pont zu Mittag essen. Für die anderen ist die Reithalle Teil des Nachtlebens, sie besuchen den Dachstock anstatt andere Clubs wie Bonsoir oder Du Théâtre. Für die Dritten ist sie ein Ort, wo man günstig parkieren kann. Unsere Fraktion zählt zu den Fans der kulturellen Bespielung wie sie in der und um die Reitschule stattfindet. Es ist vielen Leuten zu danken, die aus diesem einmaligen Standort mit viel Engagement und Leidenschaft etwas schweizweit Einzigartiges erschaffen.

Und doch drehen sich die Debatten, die wir immer wieder führen, nur selten um Kultur. Es ist schade, dass die spannenden und tollen kulturellen Angebote immer wieder von Gewalt in Form von Krawallen und Sachbeschädigungen überschattet werden. Seit dem 6. März, als die Situation bei der Schützenmatte dermassen ausartete, hat sich unsere Ansicht geändert. Dies war der berühmte letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Die Fraktion BDP/CVP setzt sich vehement dagegen zur Wehr, dass es in Bern weiterhin einen Ort gibt, an dem Gewalt toleriert, ja sogar akzeptiert wird. Egal, was man macht, schreibt oder diskutiert, diese Gewaltakte treten immer wieder auf. Irgendeinmal gelangt man an einen Punkt, an dem die Sache einfach nicht mehr stimmt. So geht es zumindest dem Grossteil unserer Fraktion.

Es gibt nur zwei Optionen: Man kann sich auf den Standpunkt stellen, die kulturellen Angebote in der Reitschule würden es wettmachen, dass es dort immer wieder zu sporadischen Ausschreitungen mit verletzten Menschen und zu Einsätzen der Blaulichtorganisationen kommt. – Es bringt meist nichts, sich auf die Suche nach Schuldigen zu machen. Fest steht, dass Personen, die sich an Ausschreitungen beteiligen und Steine nach anderen Menschen werfen, sinnlos Fenster einschlagen oder Dinge in Brand stecken, salopp gesagt einfach nur Idioten sind. Dass sie mit ihren Aktionen der Reitschule am meisten schaden, ist unbestritten. Unklar ist jedoch, inwiefern die IKuR, die Polizei, der Gemeinderat, das Wellnessteam oder wer auch immer an der Situation Mitschuld trägt oder daran etwas ändern könnte. Die Diskussionen zum Thema drehen sich im Kreis, man schiebt sich gegenseitig den Schwarzen Peter zu. Unsere Fraktion kann nicht weiter zusehen. Wir wollen ein Zeichen setzen, denn es gibt nämlich noch die zweite Option: Sie besteht darin, dass man sagt: „Jetzt längt's!“, obwohl das sehr schade und bedauerlich ist. Inwiefern dieses Bekenntnis etwas verändert, wird sich zeigen. Im Moment gilt es, den wiederkehrenden gewaltsamen Ausschreitungen einen Riegel zu schieben und dafür zu sorgen, dass die Lage im Umkreis der Reitschule endlich sicher wird. Allenfalls werden wir die Diskussion in zwei Jahren wieder aufnehmen, im Rahmen der Verhandlungen zu einer nächsten Leistungsvereinbarung. Unsere Fraktion wird den vorliegenden LV mit Verpflichtungskredit ablehnen.

Zu Traktandum 5: Wir begrüßen die Motion der FDP, man sollte sich jedoch keine Wunder erhoffen. Es ist schön, dass die FDP, als Schutzpatronin der IKuR, dazu beitragen will, dass der LV doch noch zustande kommt. Bei einer punktuellen Abstimmung stimmen wir den Punkten 1, 3 und 4 zu, Punkt 2 lehnen wir ab. Es gehört zu den Grundlagenkenntnissen in Schweizer Recht, dass die Durchsetzung des Betäubungsmittelgesetzes eine Staatsaufgabe ist, die nicht an Private delegiert werden kann. Wir anerkennen sehr wohl, dass die Bestre-

bungen der IKuR in dieser Sache, mit der Kampagne „No Deal Area“, erfolgreich waren. Sie sind ein Schritt in die richtige Richtung, wie die Umsetzung anderer politischer Forderungen auch einer ist. Für den Fall, dass bei Traktandum 5 nicht punktweise abgestimmt wird, hat unsere Fraktion die Stimmfreigabe beschlossen.

Zu den Rückweisungsanträgen: Dem Antrag von Matthias Stürmer werden wir grossmehrheitlich zustimmen, da er sinnvolle Auflagen und Forderungen umfasst. Was die restlichen Anträge anbelangt, gilt Stimmfreigabe.

Lukas Meier (SP) für die SP-Fraktion: Heute Abend beraten und entscheiden wir über den LV 2016-2019 mit der IKUR. Wir debattieren nicht über die Sauvage auf dem Warmbächli-Areal vom vergangenen Samstag oder über Vorfälle im Perimeter Schützenmatte, welche mitunter auch zu einer Nachbesserung an der Vertragsvorlage geführt haben. Ich bin über den bisherigen Verlauf der Debatte positiv überrascht. Emotionale Debatten, wer woran und wie Schuld sei, haben wir zur Genüge geführt. Das kann ich erkennen, obwohl ich erst seit einer Legislatur Mitglied des Stadtrats bin. Mit dem LV liegt uns ein Dokument vor, das gegenseitige Verbindlichkeiten regelt und eine Basis für die weitere konstruktive Zusammenarbeit legt. Wir sollten die Ausgangslage sachlich betrachten und faktenbasiert entscheiden. Die Debatte zur Reitschule kann selbstverständlich nicht losgelöst von realen Ereignissen stattfinden, aber diese Vorfälle dürfen uns nicht den Blick für das Ganze verstellen. Eine komplett defizitorientierte Empörungsdebatte im Ereignisfall bringt uns nicht weiter.

Wer diesem LV nicht zustimmt, ist grundsätzlich gegen die Reitschule. Das ist legitim. Wer im Grundsatz für die Reitschule ist, darf jedoch nicht versucht sein, beim LV ein Zeichen zu setzen, denn das wäre fatal! Mit dem LV wird ein weiterer Schritt in die richtige Richtung getan. Wir erhalten neue Grundlagen und Verbindlichkeiten bezüglich Kooperation. Der LV mit der IKuR konnte nicht im Paket mit den anderen Leistungsvereinbarungen im Kulturbereich verabschiedet werden, weil es länger gedauert hat, diesen zu verhandeln und gewisse Nachbesserungen darin zu integrieren. Der Vertragsentwurf konnte innerhalb nützlicher Frist in fünf Stadtgesprächen erarbeitet und ausgehandelt werden. Die IKuR hat den Vertrag basisdemokratisch schnell verabschiedet und unterschrieben. Nun liegt der Ball beim Stadtrat. Wenn wir dem LV nicht zustimmen, spedieren wir den Ball aus dem Feld. Das Spiel ginge trotzdem weiter, oder wie man im Fall der Reitschule sagen könnte: Das „Rössli“ wird weitergaloppieren. Die Situation wird dann sicherlich nicht besser, es besteht das Risiko, dass sie sich noch mehr verschlechtert.

Mit dieser Begründung stimmt die SP-Fraktion dem vorliegenden LV zu. Diese Vorlage überzeugt uns. Damit ist eine weitere erfolgreiche Etappe in der Zusammenarbeit von Stadt und IKuR erreicht. Historisch gesehen ist der LV, den wir verabschieden, erst der vierte LV mit der Reitschule. Er symbolisiert die Erreichung einer nächsten Stufe kontinuierlich gewachsener Regelungen und Verbindlichkeiten zwischen den Vertragspartnern. – Ein Etappenziel auf einem langsamen, aber stetigen Weg, der uns von Stacheldraht, Tränengas und Besetzung in den Anfängen bis zu runden Tischen, Stadtgesprächen, Aufwertungsdiskussionen für den Perimeter und zu einer der bekanntesten Kultur-Institutionen in dieser Stadt geführt hat. Beim vorliegenden LV handelt es sich um ein einheitliches Vertragswerk, zwei Dokumente wurden in eins gefasst. Neu ist das vom Regierungsstatthalter genehmigte Sicherheitskonzept integriert, das ist ein sinnvoller Schritt. Mit dem Sicherheitskonzept besteht ein mehr oder weniger gleiches Dokument wie bei anderen Clubs und Partylokalen. Dass es auf gleicher Basis, mit marginalen Anpassungen, akzeptiert worden ist, zeigt, dass die betreffenden Regelungen auf hohem Niveau stehen. An den Stadtgesprächen wird heutzutage über Evakuationsübungen, die Ausbildung der Mitarbeitenden der Security, über Dachsicherung oder die Verbesserung der Lichtsituation bei Nacht usw. diskutiert. – Wenn das keine gute Basis für eine Zusammenarbeit ist. Die Studie von Prof. Ueli Mäder bringt deutlich zum Ausdruck, dass es der

Reitschule und der Stadt bisher gelungen ist, einen Mittelweg zwischen ambitioniertem Kulturbetrieb und autonomer Basisdemokratie zu beschreiten. Die Leistungsvereinbarungen stellen ein geeignetes Mittel dar, um den konstruktiven Dialog zu fördern, der das wichtigste Instrument bleibt, um Konflikte im Umfeld der Reitschule, auf dem Vorplatz und auf der Schützenmatte zu vermindern.

Man hat neu griffige Sanktionsmöglichkeiten in den LV aufgenommen. Die Basis ist und bleibt der Dialog als wichtigstes Instrument des Konfliktmanagements. Das ist zu begrüßen. Die Zustimmung zum LV garantiert exakt formalisierte Dialoggefässe, den Kontakt und den Austausch, wenn nötig auch in ausserordentlichen Sitzungen. Was wäre die Alternative? Funkstille, Spannungen und Eskalation? Sanktionsmöglichkeiten sind in Artikel 32 festgelegt, in Form der Kürzung oder gänzlichen Streichung bei den direkten Zahlungen. Zu sanktionierende Verstösse sind aufgelistet. Diese Minimumstandards sind akzeptabel. Wir haben immerzu betont, dass vereinbarte organisatorische Massnahmen wie das Nottelefon funktionieren müssen. Ob ein Nottelefon bedeutet, dass ein Dialog stattfindet, ist eine andere Geschichte. In dieser Frage setzen wir unsere Hoffnungen auf den Alt-Bundesrichter Hans Wiprächtiger, der zwischen den Konfliktparteien IKuR und Polizei vermitteln soll.

Die Höhe der Subvention bleibt gleich. Effektiv wird die Miete vom Budget der Abteilung Kultur zu ISB verschoben. Der Beitragsanteil an die Nebenkosten beträgt rund 60'000 Franken. Wo sonst bekommen wir für so wenig Geld so viel Kultur? Wenn wir den Beitrag an die Reitschule mit anderen vereinbarten Kulturleistungen vergleichen, lässt sich hervorheben, dass sie sich speziell als Sozialisierungsinstanz für die Berner Jugend etabliert hat, mit ihren offenen Türen auch als Auffangbecken dient und grossen Einsatz in der unentgeltlichen Drogen-, Sozial- und Jugendarbeit leistet. – Die Reitschule ist für die Stadt ein Geschenk! Der LV ermöglicht den Dialog, regelt die Zusammenarbeit und schafft Verbindlichkeit.

Wir stimmen dem LV mit der IKuR zu und lehnen die Rückweisungsanträge und alle Anträge zur Vorlage ab. Die FDP-Motion von Christoph Zimmerli lehnen wir ebenfalls ab: Der Gemeinderat informiert in seiner Antwort ausführlich über die getroffenen Massnahmen. Er informiert über die zusätzlichen Vereinbarungen zum Sicherheitskonzept, die Vermittlungsgespräche mit Hans Wiprächtiger und die Sanktionen gegen die IKuR. Bei Punkt 2 erstaunt uns, dass die FDP das Gewaltmonopol aufweichen will. Das ist für uns inakzeptabel. Bei Punkt 4 ist für uns nicht wichtig, ob die Gespräche direkt oder indirekt stattfinden, sondern dass sie zielführend und konstruktiv sind. Wir lehnen diesen Punkt ab, weil aktuell ein Konflikt zwischen IKuR und Polizei besteht. Direkte Gespräche haben sich in der Vergangenheit weder als zielführend noch als konstruktiv erwiesen. Eine weitere Alibiübung braucht es momentan nicht. Wir plädieren dafür, dem Vermittler genügend Zeit einzuräumen, damit man eines Tages am Endziel anlangt und das gemeinsame Gespräch funktioniert.

Henri-Charles Beuchat (SVP) für die SVP-Fraktion: Einige Behauptungen, die in der Debatte geäussert worden sind, dürfen nicht unerwidert im Raum stehen bleiben. „Einer muss die Verantwortung übernehmen, wenn alle anderen sie ablehnen“, lässt der Stadtpräsident verlauten. – Der Sicherheitsdirektor hat das Dossier Reitschule nur auf Druck hin abgegeben, das weiss man. Der Stadtpräsident will seinen Abgang mit einem Schmierentheater verschönern. Wir wissen, dass Reto Nause das Dossier nicht freiwillig abgegeben hat. Gegenteilige Behauptungen lassen sich auch der Presse nicht mehr verkaufen. Herr Stadtpräsident, die SVP ist bereit, Verantwortung zu übernehmen. Wir nehmen Ihnen dieses Schmierentheater nicht ab! Der Sicherheitsdirektor sitzt heute Abend da wie ein Häufchen Elend, weil er nichts sagen darf. Er wird nicht einmal von den eigenen Bündnispartnern unterstützt. Punktum: Er hat das Dossier nicht freiwillig abgegeben und wenn er sich frei äussern dürfte, würde er uns eine andere Geschichte erzählen als der Stadtpräsident.

Seit langem ist die Reithalle ein dunkler Fleck in der Stadt Bern. Der linkspolitische Nachwuchs übt sich dort im Guerillakrieg. Warum und wofür sie kämpfen, ist niemandem klar. Der Stadtpräsident kann stolz sein, denn die rot-grüne Mehrheit hat bei diesem Dossier ganze Arbeit geleistet. Die Mitglieder der regierenden Mehrheitspartei können stolz sein, weil es ihnen über Jahre gelungen ist, linksextreme Chaoten mit x Verträgen zu alimentieren. Jetzt soll ein neuer LV folgen. Herr Stadtpräsident, Sie können stolz sein, denn sie hinterlassen nach ihrer Regierungszeit einen offenen Bürgerkrieg. – Wenn elf Polizisten in einen Hinterhalt gelockt und angegriffen werden, geht es in Bern zu wie im Bürgerkrieg.

Der Vorsitzende ermahnt den Redner, sich zum Thema zu äussern.

Henri-Charles Beuchat setzt sein Votum fort: Ja, das ist Bürgerkrieg und sogar versuchte Tötung! Fragen Sie doch einmal die Polizisten, die im Einsatz waren, wie sie die Angriffe erlebt haben. Das hat der Stadtpräsident uns eingebrockt. Die Chronik eines Kampfgebiets – so liest sich der Polizeibericht. Ich bin gespannt, was der Polizeibericht 2015, den ich mittels Akteneinsichtsgesuch einfordern werde, noch alles zu Tage fördert. Auf dem Vorplatz der Reitschule leben tausende Jugendliche ihre Vorstellungen von Freiheit aus. Der vorliegende LV und das Sicherheitskonzept unterstützen diese Versammlungen. Jeder kann machen, was er will, es gibt keine Beschränkungen bei den Betriebszeiten, keine Vorgaben zum Lärmpegel, die Events sind gratis, das Bier ist billig und es werden über die Sperrstunde hinaus Getränke verkauft. Es spielt keine Rolle, ob es vertragliche Vereinbarungen gibt, denn die Reitschule macht sowieso, was sie will. Die Damen und Herren der Regierungspartei feiern das als Verhandlungserfolg in Form eines LV. Der Stadtpräsident versucht, uns den Vertrag als grossartigen Erfolg in Sachen gelungener Kommunikation zu verkaufen. Ich bin überzeugt, dass er seine Unterschrift unter dieses Machwerk wird setzen können, denn die Mehrheiten im Stadtrat sind gemacht. Aber Folgendes verkennt man: Die SVP hat unter die Causa Reithalle längst einen Schlussstrich gezogen. Sie können heute einen Pyrrhussieg feiern und diesem LV zustimmen. Aber seit die Initiative von Erich Hess zustande gekommen ist, spielt die Musik nicht mehr im Stadtparlament. Über die Reithalle wird nicht anhand von Pseudoverträgen in der Stadt Bern entschieden. Bei einer kantonalen Abstimmung wird anderswo, nämlich irgendwo im Oberland, über die Zukunft der Reitschule entschieden.

Janine Wicki (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Wir finden den vorliegenden LV gut. Wir verzichten auf eine lange Begründung. Wir können uns grösstenteils den Worten des Sprechers der SP-Fraktion anschliessen. Wir begrüssen den neuen LV mit der IKuR. Für die Subventionsperiode 2016 – 2019 ist es gelungen, alle nötigen Inhalte in ein einziges Vertragsdokument zu giessen. Das macht das Ganze leserlich. Zu begrüssen ist auch, dass das Sicherheitskonzept neu integraler Bestandteil des Vertragswerks ist. Vor vier Jahren, anlässlich der Debatte zum letzten LV, hat sich die GFL dahingehend geäussert, dass der Dialog der richtige Weg ist, um die Konflikte in und um die Reitschule zu lösen, beziehungsweise um darauf zu reagieren. Wir halten an unserem Bekenntnis zum Dialog fest. Besonders erfreulich ist der neue Artikel 32, der die Möglichkeit finanzieller Sanktionen vorsieht, falls die Reitschule den Dialog verweigert. Die GFL stimmt dem LV mit Verpflichtungskredit geschlossen zu.

Die Rückweisungsanträge lehnen wir ab, weil wir keine stichhaltigen Gründe erkennen, die dafür sprechen. Der LV beinhaltet alle relevanten Punkte. Auf den EVP-Rückweisungsantrag von Matthias Stürmer gehe ich besonders ein, weil in der Begründung die Motion von Erik Mozsa, einem ehemaligen Stadtrat der GFL, angeführt wird: Es mag zutreffen, dass die Forderungen der Motion Mozsa nicht vollständig umgesetzt worden sind. Wir ziehen es vor, einen nicht ganz perfekten LV abzuschliessen anstatt gar keinen. Der LV ist zentrale Voraussetzung dafür, dass der Dialog, den man hat installieren können, fortgesetzt wird. Die Probleme wer-

den nicht gelöst, indem wir den LV mit der IKuR ablehnen oder rückweisen. Vielleicht würden sich manche bürgerliche Politiker/innen oder auch solche aus der Mitte dann besser fühlen, aber damit wären keine Probleme gelöst. Wenn man den Dialog abwürgt, entwickeln sich Spannungen. Bei der Motion von Christoph Zimmerli lehnen wir die Punkte 1 bis 3 mehrheitlich ab. Zu Punkt 4 haben wir Stimmfreigabe beschlossen.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: Wie wir schon bei der letzten Aussprache sagten: Unsere Geduld ist langsam am Ende. Wer sich, wie nahezu alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt, ans Gesetz hält, sich bemüht und für das Gemeinwohl einsetzt, kann nicht nachvollziehen, wieso, obwohl es im Umfeld der Reitschule immer wieder zu schwerwiegenden Vorfällen kommt, alles immer den gewohnten Gang geht, und warum die Schuldigen kaum je zur Verantwortung gezogen werden. So wird ein Umfeld kultiviert, in dem junge und unverantwortliche Personen sich im Glauben wiegen, sie müssten sich an keinerlei Regeln halten und könnten tun und lassen, was sie wollen. Wir schätzen das reichhaltige kulturelle Angebot in der Reitschule. Wir wissen, dass dieser alternative Ausgehört in unserer Stadt dringend nötig ist. Deswegen sind wir grundsätzlich für die Reitschule, aber nicht in der Form, wie sie heute funktioniert. In den Reaktionen der Mediengruppe und im persönlichen Gespräch ist zu spüren, dass die Verantwortlichen der IKuR nicht wirklich bereit sind, Verantwortung zu übernehmen – Schuld sind immer die Anderen. Auch ist kaum Bereitschaft zu erkennen, mit der Polizei zu kooperieren. Gewisse Verhaltensweisen der IKuR können nicht mehr länger toleriert werden, insbesondere, dass das Haupttor aus Prinzip nicht geschlossen wird, wenn rund um das Gebäude Krawalle stattfinden. Ganz offensichtlich will man den Krawallmachern einen sicheren Rückzugsort bieten. Dass die IKuR es nicht schafft, in ihren Medienmitteilungen klar gegen Gewalt Stellung zu beziehen, ist unverständlich. Unser Fazit lautet: Entweder lässt sich die Reithalle von Gewalttätern instrumentalisieren, weil sie die Lage nicht im Griff hat, oder die Verantwortlichen hegen gewisse Sympathien gegenüber der Gewaltanwendung, insbesondere wenn Polizisten betroffen sind. Beides sind Gründe für eine Umkehr. Es ist lange her, seit die Motion Mozsa überwiesen wurde. Der Gemeinderat betrachtet diese Richtlinienmotion schon längst als erfüllt. Aber der Punkt mit der Torschliessung ist bis heute nicht umgesetzt worden. Die Struktur der Reitschule hat sich nur marginal verändert, obwohl die Basisdemokratie sich nicht bewährt hat. Immerhin ist im neuen LV die Möglichkeit enthalten, die Nebenkostenzahlungen bei Nichteinhalten der Vertragsbestimmungen zu kürzen. Wir erwarten, dass alle Punkte der GFL-Motion erfüllt werden. Wir können dem Vertrag in jetziger Form nicht zustimmen. Unser Nein heisst nicht, dass wir das Kulturangebot der Reitschule ablehnen, sondern bedeutet ein Zeichen im Sinne unseres Wunsches nach einem Neuanfang. Betreffend die Kommunikation durch den Gemeinderat ist anzumerken, dass es nicht zu einem besseren Verständnis im Stadtrat und in der Bevölkerung beiträgt, wenn verschiedene Gemeinderatsmitglieder ganz unterschiedliche Reaktionen zeigen, eine gemeinsame Haltung tut not. Insbesondere der Versand des Vortrags im letzten Dezember, ohne Kommentar zu den Ereignissen der vorangehenden Monate, erscheint unglaublich arrogant. Einen solcher Fauxpas ist in Zukunft unbedingt zu vermeiden.

Einzelvoten zu Traktanden 4 und 5

Roland Iseli (SVP): An den Abendspaziergängen werden Parolen gegen den Kapitalismus und den Kommerz verbreitet. Aber die Reitschule nimmt das, was sie verbreitet, selbst nicht ernst, denn sonst würde sie die städtischen Gelder, die aus unserem kapitalistischen System stammen, nicht annehmen. Wenn die IKuR ein bisschen Stolz und eine klare Linie hätte, würde sie den LV versenken und auf Subventionen verzichten.

Roland Jakob (SVP): Vorab muss ich ein direktes Wort an den Stadtpräsidenten richten: Dass Sie das Kollegialitätsprinzip dermassen mit Füessen treten, indem Sie einem Kollegen vorwerfen, ihm fehle der Mut, seine Arbeit zu machen, finde ich äusserst schade. Bekanntlich herrscht im Gemeinderat das Mehrheitsprinzip. – Verantwortung kann nur übernehmen, wer im Gemeinderat die Mehrheit hinter sich hat. Den Behauptungen von Alexander Tschäppät halte ich entgegen, dass er sich in der komfortablen Lage befindet, gemeinsam mit seinen Kolleginnen und Kollegen die Mehrheit zu bilden. Er sollte es tunlichst unterlassen, die Minderheit des Gemeinderats zu denunzieren. Dieses Verhalten ist unentschuldigbar, aber man muss annehmen, dass der Stadtpräsident das anders sieht und sich nicht entschuldigen wird. Wie er mit seinem Kollegen umgeht, zeugt nicht von gutem Charakter. Das ist schade, denn bis anhin habe ich Alexander Tschäppät als Politiker geschätzt, auch wenn ich mit ihm nicht einer Meinung war. Ich hatte immer das Gefühl, dass er versucht, im Sinne der Leute und der Haltungen, die er vertritt, das Beste zu machen. Andere in die Pfanne zu hauen, ist unnötig. Zum Vertrag an sich kann der Stadtrat nicht Stellung nehmen, denn wir entscheiden grundsätzlich nur über den Kredit. Trotzdem will ich einige Aspekte des Vertrags beleuchten: Neu ist die Kündigungsfrist auf sechs Monate verlängert worden. Auch ist festzuhalten, dass das Sicherheitskonzept neu ein integrierter Bestandteil des Vertrags ist. Im Laufe der letzten Legislaturperiode ist das Sicherheitskonzept mehrfach verletzt worden. Andere Bestimmungen werden auch nicht befolgt, wie die Lärmproblematik zeigt. Ich selbst mache ab und zu auch gerne Party. Aber ich versuche, die Leute in meinem Umfeld nicht mit Lärm zu belästigen, sondern nehme Rücksicht auf sie. Der Stadtpräsident müsste über die Bücher gehen und sich überlegen, wie lange, angesichts von von der Reitschule begangener Vertragsverletzungen, er noch die Augen verschliessen will. Ich weiss, dass er nicht mehr lange im Amt bleibt, es wäre trotzdem angemessen, dass er eine Erklärung abgibt. Zum berühmten Kontakttelefon ist zu sagen, dass es schlecht funktioniert. Neu gibt es zwei Nummern, eine für die Sanitätspolizei und die Feuerwehr, die andere für die Polizei. Es liegt auf der Hand, dass diese Massnahme einerseits zu einer markanten Verbesserung der Kommunikation mit den Blaulichtorganisationen und andererseits zu einer Verschlechterung beim Kontakt mit der Polizei führen wird. Wenigstens kann nun die Sanitätspolizei im Notfall eingreifen, und Leute retten, wenn es um Leib und Leben geht. Ich danke der Reitschule für ihr Einsehen, dass sie nicht einfach hinnehmen darf, dass die Leute in ihrem Umfeld der Gewalt ausgesetzt sind, sondern dafür sorgen muss, deren Gesundheit zu schützen. Mich stört auch der Umstand, dass das Zertifikat des Sicherheitsbeauftragten im Februar 2017 abläuft. Ab dann ist ein weiterer Bestandteil des LV nicht mehr erfüllt. Dass man dies übersehen hat, ist ein Fehler, der beweist, dass die Verhandlungen schlecht geführt worden sind. Der Sicherheitsverantwortliche muss während der ganzen Vertragsperiode mit den Regeln des Sicherheitskonzepts kompatibel sein.

Zu den finanziellen Aspekten: 50'000 Franken wurden an Ueli Mäder verschenkt, für gute Parteidienste, die er mit seiner Studie geleistet hat. Dieser Betrag ist an den beantragten Verpflichtungskredit anzurechnen, als Ausgaben für Werbung in eigener Sache, die sich RGM mit unsern Steuergeldern geleistet hat. Das muss man im Dossier Reitschule ablegen. Zum Sicherheitskonzept stelle ich fest, dass ein externer Sicherheitsdienst zielführender wäre. Auch bei der Tour de France hat man sich erst geweigert, eine externe Organisation für die Sicherheit sorgen zu lassen. Es sollte möglich sein, eine externe Sicherheit für die Reitschule zu verpflichten. Zum Schluss lese ich folgenden Satz aus dem Manifest der Reitschule vor: „Die Reitschule soll ein ausserparlamentarisch linkes, politisches Zentrum [...] sein.“ Daraus lässt sich schliessen, dass die Stadt mit der IKuR offensichtlich eine politische Organisation unterstützt. Ich habe immer gemeint, bei Leistungsvereinbarungen gehe es um Vereinsleistungen. Die Reithalle ist ein besetztes Gebäude. Ich hoffe, der Stadtpräsident kann mir erklären, wie die rechtlichen Grundlagen funktionieren. Als Jurist kann er sicher begründen, wieso eine

rechtlich nicht abgesicherte Organisation, die ihr Zentrum in einem besetzten Haus hat, mittels städtischer Steuergelder subventioniert und unterstützt wird.

Hans Kupferschmid (BDP): Eigentlich wäre das Sicherheitskonzept ein brauchbares und wichtiges Instrument, wenn man es richtig einsetzen würde. Das Sicherheitskonzept der Reitschule beinhaltet jedoch unzureichende Bestimmungen, die bestenfalls für eine Kindergartenparty ausreichen. Unter Punkt 1.2. steht, es sei das Merkblatt „Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus“ umzusetzen. Ich finde es super, dass man das Wort „gemeinsam“ kennt, was aber damit gemeint ist, habe ich bis anhin nicht herausgefunden. Ich finde es super, dass die Mitarbeitenden des Sicherheitsteams Kurse und Schulungen zur gewaltfreien Konfliktlösung besuchen. Man kennt also auch den Begriff „gewaltfrei“, aber den Sinn dahinter hat man offensichtlich nicht erfasst. Neu soll es zwei verschiedene Kontaktnummern geben – je nachdem, wer anruft, nimmt man das Telefon entgegen oder eben nicht. Wenn ich eine Lärmklage vorzubringen habe, ist es sinnlos, zu telefonieren. Es ist besser, mit den Leuten direkt zu reden, denn so funktioniert der Dialog. Ein Dialog, den man nicht am Telefon führen kann, dessen man sich bedient, wenn man mit dem Gegenüber eigentlich nicht reden will. Im Sicherheitskonzept steht, die Leute im Sicherheitsdienst dürften keine für die Ausübung ihres Jobs relevanten Vorstrafen aufweisen. Jeder soll eine zweite Chance bekommen, das ist auch meine Meinung. Aus dem Text geht jedoch nicht hervor, welche Vorstrafen als relevant gelten. Im Sicherheitskonzept steht nirgends, wie die Leute des Sicherheitsdienstes für Besucherinnen und Besucher erkennbar sind. Tragen sie eine Kappe oder eine Leuchtweste, sind sie sichtbar? Leider wird im Konzept auch nicht erwähnt, dass im Sinne des konstruktiven Dialogs alle Akteure einzubeziehen sind. Man muss mit allen Beteiligten einen konstruktiven Dialog führen und nicht nur mit denen, die einem in den Kram passen! Anhand des Sicherheitskonzepts ist nicht zu erkennen, ob man sich wirklich von der Gewalt distanziert. Es wird nicht geregelt, ob Zutrittskontrollen stattfinden, ob man sich an die im Manifest definierten Regeln hält oder ob das Tor geschlossen wird, wenn es Krawalle gibt. Dass Teile des Manifests ins Sicherheitskonzept eingegangen sind, darüber kann man streiten. Dass man sich ans Konzept hält, muss vom Regierungsstatthalteramt überprüft werden. Im Fall der Reitschule muss sich die Orts- und Gewerbepolizei vorher anmelden, wenn sie eine Kontrolle durchführen will. – Mein Gott, wo gibt es denn sowas? Kontrollen sind dann sinnvoll, wenn sie unangemeldet stattfinden. So geht man auch bei Bauernbetrieben vor, da kann niemand schummeln.

Fazit: Weil das Sicherheitskonzept in den genannten Punkten der Kritik nicht standhält, bin ich zum Schluss gelangt, dass es sich dabei um ein wertloses Papier handelt.

Nora Krummen (SP): Zwischen der Reitschule und der „Sauvage“ von letztem Samstag, mit Demonstration im Nachgang, oder den Abendspaziergängen oder anderen Demonstrationen und Manifestationen muss man eine klare Trennung machen. Es besteht kein Zusammenhang, das sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Wer einen angeblich rechtsfreien Raum heraufbeschwört, verkennt, dass die Reitschule klare Strukturen aufweist: Sie ist basisdemokratisch organisiert. In der Reitschule gibt es keinen namentlich bekannten Chef, alle, die dort arbeiten, sind gleichberechtigt. Die Reitschule ist kein rechtsfreier Raum. Auch in der Reitschule gelten die gesetzlichen Bestimmungen. Zusätzlich gibt es das Manifest der Reitschule, das in manchen Bereichen sehr strenge Vorschriften macht. Es gibt in der Stadt Bern wohl keinen anderen Ort, wo so rigoros gegen Rassismus und Sexismus vorgegangen wird, wie in der Reitschule. Natürlich ist die Reithalle auch ein politisches Zentrum. Es finden Diskussionsrunden zu politischen Themen und Solidaritätsfeste für politisch motivierte Zwecke und Organisationen statt, das gehört zur Tradition der Reitschule. Die Reitschule muss bleiben, als ein Ort, an dem es keine Eintrittskontrollen gibt und kein Konsumzwang herrscht. Das macht die Reitschule aus. Es hat in Bern fünf Abstimmungen gegeben, bei denen die Stimm-

bevölkerung zugunsten der Reithalle entschieden hat. Wir müssen keine Angst vor weiteren Abstimmungen haben, egal, ob es um den neuen LV oder eine neue Initiative der SVP geht. Das Berner Stimmvolk wird die Reitschule auch in weiteren Abstimmungen unterstützen.

Hans Kupferschmid hat den Begriff Gewaltfreiheit angeführt. Im Konzept geht es um den gewaltfreien Umgang mit den Gästen. Ich besuche die Reitschule regelmässig und kann aus Erfahrung sagen, dass das Sicherheitsteam sehr gut funktioniert und in problematischen Situationen deeskalierend wirkt. Ich habe beispielsweise erlebt, wie man für eine Person mit einer Alkoholvergiftung oder für eine Person, die sich bei einem Treppensturz verletzt hatte, sehr rasch medizinische Hilfe herbeigeht hat.

In der Debatte waren auch gänzlich unhaltbare Argumente zu hören: Henri Beuchats Vergleich der Vorfälle von Anfang März mit einem Bürgerkrieg ist der blanke Hohn gegenüber Leuten, die den Bürgerkrieg am eigenen Leib erleben müssen, beispielsweise in Syrien. Man verhöhnt ihre Not, und wenn sie in die Schweiz flüchten, wirft man ihnen vor, sie seien Wirtschaftsflüchtlinge. Was hier über den anerkannten Soziologieprofessor Ueli Mäder und dessen Studie gesagt worden ist, entbehrt jeder Grundlage. Ich plädiere dafür, dass man die Diskussion sachlich führt und nicht zu Beleidigungen greift. Nichtsdestotrotz: Wenn die Reitschülerinnen und Reitschüler „Lumpenpack“ sind, zähle ich gern zum Lumpenpack.

Das Publikum applaudiert.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

Die Protokollführerin

Thomas Göttin

Barbara Waelti

Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.25 Uhr

Vorsitzend

Präsident Thomas Göttin

Anwesend

Katharina Altas	Claude Grosjean	Patrizia Mordini
Christa Ammann	Franziska Grossenbacher	Seraina Patzen
Peter Ammann	Lukas Gutzwiller	Stéphanie Penher
Ursina Anderegg	Isabelle Heer	Marco Pfister
Cristina Anliker-Mansour	Erich Hess	Halua Pinto de Magalhães
Mess Barry	Kurt Hirsbrunner	Marco Robertini
Henri-Charles Beuchat	Mario Imhof	Kurt Rüeegsegger
Manfred Blaser	Daniel Imthurn	Sandra Ryser
Regula Bühlmann	Roland Iseli	Leena Schmitter
Michel Burkard	Roland Jakob	Lena Sorg
Danielle Cesarov-Zaugg	Bettina Jans-Troxler	Andrin Soppelsa
Yasemin Cevik	Dannie Jost	David Stampfli
Rithy Chheng	Nadja Kehrl-Feldmann	Matthias Stürmer
Michael Daphinoff	Ingrid Kissling-Näf	Bettina Stüssi
Daniel Egloff	Philip Kohli	Michael Sutter
Bernhard Eicher	Fuat Köçer	Alexandra Thalhammer
Alexander Feuz	Marieke Kruit	Luzius Theiler
Claudio Fischer	Nora Krummen	Regula Tschanz
Benno Frauchiger	Hans Kupferschmid	Gisela Vollmer
Barbara Freiburghaus	Annette Lehmann	Johannes Wartenweiler
Rudolf Friedli	Martin Mäder	Janine Wicki
Jacqueline Gafner Wasem	Lukas Meier	Manuel C. Widmer
Lionel Gaudy	Melanie Mettler	Patrik Wyss
Katharina Gallizzi	Roger Mischler	Christoph Zimmerli

Entschuldigt

Hans Ulrich Gränicher	Martin Krebs	Marcel Wüthrich
Ueli Jaisli	Peter Marbet	Patrick Zillig
Stefan Jordi		

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD	Reto Nause SUE	Alexandre Schmidt FPI
-------------------------	----------------	-----------------------

Entschuldigt

Franziska Teuscher BSS	Ursula Wyss TVS
------------------------	-----------------

Ratssekretariat

Daniel Weber, Ratssekretär	Nik Schnyder, Ratsweibel
Priska Vogt, Protokoll	Susy Wachter, Sekretariat

Stadtkanzlei

Monika Binz, Vizestadtschreiberin

Die Namenslisten der Abstimmungen finden Sie im [Anhang](#). Beachten Sie dazu die Abst.Nr.

- Traktandum 4 und 5 werden gemeinsam behandelt. -

2014.PRD.000130

4 Fortsetzung: Leistungsvertrag mit dem Verein Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR) für die Periode 2016-2019; Verpflichtungskredit

Ordnungsantrag Leena Schmitter

Die Rednerliste wird geschlossen.

Leena Schmitter (GB): Ich beantrage, die RednerInnenliste zu schliessen, und zwar nach Erich Hess. Sämtliche Fraktionen, die sich äussern wollten, konnten das tun. Wer sich noch nicht äussern konnte, steht auf der Rednerliste. Zudem haben wir weitere wichtige Geschäfte zu behandeln.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag Schmitter zu (26 Ja, 18 Nein). *Abst.Nr. 010*

Fortsetzung: Einzelvoten zu Traktanden 4 und 5

Alexander Feuz (SVP): Ich freue mich, dass ich als Erster nach Nora Kruppen sprechen kann. Sie sang das hohe Lied der Kämpferin gegen Sexismus. Nun muss ich ihr vorhalten, dass sie am 22. Oktober 2015 dem „Blick“ ein Interview gab, in dem sie sagte, dass sie die SVP ganz gern mit den Nazis vergleiche, man müsse ein wenig provozieren und müsse Aufmerksamkeit erregen. Ich behaupte, dass die Reithalle ein rechtsfreier Raum ist. Sie ist wahrscheinlich für Polizeibeamte der gefährlichste Ort. Ich verweise auf die zahllosen Vorfälle, auf den Hinterhalt, den man der Polizei stellte: Molotow-Cocktails und Steine wurden geworfen. Wer solche Gegenstände einsetzt, rechnet mit dem Tod oder mit zumindest mit schweren Verletzungen. Solche Leute kann man als potenzielle Mörder bezeichnen. Und ich glaube, sogar der Herr Stadtpräsident muss mit mir einig sein, dass gegen solche Leute zu Recht ein Verfahren wegen eventualvorsätzlicher Tötung eingeleitet wird. Das ist mal ein Parameter. Nun wurde stets gesagt, die Bevölkerung habe schon x-mal darüber abgestimmt. Ich mache auf die Fragen aufmerksam, die damals zu Abstimmung vorlagen, und auf die Vorfälle, welche nun vorliegen. Ich freue mich auf die Abstimmung im Kanton Bern, in der wir darüber abstimmen werden, ob auch die Bürger des Kantons diese Vorfälle in der Reithalle zulassen wollen. Mit unserem Rückweisungsantrag hätte man es in der Hand gehabt, zuzustimmen, dass die Stadt Bern selbst das Heft in die Hand nimmt. Man wollte diese Verantwortung nicht übernehmen; man hat sie abgelehnt. Die Konsequenzen werden nicht ausbleiben. Ich hoffe, dass der Antrag spätestens im Grossen Rat durchkommen wird. Ich komme nun auf den Vertrag aus juristischer Sicht zu sprechen: Die Leute von der Reithalle haben hervorragende juristische Arbeit geleistet. Sie haben es zustande gebracht, dass ein zahnloser Vertrag kommt, dessen Dauer sogar noch verlängert wird und bei dem die einzige Sanktion bei den Nebenkosten liegt. Aus juristischer Sicht haben die Leute auf der Tribüne ihre Arbeit gemacht. Hingegen hat der Stadtpräsident als Schutzgott der Reithalle versäumt, all das in diesen Vertrag aufzunehmen, was ihn hätte wirksam werden lassen. Kompliment an die Leute von der Reithalle. Die Interessen der Bürger der Stadt Bern wurden hundsmiserabel gewahrt. Es begann

bereits mit dem schwarzen Block bei der BEA: Damals wurde die Büchse der Pandora geöffnet. Alles wurde viel schlimmer. Wenn man die Sache prüft, ist es ein zahnloser Vertrag. Man kommt der Reithalle noch weiter entgegen. Früher war die kurze Laufdauer immer ein Stück weit ein Damoklesschwert, indem der Stadtrat die Möglichkeit gehabt hätte, einer Vertragsverlängerung nicht zuzustimmen. Nun wird die Karte sogar bis 2019 ausgespielt. Wie Erich Hess gesagt hat, ist eine Initiative hängig. Nur schon aus diesem Grund ist dies nicht zulässig. Was für mich ebenfalls ein wichtiger Punkt ist, dass das Ganze „Leistungsvertrag“ heisst: Ich frage mich indessen, wo die Leistung ist. Ich bin der Meinung, dass seitens der Betreiber mehr Probleme kommen als Leistung. Wir haben die Kurden-Demos und x-mal die Demos, die in der Reithalle anfangen und auch wieder dort aufhören. Dieser Zusammenhang ist klar ersichtlich: Die Pantoffeln der Demos stehen in der Reithalle. Dies zu den beiden Paar Schuhen: Sie sind am selben Ort und stehen dort unter der Ofenbank. Ich komme noch einmal zum Leistungsvertrag zurück: Es fragt sich, ob es sich nicht effektiv um eine Subvention handelt. Man gab ihm den Titel „Leistungsvertrag“. Auch dazu haben wir bekanntlich diverse Vorstösse eingereicht. Es stellt sich mir die Frage, ob sich nicht auch Dritte bewerben könnten. Wenn man die gegenwärtigen Zustände perpetuieren will, muss man diesem Leistungsvertrag zustimmen. Will man hingegen endlich ein Korrektiv vornehmen, gibt es nur ein deutliches „Nein“ sowie die Zustimmung zum Antrag Hess.

Henri-Charles Beuchat (SVP): Von Nora Krummen habe ich vernommen, dass die Saubannerzüge nichts mit der Reithalle zu tun hätten. Was wir da jeweils erleben, wenn die Blaulichtorganisationen angegriffen werden, hat also nichts mit der Reithalle zu tun. Nora Krummen legte dar, was die Reithalle für den Feminismus alles mache: Sie sollte das mal den Frauen sagen, die in der Reithalle vergewaltigt wurden. Was macht die Reithalle für diese Frauen? Sie sollte es all den Frauen sagen, die belästigt werden und in der Reithalle davon abgehalten werden, bei der Polizei Anzeige zu erstatten. Dass die Reithalle etwas für die Frauen macht, ist mehr oder weniger eine Farce. Wenn man die Leute davon abhält, Anzeige zu erstatten, macht man ganz sicher nicht das Richtige. Weiter sagte Nora Krummen, die Initiative der SVP auf kantonaler Ebene mache den Reitschulbetreibern überhaupt keine Angst. Es sei kein Problem, sie vors Volk zu bringen. Wenn der verlängerte Arm der Reitschule hier im Parlament, Frau Krummen, an diesem Rednerpult sagen muss, man habe keine Angst vor dieser Initiative, ist das für uns der beste Beweis, dass man zittert wie Espenlaub vor dem, was künftig von kantonaler Seite auf die Reithalle zukommt. Aber sicher hat man Angst vor dieser Initiative, sonst hätte es Nora Krummen hier vorn am Mikrofon nicht explizit betonen müssen. Zum Umgang von Alexander Tschäppät mit der Causa Reithalle habe ich schon alles gesagt, was ich sagen wollte. Dazu kann ich nicht mehr viel sagen. Was mich jedoch etwas schockiert und sehr befremdet hat, ist der Kommissionssprecher, der zu diesem Geschäft hier in diesem Parlament sagte, man habe Fortschritte gemacht. Als Kommissionssprecher hat er zudem gesagt, die Kommission sei der Meinung, dass man mehr aufeinander zugehe und in diesem Dossier Schritte in die richtige Richtung gemacht habe. Meine Damen und Herren Kommissionsmitglieder: Welches sind denn die konkreten Fortschritte, welche die Bürger in der Causa Reithalle sehen? Ist eine Vergewaltigung ein Fortschritt, oder ein Polizist, der nach einem Einsatz in der Reitschule nun eine lebenslängliche Beeinträchtigung seines Hörvermögens hat? Ist das Ihr Fortschritt, werte Kommissionsmitglieder? Oder sind Messerstechereien, Körperverletzung, Nötigung, illegaler Drogenverkauf der Fortschritt, der, wie mir die Kommissionsmitglieder im Parlament weismachen wollen, durch den neuen Leistungsvertrag mit dem Sicherheitskonzept vorhanden sei? Elf Polizisten wurden in der Schlacht im März an Leib und Leben bedroht. Diese Schlacht im März ist ganz sicher kein Zeichen für irgendeine Art von Fortschritt. Wer behauptet, es gebe einen Fortschritt zu verzeichnen, irrt wirklich gewaltig oder ist völlig verblendet. Dass ich so etwas vom Stadtpräsidenten höre, irritiert mich weniger.

Aber dass ich es vom Kommissionssprecher zu hören bekomme, befremdet mich doch sehr. Zudem hat mich sehr erstaunt, dass offenbar sogar die Bündnispartner des Sicherheitsdirektors uneins sind, was diese Geschäfte betrifft. Es ist seltsam, dass diejenigen, mit denen man den Wahlkampf bestreiten will, sich nicht einig sind, ob die Verträge gut oder schlecht seien. Immerhin ist mit dem Sicherheitsdirektor eine Person dabei, die man unterstützen sollte. Das hat mich, liebe Kollegen von der BDP; etwas befremdet. Die Fraktion SVP und ich nehmen ganz klar den Wählerauftrag wahr und wiederholen: Diese Verträge sind eine Farce. Sie dürfen nicht unterzeichnet werden, sondern müssen abgelehnt und zurückgewiesen werden.

Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Ich fahre dort weiter, wo ich das letzte Mal aufgehört habe. Stichwort Blackbox IKuR. Alle Ratsmitglieder haben den Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat bekommen. Dort ist auch der Vertrag dabei. Auf der letzten Seite ist zu sehen, wer für die beiden Parteien unterschrieben hat. Für den Verein Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR), der ein Verein nach Artikel 60 ZGB ist, das heisst, eine juristische Person, haben eine Herr Christoph Ris und eine Frau Simone Gfeller den Vertrag unterschrieben. Dies ohne jede Funktionsbezeichnung: Man weiss nicht, was für Leute das sind. Es handelt sich, wie gesagt, um einen Verein, eine juristische Person, die vertreten werden muss, damit sie rechtsgültig zeichnen kann. Es ist nicht klar, ob die beiden Personen, die den Vertrag unterschrieben haben, überhaupt rechtsgültig für die juristische Person IKuR unterzeichnen können. Auf einer solchen Basis sollen für weitere vier Jahre 380 000 Franken pro Jahr aus der allgemeinen Steuercasse ausbezahlt werden. So etwas habe ich noch nie gesehen. Man wird nun wieder von Basisdemokratie sprechen. Aber zumindest vom Gemeinderat würde ich erwarten, dass er, wenn er Verträge mit juristischen Personen abschliesst, darauf achtet, dass sie durch Personen unterzeichnet werden, welche den Verein wirklich verpflichten können. Ich komme zur sogenannten Sanktionsmöglichkeit, die der Gemeinderat neu haben soll: Von den 380 000 Franken sind knapp 62 000 Franken ein Beitrag an die sogenannten Nebenkosten. Der Gemeinderat macht uns allen Ernstes beliebt, man solle es als grossen Fortschritt betrachten, dass er neu die Möglichkeit hat, die IKuR bei Fehlverhalten zu sanktionieren, indem er die Zahlung dieser 60 000 Franken respektive die drei Tranchen, in denen sie ausbezahlt werden, ganz oder teilweise zurückhalten kann. Da lachen ja die Hühner. Ich weiss nicht, wie viel Umsatz in der Reitschule erzielt wird. Aber wenn ich von der rot-grünen Seite immer wieder zu hören bekomme, die Reitschule sei jeden Abend rappellvoll und an den Wochenenden seien mehr als 1000 Personen dort, würde ich über den Daumen gepeilt davon ausgehen, dass mindestens eine halbe Million Umsatz im Jahr erzielt wird – wahrscheinlich sogar mehr. Und einen Betrieb, der im Jahr eine halbe Million oder mehr Umsatz macht, will man beeindrucken, indem man ihm droht, im Extremfall 60 000 Franken nicht zu überweisen. Das einzige, was in diesem Zusammenhang etwas nützen würde, wäre, dem Betrieb Wasser und Strom abzustellen, wenn er die Rechnungen nicht rechtzeitig zahlt. Das wird der Gemeinderat natürlich nicht machen, das ist mir durchaus klar, obwohl Energie Wasser Bern (ewb), das sowohl den Strom als auch das Wasser liefert, bekanntlich eine zu 100 Prozent von der Stadt Bern beherrschte Gesellschaft ist. Man hätte also durchaus die Möglichkeit, so etwas vorzusehen, das wirklich einen Effekt hätte. In dem Fall würden sich die Betreiber sicher bewegen. Aber das will man gar nicht. Mit solchen Placebopillen muss mir der Gemeinderat nicht mehr kommen. Ich glaube in diesem Zusammenhang gar nichts mehr. Zum Schluss möchte ich auf etwas zurückkommen, was der Sprecher der Grünliberalen hervorgehoben hat: Er sagte, wenn an den Wochenenden mehr als 1000 Jugendliche in der Reitschule seien, sei es nichts als normal, wenn es Probleme gebe. Zudem sagte er, man diskutiere hier über den Leistungsvertrag. Das dürfe man nicht mit der Jugendgewalt vermischen. Ich frage meinen Stadtratskollegen, wie er dazu kommt, hier im Brustton der Überzeugung zu sagen, es gehe um Jugendgewalt. Jedes Mal, wenn es zu Ausschreitungen kommt, lese ich am folgen-

den Tag in der Presse, es seien wieder die üblichen paar Vermummten gewesen. Man weiss nicht, wer unter der Vermummung steckt; ebenso wenig weiss man, wie alt die Leute unter der Vermummung sind. Die anderen seien einfach mitgelaufen. Ich sage es mal deutsch und deutlich: Die Reithalle ist eine der letzten Plattformen in ganz Europa für den Linksextremismus. Und die Stadt Bern finanziert sie.

Rudolf Friedli (SVP): Ich kann gleich dort weiterfahren, wo Jacqueline Gafner leider aufhören musste. Dieser Vertrag ist nicht das Papier wert, auf dem er geschrieben ist. Was wir hier machen, ist der reinste Pipifax. Erstens ist nicht einmal der Vertragspartner definiert: Irgendjemand unterschreibt ihn einfach. Aber allen ist im Grunde genommen klar, dass dieser Vertrag völlig nutzlos ist. Es ist auch den Behörden klar: Es handelt sich um eine behördliche Selbsttäuschung – vermutlich ist es indessen keine Täuschung, denn die Leute der Behörde, die dort mitgemacht haben, sind durchaus intelligent. Sie wissen ganz genau, dass hier einfach ein wenig Theater gespielt wird. Es werden unrealistische Vereinbarungen getroffen im Wissen darum, dass sich die Reitschule überhaupt nicht an die vereinbarten Pflichten halten wird. Sie wird dagegen verstossen. Und genauso sicher ist, dass die Stadt auch die neuen Sanktionen im Vertrag, die nun so hoch gepriesen werden, nicht durchsetzen wird. Und weshalb nicht? Weil der RGM-Gemeinderat seine Klientel nicht verärgern will. Zudem wird gesagt, wenn man das durchsetze, gebe es noch mehr Krawalle. Das geht nicht. Man Angst davor. Also ist das Ganze, das da mit einem solchen Vertrag gemacht wird, doch nur ein Theater. Das ist völlig unbrauchbar. Das kann man bereits mit dem, was bisher vorgefallen ist, untermauern. Wir hatten die Situation, dass der Gemeinderat den starken Mann markieren wollte und sagte, man zahle nichts mehr, nachdem Steine vom Dach heruntergeworfen worden sind. Das gehe gar nicht. Verbal hat man sich weiss Gott wie empört. Als Gemeinderat Schmidt den Mietzins eintreiben wollte und dieser nicht bezahlt wurde, wollte er die rechtlichen Schritte einleiten, wie sie gegenüber einem solchen Mieter möglich sind. Da wurde er jedoch vom Gemeinderat zurückgepfiffen. Da haben wir es doch: Das Stadt macht nicht das, was vertraglich geboten wäre und wozu sie das Recht hätte. Die Reithalle hält sich nicht an den Vertrag und ebenso wenig der Gemeinderat. Von daher ist es der reinste Pipifax, reine Selbsttäuschung und Theater.

Regula Tschanz (GB): Ich möchte zwei Sätze als Versuch gegen die Geschichtsklitterung anbringen: Erstens gibt es die Medienmitteilungen des Gemeinderats, welche die Stadtratmitglieder abonnieren und lesen können. Zweitens steht in der Medienmitteilung vom 5. März 2015: „Der Gemeinderat hat Stadtpräsident Alexander Tschäppät als neue Koordinationsperson für das Dossier Reitschule bestimmt. Der Wechsel findet auf Antrag des Direktors für Sicherheit, Umwelt und Energie statt.“ Gezeichnet vom Gesamtgemeinderat.

Luzius Theiler (GPB-DA): Um gleich an die Vorrednerin anzuschliessen, die den Gemeinderatsbeschluss zitiert hat: Einige Unterstützer von Gemeinderat Nause hatten behauptet, er sei hinausgeworfen oder unter Druck gegangen worden. Wenn es so wäre, hätte Gemeinderat Nause ganz sicher die Führungsqualität und den Mumm gehabt, zu sagen, das sei gegen seinen Willen geschehen oder er hätte sich schon vorher dagegen gewehrt. Dass er nichts gesagt hat, sondern wie ein Häufchen Elend dasitzt, wie heute gesagt wurde, spricht für die Version des Gemeinderatscommuniqués, sprich für die Version des Stadtpräsidenten, der überzeugend gesagt hat, jemand in dieser Stadt habe die Verantwortung wahrnehmen müssen. Dass er sie wahrgenommen hat, ist ihm zu danken, auch wenn es immer wieder Differenzen gibt. Das ist ganz klar. Aber er hat die Verantwortung wahrgenommen. Es ist wohl so, wie Jacqueline Gafner gesagt hat: Die Reitschule ist einer der letzten Orte in Europa, wo – ich würde nicht sagen „Linksextremismus herrscht“, denn es handelt sich nicht in dogmati-

schem Sinn um Linksextremismus –, aber wo Autonomie herrscht, wo autonome Selbstverwaltung herrscht und wo dies zum Donnerwetter nochmal auch plus-minus funktioniert. Es soll doch niemand behaupten, mit all den hierarchischen Führungsstrukturen von Herrn Blattmann abwärts bei der Armee, bei Grosskonzernen und Banken, die Milliarden in den Sand setzen, klappe immer alles erstklassig. Bei jeder Organisation gibt es stets Fälle, da etwas nicht klappt. Im Ganzen gesehen ist es jedoch ein Wunder und bemerkenswert, dass die Reitschule seit 1980 funktioniert, dass sie bei 1000 Besuchenden oder mehr am Wochenende funktioniert und dass sie das alles bewältigt. Übrigens hat sie einen grossen Anteil daran, dass auch Besucherinnen und Besucher von ausserhalb der Stadt am Wochenende irgendwohin gehen können. Ich nehme jede Volksinitiative sehr ernst. Aber das wird vom übrigen Kanton sicher gewürdigt werden. Was würden alle diese Gemeinden mit vielen Jüngeren machen, wenn diese nicht mehr die Reitschule aufsuchen könnten? In dem Fall müssten sie selbst ein Angebot bereitstellen. Und welche Gemeinde ist fähig und willens, so etwas zu machen? Da ist man froh und ist der Stadt Bern sicher auch dankbar, dass sie die Existenz der Reitschule in Bern ermöglicht und so tolerant ist, diesen Freiraum zur Verfügung zu stellen, und dass es in der Reitschule so viele Engagierte gibt, die sich meist unbezahlt dafür einsetzen, dass das Ganze funktioniert und ein Modellfall – ich sage es etwas grossspurig – für ganz Europa ist. In den 80er-Jahren gab es viele autonome Zentren in der Schweiz und ausserhalb der Schweiz. Die meisten existieren nicht mehr oder wurden domestiziert, manchmal vielleicht sogar durch ein Übermass an Subventionen. Die Reitschule hingegen konnte sich als Freiraum halten. Das müssen wir anerkennen und sollten nicht derart kleinkariert in einem Leistungsvertrag Polizeiordnungen festschreiben. Wichtig ist, das, was positiv läuft, anzuerkennen, und das machen wir.

Vorsitzender *Thomas Göttin*: Gemeinderat Nause gibt eine kurze Erklärung ab.

SUE-Direktor *Reto Nause*: Ich fühle mich genötigt, an dieser Stelle ebenfalls das Wort zu ergreifen, da zu meiner Person einiges erzählt wurde, das nicht ganz richtig ist. Ich habe das Dossier Reitschule zweieinhalb Jahre lang geführt. Vorgesehen wäre ein Jahr gewesen. Ich habe in dieser Zeit Lösungsvorschläge eingebracht. Diese Lösungsvorschläge füllen einen bis zwei Bundesordner. Verantwortung in diesem Dossier habe demnach durchaus auch ich übernommen. Leider waren diese Lösungsvorschläge nicht immer ganz mehrheitsfähig – weder bei der IKuR noch im Gemeinderat. Deshalb habe ich nach zweieinhalb Jahren – eineinhalb Jahre, nachdem der ordentliche Turnus abgelaufen gewesen wäre – darum gebeten, das Dossier abgeben zu können, denn unsere Lösungsvorschläge waren offensichtlich nicht opportun. Das Dossier, Herr Beuchat, wurde mir also nicht entzogen. Verantwortung, Herr Stadtpräsident, hatte ich aber sehr wohl übernommen. Materiell will ich mich zum neuen Leistungsvertrag nicht äussern: Ich war bei den Verhandlungen nicht einbezogen.

Erich Hess (SVP): Bereits die früheren Leistungsverträge wurden nie eingehalten. Wieso ist der Rat grösstenteils der Meinung, dass man wiederum einen Leistungsvertrag mit einer Gruppierung von Leuten abschliessen sollte, die nicht fassbar sind und von denen man haargenau schon im Voraus weiss, dass sie den Vertrag nicht einhalten werden? Sie werden gleich dumm weiterfahren, wie sie es in den letzten 20 oder 25 Jahren gemacht haben. Es ist ein „gestohlenes“ Gebäude, und der Gemeinderat liess sich dazu nötigen, es noch mit einem weiteren Leistungsvertrag zu festigen. Ich habe folgende Frage an Herrn Tschäppät: Es heisst, die Reitschule solle ein linkes Politcenter sein – wohl eher ein linksextremes Politcenter. Würde Herr Tschäppät in der Stadt Bern auch ein rechtes oder ein rechtsextremes Politcenter akzeptieren und mittels Leistungsvertrag finanziell fördern? Jedes andere Lokal wäre in der Stadt Bern längst geschlossen worden, wenn es alle die Gesetze und Vorschriften nicht

einhalten würde. Aber es passt zusammen: Der rot-grüne Gemeinderat und der rot-grüne Regierungsstatthalter – Säuhäfeli-Säudeckeli. Ihre Söhne und Töchter verkehren zum Teil dort. Die Mafia in Italien ist im Vergleich zu dem, was in der Stadt Bern läuft, wahrscheinlich eine Lausbubenbande. Jedes andere Lokal in der Stadt Bern wäre längst geschlossen worden, wenn es alle die Gesetze und Vorschriften nicht einhalten würde. Aber nein, die Reithalle nicht – Säuhäfeli-Säudeckeli. Ich stelle noch die folgenden beiden Anträge: erstens den Antrag, darüber abzustimmen, dass die Vorlage dem obligatorischen Referendum unterstellt wird. Zweitens stelle ich, falls dieser Antrag nicht angenommen wird, **den Eventualantrag, die Vorlage dem fakultativen Referendum zu unterstellen**. Einen solchen Vertrag, der aus meiner Sicht widerrechtlich ist, weil ihn keine der Vertragsparteien einhält, darf man nicht abschliessen. Das Volk soll darüber entscheiden können.

Nach den Vorfällen, bei denen die elf Polizisten verletzt wurden, sagte der Gemeinderat, das müsse Konsequenzen haben. Seither sind noch keine zwei Monate vergangen, und der Gemeinderat kommt praktisch mit dem genau gleichen Leistungsvertrag in den Stadtrat. Auch da wollte vermutlich der Gemeinderat die Öffentlichkeit einfach ein bisschen beruhigen. Wahrscheinlich hat er die Öffentlichkeit belogen, da er bereits zu jenem Zeitpunkt wusste, dass er dem Stadtrat den Leistungsvertrag ganz sicher vorlegen wird. Wir müssen jetzt endlich handeln und zum Leistungsvertrag wie auch zur Reithalle Nein sagen. Wir müssen die Reithalle so schnell wie möglich schliessen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Ordnungsantrag Fraktion BDP/CVP
Verschieben der Beschlussfassung

Michael Daphinoff (CVP): Es tut mir leid, dass ich ganz am Schluss noch einen Ordnungsantrag stelle. Uns ist es schlicht und ergreifend nicht früher aufgefallen, daher stellt die Fraktion BDP/CVP den Antrag, die Beschlussfassung zu verschieben, und zwar aus folgendem Grund: Die Zusatzvereinbarung zum Sicherheitskonzept Reitschule wurde offensichtlich vom Gemeinderat noch nicht verabschiedet und genehmigt. Das geht aus der Antwort zur Motion Zimmerli hervor, die ebenfalls heute traktandiert ist. Auf Seite 2 der Antwort steht unter dem Titel „Zusatzvereinbarung zum Sicherheitskonzept Reitschule“: „Die Genehmigung durch den Gemeinderat steht noch aus.“ Die Zusatzvereinbarung ist jedoch integraler Bestandteil des Leistungsvertrags, um den es heute geht. Somit sind die formellen Voraussetzungen zur Behandlung und Verabschiedung dieses Geschäfts nicht gegeben. Wir beantragen deshalb, die Beschlussfassung bis zum Zeitpunkt, da der Gemeinderat die Zusatzvereinbarung genehmigt hat, zu verschieben. Besten Dank für die Aufmerksamkeit und die Zustimmung.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Ordnungsantrag Fraktion BDP/CVP ab (27 Ja, 42 Nein, 1 Enthaltung)
Abst.Nr. 011

Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Ich danke meinem Vorredner dafür, dass er diesen Sachverhalt bemerkt hat. Mir wäre er nicht aufgefallen. Nachdem der Ordnungsantrag abgelehnt worden ist und der Vertrag, der dem Kredit zugrunde liegt, klar unter einem formellen Mangel leidet, deponiere ich, um formell nichts zu verpassen, an dieser Stelle vorsorglich den Hinweis, dass eine Anfechtung des Beschlusses nicht ausgeschlossen ist. Ich sage dies deshalb, weil es nach Rechtsprechung nötig ist, dass man dies bereits in der laufenden Sitzung festhält.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät:* Es ist nicht neu, aber ich bedaure einmal mehr, mit wie viel Gehässigkeit die Diskussion geführt wird. Ich verstehe durchaus, dass man dafür und

dass man dagegen sein kann, und dass man die Reitschule gut oder schlecht finden kann. Aber es wurden Ausdrücke verwendet, die sich für ein Parlament nicht gehören. Wenn man der Reitschule vorwerfen will, sie sei nicht fähig zum Dialog, müsste sich der eine oder andere Stadtrat vielleicht auch noch an eine andere Dialogkultur in diesem Saal gewöhnen, mit Respekt vor dem politischen Gegner. Zu gewissen Themen möchte ich noch etwas Klarheit schaffen. Hier wird immer wieder alles in denselben Topf geworfen: die Reitschule als Kulturorganisation, die Reitschule als Gebäude und schliesslich die ganze Schützenmatte. Damit macht man es sich relativ einfach. Ich wiederhole noch einmal, wovon wir heute Abend sprechen: Wir sprechen von einem Leistungsvertrag über ein Gebäude, eine Kulturinstitution, über einen Partyraum – für die einen wohl über einen Ort der Ärgers. Darüber sprechen wir und nicht über den Freiraum Schützenmatte und über das ganze Areal, damit dies einmal klar ist. Wenn wir über das Gebäude, den Vertrag und den Kredit sprechen, ist klar, dass es auch Verantwortlichkeiten gibt: Verantwortlichkeiten in einem Betrieb, im Führen eines Betriebs, auch in der Frage der Sicherheit. Und dafür kann man die IKuR durchaus in die Verantwortung nehmen. Sie trägt die Verantwortung für alle unsere Kids, die dorthin gehen, in der Frage, wie sie den Betrieb führt, wie sie evakuiert und dafür sorgt, dass sich die Türen öffnen, wenn Panik entsteht. Wenn man hier sagt, die Türen sollten von aussen nicht mehr geöffnet werden können, ist das doch ziemlich naiv, denn jede Türe, die man von innen öffnen kann, ist natürlich immer offen. Man kann einen Kollegen bitten, sie rasch von innen zu öffnen, damit man von aussen hineinkommt. Wir sprechen hier von der Sicherheit eines Betriebs. Und in der Sicherheitsvereinbarung geht es darum, eine Lösung zu finden, wie dieser Betrieb geführt werden kann, auch wenn viele – und nicht nur einfache – Leute anwesend sind. Wir müssen Lösungen finden, damit ein Sicherheitskonzept, ein Evakuationskonzept und ein Alarmierungskonzept vorliegen, welche die Sicherheit wenigstens im Rahmen des Möglichen gewährleisten. Davon sprechen wir heute Abend. Wir sprechen von einem Mietzins, bei dem der Buchungssatz Kasse an Kasse heisst, nicht von einer Subvention. Die Stadt zahlt der Stadt einen virtuellen Mietzins. Daneben sprechen wir noch von 60 000 Franken Betriebskosten. Von den kulturellen Beiträgen ist heute Abend nicht die Rede. Diese werden an einzelne Projekte geleistet sowie an den Tojo mit einem Kulturleistungsvertrag. Ausserdem gibt es etwas Zweites, nämlich den öffentlichen Raum. Die ganze Schützenmatte ist ein öffentlicher Raum und ein Schmelztiegel. Dorthin gehen sehr viele Jugendliche, die sonst nirgends hingehen können und im Konsumleben nicht erwünscht sind, die nicht 21 sind, die dem Türsteher der einen oder andern Bar nicht passen und daher nicht hereingelassen werden, die aber dennoch den Anspruch an eine Gesellschaft stellen, Party feiern zu dürfen, mit Kolleginnen und Kollegen zusammen sein zu dürfen und am Samstagabend den Plausch zu haben. Ich kann Ihnen, meine Damen und Herren, eines sagen, um mit Herrn Beuchat zu reden: Diese Jugendlichen kommen auch von Sigriswil; sie kommen sogar mehrheitlich von ausserhalb der Stadt Bern. Die Aussengemeinden schimpfen zwar häufig über die Stadt Bern und erwähnen die Reitschule nicht besonders rühmend, aber ihre Kinder sind Samstag für Samstag hier. Und niemand in diesen Gemeinden kümmert sich darum, ein eigenes Nachtleben anzubieten; vielmehr ist man froh, wenn man es abschieben kann. All jene, die nun das Gefühl haben, sie könnten – auch mit der kantonalen Initiative – den Drohfinger erheben, sollen einmal in der eigenen Gemeinde auf dem Land schauen, wie sie Verantwortung für ihre Jugendlichen übernehmen wollen, die keine Lust mehr haben, im Kirchgemeindehaus zu Drafi-Deutscher-Schallplatten zu tanzen.

Die IKuR hat die Verantwortung und übernimmt Verantwortung, aber sie übernimmt sie für das, wofür sie verantwortlich ist: für den Betrieb und die Abwicklung der Veranstaltungen innerhalb des Gebäudes. Sie ist nicht verantwortlich für jeden Blödsinn, den Jugendliche zum Teil aufgrund von übermässigem Alkoholkonsum anstellen. Dafür gibt es nur eine verantwortliche Behörde, und zwar die Polizei, die für Ruhe und Ordnung im öffentlichen Raum sorgen

soll. Ich gebe zu, dass dies für die Polizei nicht immer einfach ist. Wenn wir von der Sicherheit im öffentlichen Raum sprechen, muss man heute nicht den Reitschulvertrag in die Pfanne hauen. Vielmehr muss man sich überlegen, wie man den Dialog, der bekanntlich in diesem Saal auch nicht gerade Vorbildfunktion hat, zwischen der Polizei und der IKuR fördern kann. Die IKuR ist nicht für alles verantwortlich. Sie muss aber in der Frage, wie dieser Dialog künftig auch mit der Polizei besser geführt werden soll, Verantwortung übernehmen. Wenn dieser Dialog besser geführt wird, wird man zwar nicht alles verhindern können, aber man wird zumindest prophylaktisch in einen oder andern Fall etwas mehr Verständnis füreinander aufbringen können. Ich habe es in diesem Saal schon einige Male gesagt und sage es gerne noch ein weiteres Mal: Am Abend um 11 Uhr ist für einen Jugendlichen ein Polizist in Uniform oder im Kämpfer im Normalfall kein Freund. Um 4 Uhr in der Früh, wenn der Jugendliche auf dem Heimweg Schiss hat, ändert sich die Situation möglicherweise. Seien wir ehrlich, es geht uns doch allen gleich: Wenn uns ein Polizist im Strassenverkehr aufhält, schlägt sofort das Herz etwas schneller, auch wenn wir nichts falsch gemacht haben. Es liegt offenbar in den menschlichen Genen, dass wir nicht so reagieren, wie wir eigentlich müssten, wenn wir Autoritäten in Uniformen begegnen. Es braucht deshalb ein gegenseitiges Aufeinanderzugehen. Mit welchen Instrumenten können wir das regeln? Der Leistungsvertrag regelt klar die Spielregeln im und um das Haus. Er ist anders als der letzte oder der vorletzte. Man sollte sich einmal die Zeit nehmen, die alten Leistungsverträge zu lesen und zu vergleichen, was neu ausgehandelt und im Bereich Sicherheit sowie mit der Zusatzsicherheitsvereinbarung neu vereinbart wurde. Da hat sich im Gespräch zwischen dem Statthalter, der Stadt und der IKuR einiges getan. Es ist keineswegs so, dass man sich nicht bewegt hat. Offenbar besteht immer noch die Vorstellung, man könne Gewalt, Gewaltexzesse oder Alkoholexzesse mit Verträgen lösen. Das ist eine ziemlich naive Vorstellung. Man kann bei einem Fussballspiel nicht den FCZ in die Verantwortung nehmen, wenn gewisse Fans in der Europaallee durchdrehen. Genauso wenig kann man es mit einem Leistungsvertrag bei der Reitschule machen. Was man machen kann, ist, aufeinander zuzugehen und zu versuchen, einander besser zu verstehen. Da besteht durchaus auch bei der IKuR noch Verbesserungspotenzial. Auch seitens der IKuR muss es Bestrebungen geben, aufeinander zuzugehen und minimale Absprachen zu treffen, um die Sicherheit aller Kids auf dem Vorplatz der Reitschule möglichst zu verbessern. Dazu braucht es das Gespräch und den Abbau von Vorurteilen. Das war der Grund, weshalb wir alt Bundesrichter Wiprächtiger eingesetzt haben. Nicht, um Wunder zu bewirken, sondern um zu versuchen, alle Seiten anzuhören und auf alle Seiten zuzugehen und dann vielleicht sukzessive kleine, aber hoffentlich wirksame Mittel aufzuzeigen, wie dieser Dialog besser in Gang kommen kann – ein Dialog, der jetzt noch nicht genügend ist. Die Sicherheitsvereinbarung ist, wie gesagt, ein Zusatzpapier zum Leistungsvertrag, zur Betriebsbewilligung und zur Gewerbebewilligung. Sie ist kein Vertrag, um die Sicherheit im öffentlichen Raum zu garantieren. Dafür ist die Sicherheitsvereinbarung nicht gedacht und dazu wäre sie auch nicht in der Lage. Sie ist ein Papier, das beim Ausstellen der Betriebsbewilligung, der Gastrobewilligung, helfen soll, Rahmenbedingungen zu regeln, die dazu führen, dass im Ablauf der zum Teil sehr grossen Veranstaltungen in der Reitschule die Sicherheit der Besuchenden möglichst gewährleistet werden kann. Die Sicherheitsvereinbarung und der Leistungsvertrag lösen, wie gesagt, die Probleme auf der Schützenmatte nicht. Sie lösen auch die Lärmprobleme nicht. Die wilden Bars sind ein Problem für uns alle; sie sind jedoch kein Thema der IKuR, sondern im Gegenteil ein Konkurrenzprodukt für die IKuR. Sie sind jedoch ein Ärgernis, beispielsweise für die Leute, die im Altenberg wohnen. Diese Problematik ist nicht ganz einfach zu lösen. Sie lässt sich auch nicht mit Verträgen lösen, schon gar nicht, wenn diejenigen, die die Partys veranstalten, gar nicht Vertragspartner sind. Was wir hier brauchen, ist eine Gesprächsbereitschaft von allen Seiten. Dafür versuchen wir weiterhin im Dialog mit der IKuR, mit dem Statthalter und mit der Kapo – und mit der Zeit hoffentlich mit allen gemeinsam am selben Tisch – Ver-

besserungen anzustreben. Auch die Stadt muss Hausaufgaben machen. Das steht ausser Frage. Eine davon ist die Sicherung des Dachs. Das Gebäude gehört der Stadt. Es kann nicht sein, dass man einfach auf ein Dach klettert und von dort aus Polizisten, Busse von Bernmobil oder anderes angreift. Wir haben auch da bereits versucht, unsere Hausaufgaben zu machen. Sicher muss man sich überlegen, wie man die Schützenmatte grundsätzlich besser belegen kann, Stichwort Skateranlage. In diesem Bereich haben alle noch Hausaufgaben zu machen. Auch das Parlament hätte eine Hausaufgabe zu machen. Man könnte wieder einmal zu einer Fraktionspräsidentenkonferenz zusammenkommen. Dort sollte man jedoch versuchen, eine gemeinsame Lösung zu finden und einander nicht nur gegenseitig den Schwarzen Peter zuschieben.

Der Gemeinderat hat gesagt, ob der Mietzins rückwirkend geschuldet sein soll oder nicht, könne der Stadtrat heute mit diesem Kreditantrag politisch entscheiden. Es hat aber ebenso klar gesagt, dass der Betriebsbeitrag bis zum Abschluss der Leistungsverträge nicht rückwirkend zu zahlen sei. Deshalb beantrage ich konsequenterweise, den Betrag von rund 1,5 Mio. Franken um die 25 000 Franken Betriebsbeitrag der ersten fünf Monaten zu kürzen. Diese fünf Betriebsmonate sind vorbei, und die Reitschule konnte das offenbar verkraften. Um unsere Glaubwürdigkeit als Gemeinderat zu erhalten, gehört diese Kürzung meiner Meinung nach in den Antrag des Gemeinderats.

Ich komme zum Schluss: Wenn man den neuen Leistungsvertrag und die neue Sicherheitsvereinbarung betrachtet, stellt man fest, dass sich einiges getan hat. Es ist auch nicht so, dass nun nichts mehr passiert. Es wird an einem Ort, an dem sich 1000 Jugendliche aufhalten, immer wieder Vorfälle geben. Da halten sich alle Gesellschaftsschichten auf, Leute mit verschiedensten Problemen mit sich selbst oder mit andern. Deshalb ist es letztlich nicht eine Aufgabe der IKuR, sondern eine Aufgabe von uns allen. Es beginnt bei denen, die das Billigbier oder den Billigwodka verkaufen, und hört dort auf, wo man sich gegenseitig mit Worten quasi bekriegt. Alle könnten dazu beitragen, damit man die Situation in Zukunft verbessern könnte. Bezüglich der Zusatzvereinbarung zur Sicherheitsvereinbarung habe ich keine Angst, wenn mir Frau Gafner mit rechtlichen Schritten droht. Es geht gar nicht um ein Papier. Der Stadtrat muss heute Abend vielmehr nur eines beschliessen, nämlich ob er den Kredit sprechen will oder nicht. Der Leistungsvertrag und damit auch die Sicherheitsvereinbarung sind nicht einmal Gegenstand des heutigen Abends. Heute Abend wird über einen Kredit abgestimmt und sonst über gar nichts. Deshalb machen mir diese Drohungen keine Sorgen.

Es ist, wie gesagt, die Sache von uns allen, eine gemeinsame Lösung zu finden. Die Reitschule ist seit Jahrzehnten ein wichtiger Ort für Jugendliche. In einer Zeit, in der die Freiräume immer konsumfreundlicher und immer besetzter sind, ist ein Ort, wo die Jugendlichen hingehen können, ob sie Geld haben oder nicht, ob sie konsumieren können oder nicht, ob sie volljährig sind oder nicht, ein Ort, der meines Erachtens eine grosse gesellschaftspolitische, aber auch jugendpolitische Aufgabe erfüllt. Dabei gibt es auch Probleme – aber es gibt nicht nur dort Probleme. Und denen, die glauben, solche Probleme seien ein stadtbernisches Phänomen, muss ich sagen: Schaut, wie das Nachtleben in Zürich, in Basel und in Lausanne aussieht. Auch dort knallt es immer wieder. Es ist ein Stück weit eben auch das Problem einer Wohlstandsgesellschaft oder von fehlendem Widerstand, der sich artikuliert, zum Teil in Aggression im öffentlichen Raum oder gegenüber andern Menschen. In dem Sinn bitte ich den Rat, dem Leistungsvertrag beziehungsweise dem Kredit zum Leistungsvertrag zuzustimmen. Konsequenterweise ist der Gemeinderat der Meinung, man solle ihn um 25 000 Franken – um fünf Betriebsmonatsbeiträge – kürzen. Im Übrigen möchte ich all jenen im Rat herzlich danken, die mithelfen, die Reitschule zu erhalten, denn mit ihrer Schliessung würde nicht nur kein Problem gelöst, vielmehr würden die Probleme einfach in die Stadt verlagert. Sie ist ein wichtiger Ort, um den Jugendlichen, die beispielsweise nicht in der Lage sind, teure Nachtlöcher zu besuchen, zu ermöglichen, am Samstagabend auch ein bisschen das zu erleben, was wir

alle wollen: nämlich mit Kollegen Party zu feiern und ein Bier zu trinken, ohne dass es allzu viel kostet, und hoffentlich einen Teil dieser Freiheit, die als Idee aus der Reitschule heraus entstand, erleben. Ich danke für die Zustimmung.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag Nr. 1 der SVP ab (24 Ja, 47 Nein). *Abst.Nr. 012*
2. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag Nr. 2 der SVP ab (20 Ja, 49 Nein). *Abst.Nr. 013*
3. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag Nr. 3 der SVP ab (23 Ja, 49 Nein). *Abst.Nr. 014*
4. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag Stürmer (EVP) ab (26 Ja, 43 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 015*
5. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag der FDP ab (24 Ja, 47 Nein). *Abst.Nr. 016*
6. Der Stadtrat lehnt den Antrag Hess (SVP) (Kürzung; Vertrag bis 2017) ab (21 Ja, 48 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 017*
7. Der Stadtrat lehnt den Antrag der FDP (Kürzung; Inkrafttreten 1. Juli) ab (23 Ja, 48 Nein). *Abst.Nr. 018*
8. Der Stadtrat stimmt dem Antrag des Gemeinderats (Kürzung um 25 000 Franken) zu (40 Ja, 30 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 019*
9. Der Stadtrat stimmt dem bereinigten Geschäft zu (43 Ja, 26 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 020*
10. Der Stadtrat lehnt den Antrag der SVP (obligatorisches Referendum) ab (19 Ja, 47 Nein, 3 Enthaltungen). *Abst.Nr. 021*
11. Der Stadtrat lehnt den Eventualantrag Hess (SVP) (fakultatives Referendum) unter dem Vorbehalt, dass er nicht zulässig ist, ab (15 Ja, 48 Nein, 9 Enthaltungen). *Abst.Nr. 022*

2016.SR.000075

5 Dringliche Motion Fraktion FDP (Christoph Zimmerli, FDP): Nachbessern des Leistungsvertrages mit der Reitschule

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 18. Mai 2016

Diskussion siehe Traktandum 4.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat lehnt Ziffer 1 der Motion ab (27 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 023*
3. Der Stadtrat lehnt Ziffer 2 der Motion ab (18 Ja, 53 Nein). *Abst.Nr. 024*
4. Der Stadtrat lehnt Ziffer 3 der Motion ab (26 Ja, 44 Nein). *Abst.Nr. 025*
5. Der Stadtrat lehnt Ziffer 4 der Motion ab (31 Ja, 40 Nein). *Abst.Nr. 026*

2015.PRD.000070

6 Tour de France 2016 in Bern; Kredit für Pflicht- und Rahmenprogramm

Gemeinderatsantrag

1. Für die Durchführung der Tour de France 2016 in der Stadt Bern (Pflicht- und Rahmenprogramm) wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 550 000.00 bewilligt. Für das Jahr 2016

erhöht der Stadtrat den Globalkredit der Direktionsstabsdienste der Präsidialdirektion (100) mittels Nachkredit um Fr. 550 000.00 auf Fr. 4 794 897.79.

2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Bern, 9. März 2016

Rückweisungsantrag Luzius Theiler (GPB-DA)

Die Vorlage sei mit folgenden Aufträgen zurückzuweisen:

Der Kredit sei dem Stadtrat zusammen mit dem vollständigen Wortlaut des Vertrages mit der Veranstalterin der Tour de France, der Firma Amaury Sport Organisation (ASO) mit sämtlichen evtl. Zusatzvereinbarungen vorzulegen.

Vor der Beschlussfassung durch den Stadtrat ist abzuklären, auf welchen rechtlichen und vertraglichen Grundlagen die Begleitung der Tour de France auch in Bern durch die französische Polizei, insbesondere durch die französische Elitetruppe GIGN (Groupe d'intervention de la gendarmerie nationale) beruht und über welche Kompetenzen die GIGN verfügt (z.B. Waffeneinsatz und Stellung in der Kommandostruktur).

Ergänzungsantrag Fraktion GFL/EVP

Spätestens 24 Monate nach dem Ereignis legt der Gemeinderat dem Stadtrat einen Nachhaltigkeitsbericht vor. Dieser umfasst mindestens die ökologische, die ökonomische, die gesellschaftliche und die touristische Nachhaltigkeit des Events sowohl rückblickend wie prospektiv. Ziel des Berichts soll u.a. sein, eine Grundlage für spätere ähnliche Entscheide zu haben.

Sprecher SBK *Fuat Köçer* (SP): Die Tour de France gehört weltweit zu den grössten Sportveranstaltungen. Die internationalen Medien schenken der Tour de France grosse Aufmerksamkeit; sie wird nämlich in über 190 Ländern übertragen. Nebst dem Radrennen selbst werden in den Medien auch die touristischen und kulturellen Sehenswürdigkeiten entlang der Strecke übertragen. Die Stadt Bern soll für drei Tage Gastgeberin der Tour de France sein. Die 16. Etappe führt am 18. Juli 2016 von Morans-en-Montagne in Frankreich durch den französischen Jura sowie durch die Kantone Neuenburg und Freiburg in die Stadt Bern, mit Ankunft vor dem Stade de Suisse. Am 19. Juli findet ein Ruhetag statt. Die 17. Etappe startet am 20. Juli vor dem Stade de Suisse, führt durch die Berner Altstadt und vorbei am Bundeshaus und verlässt dann die Stadt Bern via Wabern Richtung Gürbetal, Simmental und Saanenland, bevor sie den Kanton Bern verlässt und als Bergankunft in Finhaut-Emosson im Kanton Wallis endet.

Veranstalterin der Tour de France und Vertragspartnerin der Stadt Bern ist die Firma Amaury Sport-Organisation (ASO). Der Vertrag mit ASO ist noch nicht definitiv. Sicher ist, dass die Stadt Bern an die Tour-Organisation 650 000 Euro (exkl. MwSt.) zahlen muss. Damit der Stadtpräsident gegenüber ASO das Einverständnis der Stadt Bern als Gastgeberin der Tour geben konnte, wurde seitens des Gemeinderats sichergestellt, dass die zu übernehmenden Pflichten finanziert werden können. Dazu gehören nebst dem Beitrag an ASO die Einrichtung eines Medienzentrums mit 350 Medienarbeitsplätzen, die Bereitstellung des Ziel- und Startgeländes sowie die renntaugliche Herrichtung der Strecke. So hat der Gemeinderat im Oktober 2015 einen Verpflichtungskredit für das Jahr 2016 von 200 000 Franken beschlossen. Die restlichen Mittel für diesen Pflichtteil werden durch den Kanton (300 000 Franken) und private Sponsoren sowie diverse Einnahmen aus VIP-Programmen und Standmieten aufgebracht. Zu erwähnen ist auch, dass nur Partnerfirmen der Tour de France mit deren Logo Werbung machen dürfen. Da andere Firmen mit dem offiziellen Logo der Tour de France werben dürfen, macht es Sinn, dass sich am Velofest auch Firmen ohne Logo der Tour de France platzieren können. Auch die Unterstützung der Armee und des Zivilschutzes sei organisiert worden. Die Mobilisierung der Freiwilligen sei ebenfalls sehr gut gelaufen.

Der Gemeinderat will mit diesem Gastauftritt der Tour de France Bern weiter als Velostadt positionieren und plant am Sonntag, 17. Juli 2016, in der Innenstadt ein grosses Velofest. Diesbezüglich wird dem Stadtrat beantragt, zusätzlich zu dem in Kompetenz des Gemeinderats bewilligten Beitrag einen Kredit von weiteren 350 000 Franken für das Rahmenprogramm zu sprechen.

Der Antrag des Gemeinderats lautet: 1. Für die Durchführung der Tour de France 2016 in der Stadt Bern (Pflicht- und Rahmenprogramm) wird ein Verpflichtungskredit von 550 000 Franken bewilligt. Für das Jahr 2016 erhöht der Stadtrat den Globalkredit der Direktionsstabsdienste der Präsidialdirektion mittels Nachkredit um 550 000 Franken auf 4 794 897.79 Franken. 2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Die Kommission empfiehlt Annahme des Geschäfts bzw. beider Anträge des Gemeinderats.

Ich gebe an dieser Stelle auch die Fraktionserklärung ab: Bereits die Euro 08 hat gezeigt, wie sehr sich die Stadt Bern für so grosse Sportorganisationen eignet. Ausserdem ist dies für die Stadt Bern eine Chance, wie der Gemeinderat schreibt, sich als Velostadt zu positionieren. Die Fraktion SP findet es sehr wichtig, dass es nicht nur bei einer kommerziellen Veranstaltung bleibt, sondern dass auch die Bernerinnen und Berner etwas davon haben. Deshalb ist es extrem wichtig, dass das Velofest am 17. Juli 2016 realisiert wird. Am 17. Juli kann sich an diesem Fest nämlich auch das lokale Gewerbe positionieren, obwohl es nicht offiziell Partner der Tour de France ist. Die weltweite Medienpräsenz der Tour de France darf auch nicht unterschätzt werden. Sie wird dem Tourismus in Bern sicher nicht schaden. Deshalb unterstützt die Fraktion SP die Anträge des Gemeinderats und freut sich, dass erneut eine grosse Sportveranstaltung in Bern realisiert werden kann.

Zu den Anträgen von Luzius Theiler und der Fraktion GFL/EVP: Die Fraktion SP lehnt den Rückweisungsantrag von Luzius Theiler ab. Den Ergänzungsantrag der Fraktion GFL/EVP erachten wir hingegen als sinnvoll und werden ihn unterstützen.

Ordnungsantrag Luzius Theiler (GPB-DA)

Getrennte Debatte über den Rückweisungsantrag und die Kreditgewährung

Luzius Theiler (GPB-DA): Ich stelle den Ordnungsantrag, über den Rückweisungsantrag und den Hauptantrag, die Kreditgewährung, getrennt zu debattieren. Beim Rückweisungsantrag geht es um die Frage, ob wir genügend Informationen haben, um heute überhaupt entscheiden zu können. Beim Hauptantrag geht es um die Frage, ob wir für eine Beteiligung an der Tour de France sind oder nicht. Das kann man nicht vermischen; es sind zwei verschiedene Stiefel. Es entspricht zudem der Logik einer parlamentarischen Beratung, dass man über den Rückweisungsantrag abstimmt, bevor man auf die Materie eintritt. Wenn der Rückweisungsantrag angenommen wird, muss man über den Rest nicht diskutieren.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Ordnungsantrag Theiler ab (13 Ja, 37 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 027*

Luzius Theiler (GPB-DA): Ich habe heute Nachmittag Einsicht in den Tour-de-France-Vertrag genommen, das heisst, den Vertrag, den die Stadt mit den Organisatoren der Tour de France, der Firma ASO abgeschlossen hat. Als Erstes stellte ich mit Erstaunen fest, dass der Vertrag noch nicht unterzeichnet ist. Er ist auch nicht datiert. Er kann also jederzeit noch abgeändert werden. Das widerspricht der Antwort des Gemeinderats auf meine Kleine Anfrage, in welcher der Gemeinderat schon am 6. April gesagt hat, mit dem Vertrag sei alles in Ordnung. Das allein ist schon ein Grund, um dem Rückweisungsantrag zuzustimmen. Wir können wohl kaum über einen Vertrag und über die Verpflichtungen, die sich daraus ergeben, befinden, wenn er noch nicht einmal rechtskräftig vorliegt und jederzeit geändert werden kann. Zum Zweiten ist

festzustellen, dass ganz wesentliche Punkte in diesem Vertrag mit der Firma ASO nicht geklärt sind, hauptsächlich die Rolle der Garde républicaine, die bekanntlich mitkommt, und die Kompetenzaufteilung. Es heisst lediglich, dass die Garde républicaine in voller Harmonie mit der Berner Polizei zusammenarbeiten werde. Wie das genau gehen soll, ist im Vertrag nicht geregelt. Ich weiss nicht, wie viel ich erzählen darf: Der Vertrag soll bekanntlich vertraulich sein. Das ist ein weiterer Punkt. Die Stadt Bern habe mit der Tour de France vereinbart, dass der Vertrag nicht publiziert werden dürfe. Das ist grundsätzlich sehr fragwürdig. Ein Vertrag, den die Stadt in einem derart politischen Geschäft mit einem Vertragspartner abschliesst, untersteht dem Öffentlichkeitsprinzip, nicht nur dem Einsichtsrecht des Stadtrats. Alle Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, zu wissen, was in diesem Vertrag steht. Man habe vereinbart, dass dies nicht der Fall sei. Auch das ist ein Grund, um heute nicht endgültig zu entscheiden, sondern das Geschäft zurückzuweisen mit der Forderung, dass man wieder darüber diskutiert, wenn der Vertrag dem Stadtrat zugestellt wurde und damit öffentlich ist. Nun folgt noch ein weiterer, höchst problematischer Punkt, den wir erst seit gestern oder vorgestern kennen: dass nämlich die sogenannte Groupe d'intervention de la Gendarmerie nationale (GIGN), eine relativ kleine Elite- und Schnelleingreiftruppe, die ganze Tour de France, soweit sie sich auf schweizerischem Gebiet bewegt, begleitet, bereit, jederzeit zu intervenieren. Die GIGN ist eine Truppe, die in quasi ausserkonstitutionellen Notfällen, zum Beispiel bei einer Entführung oder bei einem Überfall, bei dem Menschenleben bedroht sind, eingreift, ohne lange zu fragen, ob es in diesem Moment rechtmässig ist oder nicht. Sie ist eine Truppe, deren Scharfschützen darauf trainiert sind, aus einer Distanz von 400 bis 1200 Metern Leute zu neutralisieren, wie es so schön heisst. Auf gut Deutsch heisst das: erschiessen. Diese Truppe soll nun mitten in einer Menge von 10 000 Zuschauerinnen und Zuschauern agieren und unter Umständen das Recht haben, aktiv zu sein, also von ihren Waffen auf weite Distanz Gebrauch zu machen. Da muss ganz klar abgeklärt werden, wie die Kommandolage, die Kompetenzen und der Waffengebrauch geregelt sind. Das ist eine sehr heikle Angelegenheit, und darüber liest man nichts. Auch in den Zeitungsberichten steht nichts davon. Es gibt französische Quellen, wonach die GIGN in der Tour de France quasi die Vollmacht habe einzugreifen. Das ist sehr heikel. Deshalb muss das unbedingt abgeklärt werden, und zwar muss ein schriftlicher Bericht vorliegen, bevor wir endgültig entscheiden, ob wir uns wirklich an der Tour de France beteiligen wollen oder nicht. Heute ist einfach nicht der richtige Zeitpunkt; es sind viel zu viele Dinge unklar. Die Redezeit ist offenbar vorbei, ich fahre später weiter.

Manuel C. Widmer (GFL): Arme Jacqueline Gafner. Im Juli heisst es in Bern drei Tage lang nur noch: Velo, Velo, Velo, Velo. Dieses Mal sind jedoch nicht die Stadträtinnen und Stadträte dafür verantwortlich; dieses Mal kommt die Tour de France, das bekannteste Velorennen der Welt, in die Hauptstadt. Wären die Schlagzeilen der letzten Jahre rund um die Uhr vor allem vom Sport geprägt gewesen, würden wir heute wohl kaum eine grosse Debatte um diesen Event führen. Leider hat sich der Radsport in den letzten Jahren mit all den Dopingskandalen selbst einen Bärendienst erwiesen: Immer wenn man meint, es könne nicht mehr schlimmer werden, kommt ein neuer Skandal ans Tageslicht. Dabei wird gerne fast vergessen, welche Leistung die Rennfahrer auf dieser lange Rundfahrt auch heute noch zeigen. Sie erbringen diese Leistung eigentlich mit reiner Muskelkraft – oder sollten sie zumindest so erbringen. Leider sind eben erst wieder Vermutungen aufgetaucht, dass Elektromotoren extrem geschickt in Rennvelos versteckt werden könnten. Wie praktisch ein solcher Motor ist, weiss ich aus eigener Erfahrung. Ich komme aber bereits wieder weg vom Velo und vom Sport: Die Fraktion GFL/EVP ist eine velofreundliche Fraktion. Nicht übereuphorisch, aber konsequent stehen wir zur Veloförderung. Dazu gehört für uns auch ein solcher Event. Nicht nur, weil wir für drei Tage die weltbesten „Gümmeler“ in Bern haben, sondern auch, weil damit gezeigt werden kann, welche Distanzen man mit dem Velo überwinden kann und was die Technik

heute alles möglich macht. Drei Tage Velo, Velo, Velo, Velo, wenn auch nicht ganz ungetrübte drei Tage. Fast allen Fraktionsmitgliedern stiess bei der Tour de Suisse sauer auf, dass ein Velorennen von mehr Benzin- und Dieselfahrzeugen begleitet wurde, als Velos unterwegs waren. Wenn man das Velo als umweltfreundliches Verkehrsmittel feiern will, mutet es seltsam an, wenn man letztlich eine Autoparade mit ein paar Drahteseln dazwischen vorbeibrausen sieht. Es ist nicht so, dass unsere Fraktion am Event Tour de France in Bern zweifeln würde. Wir sagen grossmehrheitlich ja zum Kredit. Wir zweifeln allerdings etwas an der Nachhaltigkeit dieses Events. Was uns da alles versprochen wird! – Viele Leute werden Bern sehen und kennen lernen, deshalb werden sie zu uns nach Bern kommen; das Velo wird einen Aufschwung erleben und so weiter. Nicht, dass wir es besser wüssten als diejenigen, welche diese drei Tage vorbereitet haben. Wir möchten es aber nach dem Event gerne genauer wissen. Deshalb haben wir einen Ergänzungsantrag eingereicht, den wir übrigens auch schon bei der Euro 08 eingereicht hatten. Dieser Antrag verlangt spätestens zwei Jahre nach der Ankunft der Tour einen Nachhaltigkeitsbericht. Das muss keine Riesensache sein. Wir möchten aber im Hinblick auf künftige solche Ereignisse doch wissen, wie es um die Nachhaltigkeit derartiger Events steht. Weil wir kein 1000-seitiges Werk wollen, haben wir die Thematik eingeschränkt. Wir möchten vor allem, dass ein kritisches Auge auf die ökologische, die ökonomische, die gesellschaftliche und vor allem auch die touristische Nachhaltigkeit geworfen wird. Einige essenzielle Fragestellungen sind in der Begründung unseres Antrags auf Seite 3 der Antragsliste zu sehen. Die Fraktion GFL/EVP ist den Ratsmitgliedern dankbar, wenn sie diesem Ergänzungsantrag zustimmen und mithelfen, dass auch das Wort „Nachhaltigkeit“ eine gewisse Nachhaltigkeit erleben darf und nicht einfach als Deckmäntelchen verwendet werden kann. Mit Spannung blicken wir der Ankunft der Tour in Bern entgegen, auch wenn wir die Konkurrenz von Velofest und Tour de Berne zum Gurtenfestival bedauern. Wir wünschen allen Bernerinnen und Bernern ein schönes Veloerlebnis. Wir wünschten uns auch, dass die Stadt denjenigen Bewohnerinnen und Bewohnern, die tagelang Einschränkungen in Kauf nehmen müssen, auf eine originelle Art zeigt, dass dies nicht selbstverständlich ist. Und wir hoffen natürlich, dass am Schluss gesagt werden kann, es sei nicht nur ein gutes Fest gewesen, sondern auch ein nachhaltiges.

Fraktionserklärungen

Seraina Patzen (JA!) für die Fraktion GB/JA!: Ich werde mich zuerst zum Rückweisungsantrag äussern und anschliessend zum eigentlichen Geschäft. Die Fraktion GB/JA! hat zum Rückweisungsantrag Stimmfreigabe beschlossen. Wir stehen vor allem dem Einsatz der französischen Polizei sehr kritisch gegenüber. Diese Elitetruppe ist eine Sondereinheit zur Terrorismusbekämpfung, und da muss sehr genau hingeschaut werden. Das Gewaltmonopol liegt allein bei der Kantonspolizei. Wir wollen genau darüber Bescheid wissen, was die GIGN in Bern macht, welche Kompetenzen sie hat und wo sie sich aufhält.

Zum Geschäft: Die Ankündigung der Tour de France, in Bern zu gastieren, löst weitherum frenetische Begeisterung aus. Von unbezahlbaren Bildern und touristischen Zielmärkten ist in dieser Diskussion die Rede. Die Stadt Bern soll für ein Millionenpublikum in das beste Licht gerückt werden. Um den Sport geht es nur ganz am Rand. Die Stadt kauft sich mit einem hohen Beitrag an die Veranstalterin der Tour de France in erster Linie eine Werbepattform für sich selbst. Mit Radsportbegeisterung hat das wenig zu tun. Ob diese Rechnung volkswirtschaftlich aufgeht, sei dahingestellt. Die Fraktion GB/JA! steht dieser Vermarktung der Stadt sehr kritisch gegenüber. Eine Stadt ist Lebensraum und kein Produkt, das man vermarkten kann. Für uns gehört die Stadt den Menschen, die hier wohnen, und kann nicht an Zielmärkte verkauft werden. Der öffentliche Raum soll ein Ort sein, wo sich soziales und politisches Leben abspielt, ein Raum, der allen offensteht und zu dem sich niemand den exklusiven Zugang

erkaufen kann. Mit dem Beitrag an die ASO, die Veranstalterin der Tour de France, unterstützt die Stadt ein privatwirtschaftliches, gewinnorientiertes Unternehmen, das mit der Organisation der Tour de France wahrscheinlich jährlich hohe Gewinne macht. Die Stadt trägt also die Kosten, und die ASO fährt den Gewinn ein. Weshalb sich so viele Gemeinden jährlich auf diese Logik einlassen, können wir nicht nachvollziehen. Zur Grundsatzfrage, ob und wenn Ja unter welchen Bedingungen die Tour de France nach Bern kommen soll, können wir uns heute gar nicht äussern. Das ist ein weiterer Punkt, den die Fraktion GB/JA! kritisiert. Dass die Tour de France nach Bern kommt und wer dafür zahlt, steht nämlich längst fest, und der Stadtrat darf nun noch das Rahmenprogramm abnicken. Zu diesem Rahmenprogramm einige Sätze: Wir werden den Eindruck nicht los, dass das sogenannte Velofest insbesondere für die lokalen Sponsoren organisiert wird. Sie dürfen nämlich nicht an der Strecke werben und brauchen daher eine andere Plattform. Ein wirkliches Velofest sieht für uns anders aus. Ein Teil der Fraktion wird den beantragten Kredit aus diesen Überlegungen heraus ablehnen. Ein anderer Teil wird ihn annehmen, weil die Tour de France sowieso nach Bern kommt und die Bevölkerung auch etwas davon haben soll. Wir haben bei diesem Geschäft Stimmfreigabe beschlossen; den Ergänzungsantrag der Fraktion GFL/EVP werden wir annehmen.

Lionel Gaudy (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Ich bin anderer Meinung als meine Vorrednerin. Die Tour de France gehört weltweit zu den grössten internationalen Sportveranstaltungen, und wir freuen uns sehr darauf, dass sie im Juli auch in Bern haltmacht. Es ist eine grossartige Gelegenheit für Bern, sich international in ein gutes Licht zu rücken und zu zeigen, dass Bern die schönste Stadt Europas und, je nach Perspektive, vielleicht sogar der Welt ist. Ausserdem ist es ein schönes Fest gerade für Radsportfreunde, die den Anlass mitverfolgen, daran teilnehmen und damit einen schönen Sonntag verbringen können. Wir sind überzeugt, dass dieser Event Bern gerade auch international in Erinnerung bleiben lässt. Wir sind uns zwar im Klaren darüber, dass der Anlass etwas kosten wird, aber wenn uns die Gelegenheit gegeben wird, uns auch international zu präsentieren, können wir die Tour de France sehr wohl unterstützen. Wir werden dem Kreditantrag sicher zustimmen. Noch rasch zum Rückweisansantrag Theiler: Aus unserer Sicht verursacht dies nur zusätzliche Kosten. Das Einzige, was dieser Antrag zeigt, ist, dass Luzius Theiler kein Freund der Tour de France ist. Es ist schade, wenn jemand seine Partikularinteressen vor die Interessen der Allgemeinheit stellt. Beim Antrag der GFL/EVP waren wir uns unschlüssig. Einerseits verursacht auch dieser Antrag teilweise vielleicht unnötige Kosten. Mit einer Kleinen Anfrage wären die Fragen wohl einfacher zu beantworten. Dennoch sind es interessante Fragen, und wir werden dem Antrag grösstenteils zustimmen.

Rudolf Friedli (SVP) für die Fraktion SVP: Eigentlich könnte ich gleich wieder an meinen Platz gehen, denn wir haben Stimmfreigabe beschlossen. Manche sagen, das Ganze sei nutzlos. Denen, die immer mit dem Werbeeffect daherkommen, den eine Tour de France auf die Stadt Bern habe, muss ich entgegnen: Ich habe noch nie einen Ort besucht, nur weil dort einmal die Tour de France durchgefahren ist. Das reizt mich nicht. Ich gehe lieber anderswo hin. Nur weil die Tour de France durch einen Ort gefahren ist, gehe ich ihn sicher nicht besichtigen. Zudem stören sich einige daran, dass gesagt wird, das müsse man machen, um Bern als Velostadt positionieren zu können. Von mir aus können die Leute in Bern Velo fahren, so viel sie wollen. Damit sie Velo fahren können, braucht es aber keine Tour de France. Dieses Argument ist völlig an den Haaren herbeigezogen. Weiter habe ich mit der zeitlichen Abfolge Mühe. Im Vortrag steht, man sei schon lange mit Organisieren beschäftigt. In zwei Monaten ist das Ganze bereits vorbei, aber in den Stadtrat kommt das Geschäft, bei dem es ums Geld geht, erst jetzt. Wir können ja nur noch zustimmen. Das Geld würde trotzdem ausgegeben und würde zu einem Nachkredit. Das ist eine Desavouierung des Parlaments. Und dass man

in der Stadtverwaltung so denkt, ergibt sich auch aus dem Text. Da wird gesagt: „Die Stadt Bern wird 2016 gleich für drei Tage Gastgeberin.“ Eigentlich sollt es heissen: „Die Stadt Bern würde, falls man den Kredit bewilligt, Gastgeberin am xy. xx. 2017“ – Für 2016 hätte der Stadtrat das Geschäft vor einem Jahr behandeln sollen. Da wird bereits davon ausgegangen, dass dem Kredit sowieso zugestimmt wird. „Tut mal nicht so blöd“: So werden wir hier als Parlament behandelt. Mit fadenscheinigen Argumenten wie „Velostadt“ und „etwas für die Bevölkerung“ wird operiert. Ich kann sogar in weiten Teilen Seraina Patzen zustimmen, die sagte, man mache eben noch ein Festlein, damit Sponsoren dort ihre Banner aufhängen können. Das Festlein ist noch nicht einmal richtig organisiert und finanziert. Das Ganze ist nicht vorbereitet, und wir werden nicht ernst genommen. Deshalb lehnt ein grosser Teil unserer Fraktion das Geschäft ab.

Bernhard Eicher (FDP) für die Fraktion FDP: Die Fraktion FDP hat Stimmfreigabe beschlossen. Grundsätzlich unbestritten ist bei uns, dass wir es begrüssen, wenn in der Stadt Bern etwas läuft. Wir freuen uns über zusätzliche Anlässe. Die Tour de France ist positiv. Auch die Hotelübernachtungen, die wir in der Stadt Bern dank des Trosses haben werden, sind ein grosses Plus. Etwas kritischer ist unsere Haltung gegenüber dem anderen angeblichen Zusatznutzen, der Vermarktung der Stadt Bern. Man kann sich darüber streiten, ob das tatsächlich zutrifft oder nicht. Das „pièce de résistance“ ist für uns insbesondere der Beitrag, den die Stadt leisten soll. Das haben wir auch schon bei anderen Anlässen gesagt, sei es das Stadtfest oder die Eisbahn, welche die Stadt dazumal mitorganisierte. Wir stören uns daran, dass die öffentliche Hand für Festaktivitäten Geld einsetzen soll, damit ein paar Politiker dort winken können. Wir sind der Auffassung, dass solche Anlässe von Privaten finanziert werden sollten. Einige Fraktionsmitglieder sind jedoch der Auffassung, dass man hier eine Ausnahme machen sollte. Es handelt sich um einen einmaligen Anlass. Deshalb sind wir bereit, Mittel zu sprechen. Andere sehen dies kritischer: Sie wollen auch hier keine Ausnahme machen und keine öffentlichen Gelder für einen Anlass einsetzen, der letztlich privat finanziert werden könnte. Deshalb: Stimmfreigabe.

Luzius Theiler (GPB-DA) für die Fraktion AL/GPB-DA/PdA+: Ich komme nun zu den materiellen Gründen, die dagegen sprechen, dass wir diesen Kredit genehmigen. Rudolf Friedli hat es bereits sehr gut gesagt: Das Geschäft kommt erst zum heutigen Zeitpunkt in den Rat, nachdem viele Aufträge schon vergeben sind und alles in Vorbereitung ist. Der Stadtrat wird als Absegnungs- und Abnickorgan missbraucht. Man sagt, jetzt bleibe ihm nichts anderes mehr übrig. Ein anderes Beispiel: Die Stadt Düsseldorf hat vor etwa drei Monaten darüber diskutiert, ob sie an der Tour de France in einem Jahr – 2017 – teilnehmen wolle. Das führte zu einer langen Debatte, und die Teilnahme wurde meines Wissens mit einer Mehrheit von einer Stimme beschlossen. Das war aber zu einem Zeitpunkt, als noch kein Zeitzwang vorhanden war. Wenn wir als Stadtrat ernst genommen werden wollen, dürfen wir uns aus prinzipiellen Gründen so etwas nicht gefallen lassen. Wir müssen Nein stimmen, selbst wenn es nachher einige Schwierigkeiten und Rechtsstreitigkeiten gibt. Im Vertrag ist eine Klausel enthalten, wonach eine Verhinderung durch höhere Gewalt eine Auflösung des Vertrags ermögliche. Auch administrative Anordnungen sind „höhere Gewalt“. Aus meiner Sicht können wir auch heute noch sagen, dass wir das nicht wollen. Wenn ein Felsbrocken auf die Strasse fällt, auf der die Tour de France durchfahren sollte, kann man auch eine andere Route und einen anderen Ankunftsort planen. Das geht ohne Weiteres. Wenn halt der Berner Stadtrat dieser Felsbrocken ist, geht es auch. Sportlich ist die Tour de France absolut kein Vorbild für einen gewöhnlichen Velofahrer. Sie ist Vollkommerz und in ihrem Tross befinden sich zehnmal mehr Autos als Velos, dazu viele Helikopter, was auch nicht gerade umweltfreundlich ist. Und wenn in diesem Vertrag so rührend naiv und blauäugig die Rede davon ist, man werde diese Auto-

fahrer dazu anhalten, möglichst umweltfreundlich zu fahren und auf Geschwindigkeit sowie den Benzinverbrauch zu achten, und werde überall Abfallsäcke aufstellen etc., ist das doch nur Wischiwaschi und dient dazu, das schlechte Gewissen, das die Veranstalter ebenfalls haben, zu besänftigen. Zum Doping ist zu sagen, dass es eine Lüge ist, zu behaupten, ein solcher Anlass komme ohne die Einnahme von irgendwelchen Mitteln zur Leistungssteigerung aus, seien es legale oder illegale Mittel. Der fünffache Tour-de-France-Sieger Jacques Anquetil weigerte sich, die Dopingprobe machen zu lassen, mit der Begründung, wenn man die Tour de France gewinnen wolle, könne man nicht nur Mineralwasser trinken. Der Zeitpunkt der Ankunft und der Anfahrt der Tour de France ist denkbar ungünstig. Es ist ein Zeitraum, der extrem mit Events überladen ist: Schon bei der Fussball-EM mit den Public Viewings muss man die ganze Polizei aufbieten; dazu kommt drei Tage vorher das Gurtenfestival und bald darauf die Olympiäeröffnung. Es stellt sich die Frage, ob wir zu viel Polizei haben, sodass man es ihr zumuten kann, die Ferien zu streichen. Offenbar hat sie Dienstzeit, welche die Polizisten nicht ausfüllen, dass man sie an einen solchen Anlass, der nicht zwingend notwendig wäre, delegieren muss. Gleichzeitig wird immer wieder darüber geklagt, bei der Polizei gebe es Überstunden und sie wüsste mit der Arbeit nicht mehr ein und aus. Das ist doch ein Widerspruch. Zumindest will ich im kommenden Jahr nichts mehr davon hören, dass wir mehr Polizei brauchen oder mehr Polizeistunden einkaufen müssen, wenn man eine Tour de France durchführen und die halbe oder die ganze Polizei für dieses Luxusprojekt zur Verfügung stellen kann. Die Sicherheitslage hat sich in den letzten Monaten drastisch geändert. Ich will zwar überhaupt nicht den Teufel an die Wand malen, denn es ist sehr unwahrscheinlich, dass gerade in Bern wegen der Tour de France etwas passiert. Aber wirklich Sorgen bereitet mir, dass sich das veranstaltende Land im Ausnahmezustand befindet und im Sinn hat, diesen Ausnahmezustand bis mindestens Ende der Tour de France aufrechtzuerhalten und uns nun seine Elitetruppe mit Vollmachten schickt, die nicht beschränkt sind. Die Frage ist, ob wir diesen Ausnahmezustand von Frankreich nach Bern importieren. Das wäre in der Tat sehr fragwürdig. Dazu fehlen jegliche Angaben. Vielleicht kann sich der Stadtpräsident heute dazu äussern. Jedenfalls haben wir jetzt keine Angaben zur Funktion der französischen Elitetruppe und dazu, welche Kompetenzen sie hat. Ich bitte den Rat, dem Kreditbegehren nicht zuzustimmen. Vielleicht fragen sich die Ratsmitglieder, ob sie heute überhaupt noch Nein sagen können. Ich habe vorhin dargelegt, dass dies juristisch als höhere Gewalt eingeschätzt würde. Man kann also Nein sagen. Nach einem Nein müsste entweder der Kanton mehr Geld geben oder die Tour de France in Bern würde nicht stattfinden, denn selbst wenn der Gemeinderat die 300 000 Franken, die er genehmigt hat und die Teil des Gesamtkredits sind, über den wir heute befinden, in Missachtung des Stadtratsvotums wieder beschliessen würde, würden sie für die Deckung der finanziellen Verpflichtungen der Stadt bei Weitem nicht genügen.

Peter Amman (GLP) für die Fraktion GLP: Wir sprechen eigentlich über einen Sportanlass beziehungsweise über den Verpflichtungskredit für einen solchen Sportanlass in der Stadt Bern. Die Grünliberalen sind der Ansicht, dass es für eine Stadt wie Bern, die Bundesstadt, in der Kompetenz des Stadtpräsidiums liegen sollte, einen solchen Anlass hereinzuholen. Effektiv ist es vermutlich auch so gelaufen: Wahrscheinlich hat unser Stadtpräsident diesen Deal mit anderen Herren in einem Hinterzimmer oder in einem Bistro an den Champs Élysées eingefädelt, und seither steht der Deal. Wir haben auch kritische Fragen zu diesem Anlass und haben Verständnis für die Fragen von Luzius Theiler. Wir haben jedoch auch den Eindruck, dieser Zug oder vielmehr diese Tour sei zum jetzigen Zeitpunkt wohl abgefahren. Auch der Ergänzungsantrag der Fraktion GFL/EVP stellt die berechtigte Frage, was ein solcher Anlass bringe. Aber ein Bericht, der den Return on Investment quantifizieren soll, würde meines Erachtens nicht viel bringen. Entweder will man einen solchen Anlass, oder man will ihn nicht. Wir wollen keine Spielverderber sein; es gibt in der Stadt Bern viele Sportbegeisterte, die sich

auf diesen Anlass freuen. Kürzlich sprach ich mit einer etwa 70-jährigen Frau, die vermutlich eher aus dem rot-grünen politischen Bereich kommt: Sie sagte mir, sie finde es gut, dass nun die „Velobuebe“ nach Bern kämen, sie freue sich wahnsinnig und gehe auf jeden Fall zu schauen. Ein Grossteil der Stadtberner freut sich auf diesen Anlass. Zu guter Letzt fanden wir auch, wir wollten eines der Highlights unseres Stadtpräsidenten in seinem letzten Amtsjahr nicht vermiesen. Wir werden dem Kredit mehrheitlich zustimmen.

Einzelvotum

Alexander Feuz (SVP): Ich gehöre zu den kritischen Stimmen. Der Zug ist noch nicht abgefahren. Es liegt ein Rückweisungsantrag vor, und wir sollen wieder ein Geschäft beurteilen, vom dem wir die Hälfte der Fakten nicht kennen und das noch nicht unterschrieben ist. Wir wissen, welche Zusatzvereinbarungen da manchmal zum Vorschein kommen – Stichwort FIFA etc. Wir wollen die Fakten auf dem Tisch haben. Wir sind ein Parlament, das verantwortlich ist, und wenn man die Fakten nicht vor sich hat, kann man auch nicht Stellung nehmen. Zu Ziffer 2: Wir sind ein selbstständiges Land. Ich war Hauptmann, ich musste solche Abspracherapporte machen: Das ist eine hochkomplexe Angelegenheit. Vor etwas mehr als hundert Jahre, nach dem Mord von Sarajevo, haben sich die Serben auch geweigert, eine österreichische Untersuchungskommission in ihrem Land zu haben. Das ist eine sehr heikle Angelegenheit. Auch hier sind wir der Meinung, man müsse detailliert abklären, was passiert, wenn diese Leute einen unverhältnismässigen Eingriff vornehmen oder was auch immer, und wie die Haftung aussieht. Das sind offene rechtliche Fragen. Mir ist klar, dass die Sicherheit gewährleistet werden muss. Aber solche Fragen muss man im Vorfeld prüfen. Es kann nicht sein, dass wir anschliessend Nachteile erleiden. Ich komme zum Geschäft selbst: Ich will keine Spassbremse sein. Ich möchte einfach warnen, dass dieses Geschäft nicht nur Vorteile, sondern auch gewaltige Nachteile hat. In der Zeit, in der die Tour de France hier ist, muss man im Raum Bern nicht etwa Fenster montieren wollen oder was auch immer: Da geht mehr oder weniger gar nichts mehr. Folgender Punkt ist für mich ganz entscheidend: Es geht um ein Velofest, um einen Event, und es ist klar, was für Leute dort dabei sind: Die Rihs-Brüder sind mehrfache Millionäre; ihnen gehört Phonak, offenbar sind sie auch Eigentümer von Flyer. Wenn sie das Fest haben wollen, dann sollen sie es durchführen, aber dann soll nicht die Öffentlichkeit zahlen, sondern die Privaten. Es gibt aber noch einen weiteren Grund für ein Nein: die Solidarität mit den Polizeibeamten. Wir alle wissen, dass viele von ihnen Kinder im schulpflichtigen Alter haben. Sie haben Ferien eingegeben. Es gibt ohnehin immer ein Riesengedränge, wer wann Ferien nehmen darf. Nun streicht man die Ferien wegen eines Grossevents und sagt: *Débrouillez-vous*. Deshalb werde ich auch aus Solidarität mit diesen Polizeibeamten Nein stimmen. Ich gehe nicht davon aus, dass der Stadtpräsident die französische Polizeitruppe im Raum Reithalle stationieren wird, damit sie dort eingreifen könnte.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät:* Ich danke dem Kommissionssprecher herzlich für die positive Aufnahme dieses Geschäfts. Ich muss einige Dinge bezüglich des Systems Tour de France erklären. Rudolf Friedli hätte gerne vor einem Jahr zum ersten Mal darüber diskutiert. Das System der Tour de France besteht eben darin, dass sie sechs Monate, bevor sie startet, erst die Etappenorte bekannt gibt. Das kann uns passen oder nicht, aber es ist einfach so. Am 20. Oktober erhielten wir zum ersten Mal eine Bestätigung, dass sie im Juli 2016 nach Bern kommen will. Zu meinen, wir hätten das Geschäft dem Rat vor einem Jahr vorlegen können, ist leicht naiv, weil dieses System nicht so funktioniert. Wenn Luzius Theiler vorhin über Düsseldorf gesagt hat, dort habe man sogar schon über die Tour de France 2017 entschieden, dann muss ich ihm einfach sagen, er solle sich besser erkundigen. In Düsseldorf geht es um einen Grand Départ: Da sprechen wir von einem zweistellige Millionenbetrag. Es sind die ein-

zigen Etappen jeweils am Start der Tour de France, die etwa eineinhalb Jahre vorher bestimmt werdend. Das war in England der Fall, und so ist es nun auch in Düsseldorf. Alle übrigen Etappenorte der Tour 2017 werden sechs Monate vorher wissen, ob die Tour kommt oder nicht. Das kann einem passen oder nicht, es gehört einfach zum System. Wenn man das nicht will, kann man gleich aufhören, sich um so etwas zu kümmern. Ich staune auch über die SVP: Man kann offenbar nichts mehr bringen, dem die SVP noch einigermaßen zustimmen kann. Es wird über den starken Schweizer Franken gejammert, über leere Hotels, darüber, dass in der Innenstadt das Gewerbe leidet. Und wenn dann ein Ereignis stattfindet, das touristisch attraktiv ist, losgelöst von allen sportlichen Bedenken, die man vorbringen kann, das am Sonntag zudem mit einem Velofest für alle gekoppelt ist, ist man auch wieder dagegen. Ich verstehe es nicht: gerade die SVP, die wahrscheinlich findet, das Schwingfest sei etwas vom Grössten. Die Tour de France ist wenigstens ein Sportereignis, an dem die ganze Familie gratis und franko teilnehmen kann. Zeigt Sie mir mal, wer zu einem Billett für das Eidgenössische Schwingfest in Estavayer kommt. Man sollte wenigstens Gleiches mit Gleichem vergleichen. Es ist nicht schwierig, private Finanzierung zu erreichen, wenn man mit Grosssponsoren das ganze Ticketing einfach blockiert. Bei der Tour de France hingegen ist als Vorschrift im Vertrag die Verpflichtung enthalten, keine Eintritte zu verlangen und keine Artikel zu verkaufen, mit denen man Gewinn machen kann, denn der Erfolg der Tour de France besteht darin, dass sie ein Fest für alle ist. Es mag sein, dass sie ein Fest ist, das nicht allen gefällt und das viele blöd finden, weil sie den Spitzensport per se blöd finden. Das kann ich gut verstehen. Damit habe ich auch kein Problem. Dass der Vertrag nicht öffentlich sein soll, ist eine Bedingung der Tour de France, also der ASO. Wir haben ihr gesagt, das gehe in der Schweiz nicht und wir würden dies nicht akzeptieren. Sie antwortete sofort, wenn das so sei, dann sei klar, dass man den Vertrag einsehen könne. Wir haben ihn allerdings erst seit einem Monat. Vorher hatten wir den Entwurf eines Mustervertrags aus früheren Jahren. Den Originalvertrag, den wir seit knapp einem Monat haben, kann man einsehen. Das ist überhaupt kein Problem. Die ASO will nicht, dass man ihn gleich ins Netz stellt, aber Luzius Theiler war heute Nachmittag bei uns und hat den Vertrag eingesehen. Es ist kein Geheimnis dabei und ebenso wenig gibt es Absprachen, von denen man nichts wissen dürfte. Luzius Theiler hat uns vorgeworfen, wir würden einen Vertrag vorlegen, der noch nicht unterschrieben sei. Dieser Vertrag wurde nicht zuletzt deshalb noch nicht unterschrieben, weil das Parlament den Kredit noch nicht genehmigt hat. Man stelle sich vor, wir hätten den Vertrag in den letzten vierzehn Tagen unterschrieben, und heute wird das Geschäft im Stadtrat vorgelegt: In dem Fall würde man uns zum Vorwurf machen, wir hätten den Vertrag unterschrieben, bevor der Stadtrat überhaupt darüber habe debattieren können. Da bin ich auch nach sechzehn Jahren in der Exekutive etwas hilflos und weiss wirklich nicht mehr, was ich machen soll. Zur Garde républicaine muss ich sagen, dass auch dies nichts Neues ist. Die Schweiz beherbergt nicht zum ersten Mal eine Etappe der Tour de France. Es haben bereits zig Etappen in der Schweiz stattgefunden. Die Garde républicaine begleitet das Fahrerfeld. Es ist nicht ganz unheikel, wenn man sieht, mit welchen Tempi die Fahrer unterwegs sind. Dass man eine Motorradtruppe hat, die Routine hat, weiss, wie es funktioniert, und die Fahrer schon seit Jahren begleitet, ist deshalb gut. Es sind immer dieselben Polizisten, die vor allem für die Sicherheit des Fahrerfelds zuständig sind. Wie das gelöst wird, ist Sache der Polizeikorps; das ist selbstverständlich. Auch die Frage, ob sie eine Waffe tragen dürfen oder ob sie die Waffen abgeben müssen, ist auf jeden Fall Gegenstand längst laufender Diskussionen. Darüber brauchen wir uns keine Sorgen zu machen. Wenn in der Schweiz etwas sorgfältig betrachtet wird, dann das. Es haben bereits diverse Aussprachen zwischen den Polizeikorps der fünf betroffenen Kantone und der französischen Polizei stattgefunden. Von daher ist klar, dass die Spielregeln demnächst definitiv festgelegt und entsprechend abgesegnet werden. Es braucht bekanntlich auch die Zustimmung der Eidgenossenschaft. Ich staune auch immer wieder, welche Faszination ein Zei-

tungsartikel im Stadtrat auslösen kann, selbst wenn er nicht stimmt. Da schreibt irgendein Journalist, nun komme die Antiterror-Eingreiftruppe in die Schweiz. Ob das stimmt oder nicht, hat niemanden interessiert. Erst stand es in die Zeitung, dann folgte die grosse Empörung. Es ist aber eine Tatsache, dass es auch die Kapo in der Zeitung gelesen hat, denn so etwas war nie angekündigt worden. Es wurde auch nie besprochen. Ich habe eine Rückmeldung des Einsatzleiters der Kapo, der sagte, man werde nächste Woche definitiv orientieren. Aber erste Absprachen haben stattgefunden und sie sehen vor, dass die Eingreiftruppe – es handelt sich in der Tat um eine Antiterrortruppe der französischen Polizei – bis zur Schweizer Grenze mitkommt, dort den ganzen Tross der Schweizer Polizei übergibt und an der Grenze in Bereitschaft bleibt. Sie soll in der Schweiz natürlich keine hoheitlichen Aufgaben übernehmen können. Das ist in etwa die erste Auskunft, die wir von den Polizeikörpern erhalten haben. Die entsprechenden Absprachen sind möglicherweise bereits getroffen worden; nächste Woche findet eine Medienorientierung vor allem zu den polizeilichen Aspekten statt. Zu den Anträgen Folgendes: Ich bitte den Rat, den Rückweisungsantrag von Luzius Theiler abzulehnen, denn das würde heissen, dass man nicht nur den Kredit ablehnt, sondern letztlich auch das Velofest, das ein wesentlicher Teil des Events sein soll. Vorgesehen ist bekanntlich ein kleiner Slow-up, wenn Sie mir den Ausdruck erlauben – auch wenn es das natürlich nicht ist –, eine Art Volksvelotour oder Volkstrottinetour für alle. Auf dem Bundesplatz sollen verschiedenste Sportaktivitäten für Kinder und für Leute, die sich selbst als Hochleistungssportler spüren oder auch nur als Amateure, stattfinden. Man will verschiedene solche Aktivitäten durchführen. Man will zudem eine Sternvelofahrt aus der ganzen Schweiz nach Bern organisieren. Die „Gümmeler“ sind ein eigenes Volk. Sie sind jedoch ein begeisterungsfähiges Volk. Wir haben bereits sehr viele Echos vernommen. Mit dem Antrag der Fraktion GFL/EVP habe ich kein Problem. Man kann natürlich immer fragen, was ein Anlass bringt und kostet. Ich bin jedoch überzeugt, dass es kein grosses Problem ist, wenn man alle Aspekte eines solchen Anlasses wie Ökologie, Ökonomie und Tourismus einbezieht und in ein Kosten-Nutzen-Verhältnis setzt. Ich habe kein Problem mit dem Antrag GFL/EVP und empfehle deshalb, ihn anzunehmen. Im Übrigen bitte ich den Rat, den Kredit zu sprechen.

Vorsitzender *Thomas Göttin*: Rudolf Friedli gibt eine persönliche Erklärung ab.

Rudolf Friedli (SVP): Der Stadtpräsident hat gesagt, ich sei leicht naiv. Ich habe mich lediglich über den Zeitpunkt aufgehalten und habe mich gefragt, weshalb das Geschäft erst jetzt vorliegt. Darüber steht im Vortrag kein Wort. Wenn er anschliessend eine Erklärung gibt, die ich vielleicht sogar nachvollziehen kann, und mir vorwirft, ich sei leicht naiv, ist dies meines Erachtens leicht frech. Zudem hat es geheissen, die Hotels würden profitieren. Bei der Tour de Suisse hat man gesehen, wie sie profitieren: Die meisten Teams waren auswärts untergebracht und nicht in der Stadt Bern. Die Stadt Bern und auch Schliern hatten nur das Verkehrschaos. Bis am Sonntagabend kam man nicht mehr nach Schliern. Nicht einmal mehr ein Motorrad kam durch, obschon bereits seit Stunden kein Velo mehr zu sehen war. Auch der Vergleich mit Schwingfesten hinkt: Das ist etwas völlig anderes. Und wenn der Stadtpräsident nicht mehr weiss, was er machen soll: Am besten macht er nichts. Dann sind wir zufrieden.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag Theiler ab (16 Ja, 51 Nein, 2 Enthaltungen).
Abst.Nr. 028
2. Der Stadtrat stimmt dem Ergänzungsantrag GFL/EVP zu (48 Ja, 10 Nein, 12 Enthaltungen). *Abst.Nr. 029*
3. Der Stadtrat stimmt der bereinigten Kreditvorlage zu (50 Ja, 12 Nein, 8 Enthaltungen).
Abst.Nr. 030

Traktandenliste

Der Stadtrat verschiebt die Traktanden 7 bis 14 auf eine spätere Sitzung.

Eingänge

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP (Regula Bühlmann/Cristina Anliker-Mansour, GB/Patrizia Mordini, SP): Einbürgerungen sind kein Privileg!
2. Motion Fraktion SP (Michael Sutter/David Stampfli, SP): Friedliches Nebeneinander von Fussgängerinnen und Velofahrern zwischen Schönausteg und Eichholz
3. Motion Fraktion SP (Katharina Altas/Lena Sorg, SP) Zwischennutzungen den Weg frei machen – Anpassung der Bauordnung
4. Interpellation Fraktion SP (Michael Sutter, SP): Fördert die Stadt Bern den Auto-Tourismus durchs Unesco-Welterbe?
5. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Hans Ulrich Gränicher, SVP): Was sind die Opfer der Velooffensive im Stadtteil IV?
6. Kleine Anfrage Fraktion GB/JA! (Regula Bühlmann/Cristina Anliker-Mansour, GB): Welche Bundesgerichtsentscheide verbieten Umzug?
7. Kleine Anfrage Gisela Vollmer (SP): Marzilischule: Reicht der geplante Schulraum auf dem Marzilareal aus?

andere Eingänge

-

Schluss der Sitzung: 22.25 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

Die Protokollführerin

Thomas Göttin

Priska Vogt